

Protokoll Sitzung der Vollversammlung der LK OÖ vom 27. Juni 2019

Großer Saal der Landwirtschaftskammer, Auf der Gugl 3, 4020 Linz

Teilnehmer

- Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr
- KR Alois Affenzeller
- KR LAbg. ÖR Annemarie Brunner
- KR Mag. Daniela Burgstaller
- KR Norbert Ecker
- KR Gerhard Fragner
- KR Alois Ganglmayr
- KR LAbg. ÖR Ing. Franz Graf
- KR ÖR Johann Großpötzl
- KR Alfred Holzer
- KR Johann Hosner
- KR ÖR Ing. Berthold Huemer
- KR ÖR Karl Keplinger
- KR Franz Keplinger
- KR Josef Kogler
- KR LAbg. Michaela Langer-Weninger
- KR ÖR Walter Lederhilger
- KR ÖR Ing. Reinhart Lehner
- KR Ing. Franz Leitner
- KR Paul Maislinger
- KR Johanna Miesenberger
- KR Rudolf Mitterbacher
- KR Anna Prandstetter
- KR Dominik Revertera
- KR Elfriede Schachinger
- KR Walter Scheibenreif
- KR Michael Schwarzmüller
- KR Christine Seidl

- KR Clemens Stammler
- KR Anita Straßmayr
- KR Klaus Wimmesberger
- KR Hannes Winklehner
- Kammerdirektor Mag. Karl Dietachmair

Entschuldigt:

- KR Elfriede Hemetsberger
- KR Johannes Huemer
- KR Margit Mayr-Steffeldemel

Ersatzmitglied:

- Thomas Obermair
- Christian Kernecker

Tagesordnung:

1	Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit	2
2	Neuwahl des Präsidenten/der Präsidentin und Angelobung	6
3	Neuwahl in die Ausschüsse.....	7
4	Erklärung der neu gewählten Präsidentin	8
5	Bericht der Präsidentin	31
6	Berichte aus den Ausschüssen	47
7	Allfälliges.....	103

Sitzungsbeginn: 9:05 Uhr

1 Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

ÖR Ing. Franz Reisecker hat mit heutigem Tag seine Funktion als Präsident der Landwirtschaftskammer sowie als Mitglied der Vollversammlung zurückgelegt. In seiner Nachfolge wurde von der Hauptwahlbehörde LAbg. Michaela Langer-Weninger für die restliche Dauer der Funktionsperiode 2015 bis 2021 als Mitglied der Vollversammlung bestellt. Ich führe daher heute als Vizepräsident den Vorsitz. Wie bereits aus der Tagesordnung ersichtlich, sind daher heute entsprechende Wahlgänge durchzuführen.

Ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer heutigen Vollversammlung.

Ganz besonders begrüße ich Herrn Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer, den Agrarreferenten der OÖ Landesregierung LR Max Hiegelsberger, den Präsidenten der Landwirtschaftskammer Österreich, Josef Moosbrugger, die Abgeordneten zum Nationalrat, zum Bundesrat und zum oberösterreichischen Landtag und Herrn Hofrat Mag. Hubert Huber von der Abteilung Land- und Forstwirtschaft des Landes OÖ. Ein herzliches Willkommen entbiete ich dem Landes-Landwirtschaftskammerrat und ARGE-Meister Obmann – ein Kollege von Frau Michaela Langer-Weninger – aus Niederösterreich Herrn Andreas Ehrenbrandtner. Ich begrüße ganz herzlich alle Landwirtschaftskammerräte, sowie die Bezirksbauernkammerobleute und die Vorsitzenden der Bäuerinnenbeiräte und unseren ausgeschiedenen Präsidenten ÖR Ing. Franz Reisecker mit seiner Familie.

Weiters begrüße ich die Vertreter der Fraktionen, KR ÖR Karl Keplinger, KR LAbg. ÖR Ing. Franz Graf, KR Michael Schwarzlmüller und KR Clemens Stammler sowie Bauernbunddirektorin Maria Sauer, die Vertreter der Genossenschaften und unserer Fachverbände, insbesondere den Direktor des OÖ Raiffeisenverbandes Dr. Norman Eichinger, die Leiterinnen und Leiter der landwirtschaftlichen Schulen sowie Bürgermeister Alois Daxinger aus Innerschwand am Mondsee.

Ich begrüße weiters den Kammerdirektor Mag. Karl Dietachmair und die anwesenden Abteilungsleiter, die Leiter der Bezirksbauernkammern sowie der Beratungsstellen für Rinder- und Schweineproduktion, die Vertreter des Betriebsrates und die Damen und Herren der Presse.

Ebenso herzlich begrüße ich die anwesenden Bäuerinnen und Bauern bzw. Gäste und Besucher der heutigen Vollversammlung, insbesondere eine größere Gruppe an Gästen aus dem Mondseerland mit dem Vizepräsidenten a.D. Alois Gaderer, und auch unseren Kammerdirektor a.D. Mag. Fritz Pernkopf.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit fest. Das Protokoll der letzten Vollversammlung gilt als genehmigt, nachdem gemäß Geschäftsordnung kein schriftlicher Einwand dagegen eingebracht wurde.

Zu der in der letzten Vollversammlung beschlossenen Resolution betreffend **„Begutachtungsintervalle für Traktoren anpassen“** hat das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie mit folgenden Ausführungen geantwortet:

Gemäß § 57a Abs. 3 Z 3 KFG (Kraftfahrzeuggesetz) ist die wiederkehrende Begutachtung bei Zugmaschinen mit einer Bauartgeschwindigkeit von mehr als 25 km/h, aber nicht mehr als 40 km/h sowie bei selbstfahrenden Arbeitsmaschinen mit einer Bauartgeschwindigkeit von mehr als 30 km/h aber nicht mehr als 40 km/h drei Jahre nach der ersten Zulassung, zwei Jahre nach der ersten Begutachtung und ein Jahr nach der zweiten und nach jeder weiteren Begutachtung vorzunehmen. Bei diesen darf die Begutachtung auch in der Zeit vom Beginn des dem vorgesehenen Zeitpunkt vorausgehenden Kalendermonates bis zum Ablauf des vierten darauffolgenden Kalendermonats durchgeführt werden. Zugmaschinen mit einer Bauartgeschwindigkeit von mehr als 40 km/h fallen unter den Tatbestand des § 57a Abs. 3 Z 1 KFG und sind damit jährlich zu begutachten, wobei dies auch in einem Zeitraum von drei Monaten vor dem vorgesehenen Begutachtungsmonat zulässig ist. Die unterschiedlichen Intervalle der wiederkehrenden Begutachtung von Zugmaschinen und Arbeitsmaschinen mit einer Bauartgeschwindigkeit von bis zu 40 km/h einerseits und solchen mit einer Bauartgeschwindigkeit von mehr als 40 km/h andererseits ergibt sich aus Sicherheitserwägungen. Zugmaschinen, deren Bauartgeschwindigkeit höher als 40 km/h ist, bedürfen einer häufigeren Überprüfung als solche, die bauartbedingt nur langsamer fahren

können. Auch sollte deshalb bei den Zugmaschinen mit höherer Bauartgeschwindigkeit kein über das Jahr hinausgehender Toleranzspielraum gewährt werden.

Die von der Vollversammlung beschlossene Resolution betreffend „**Wiedereinführung des Agrardiesels**“ wurde vom Bundesministerium für Finanzen dahingehend beantwortet, als die übermittelten Argumente im Rahmen der Steuerreform geprüft und bei einer sich bietenden Gelegenheit als mögliche Impulsgeber in künftige Entscheidungsprozesse eingebracht werden.

Für die von der Vollversammlung beschlossene Resolution „**Forschungsinvestitionen für klimaresistente Futter- und Forstpflanzen**“ wurde seitens des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung Dank für das Engagement ausgesprochen. Im Kompetenzbereich des Ressorts liege neben der Finanzierung der Universitäten und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften sowie des IST Austria die Förderung der anwendungsoffenen Grundlagenforschung. Diese erfolge thematisch offen über den Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, dh es können Projekte in der Grundlagenforschung aus allen Fachbereichen eingereicht werden. Darüber hinaus werde man die Resolution an jene Institutionen, die im Verantwortungsbereich des Ressorts stehen und sich dem spezifischen Thema widmen, weiterleiten.

Die Resolution „**Erdkabel anstelle von Freileitungen bevorzugen**“ wurde von der Abteilung Anlagen-, Umwelt- und Wasserrecht des Landes Oö. aus rechtlicher und fachlicher Sicht eingehend beurteilt und in Abstimmung mit dem Energiewirtschaftlichen Planungsorgan und der Abteilung Umwelt-, Bau- und Anlagentechnik des Amtes der Oö. Landesregierung beantwortet. Im Antwortschreiben wird betont, dass die Resolution der Landwirtschaftskammer Oberösterreich aus der Sicht der aktuell von Freileitungen betroffenen Landwirte verständlich sei. Eine generelle Verpflichtung zur Verkabelung würde allerdings in bestimmten Fällen den Wünschen/Anforderungen der Grundeigentümer und zum Beispiel des Natur- und Wasserschutzes widersprechen. Unabhängig von den Kosten und technischen Vorgaben werden bei den Grabungsarbeiten für ein Erdkabel die Wasserführung in der Trasse, eine Vermischung der Bodenschichten, eine mögliche Erwärmung und die damit verbundene Austrocknung des Bodens und bei Störfällen ein erneutes Aufgraben und ähnliches zu berücksichtigen sein. Eine generelle Verkabelungspflicht führt darüber hinaus aus Erfahrung auch nicht automatisch zu einer uneingeschränkten Akzeptanz und Zustimmung durch die Grundeigentümer. Zusammenfassend sei daher sowohl aus rechtlicher Sicht als auch im Hinblick auf die Vorgaben der Elektrotechnik und der Energieversorgung sowie der energiewirtschaftlichen Planung eine generelle Verkabelungspflicht in der vorgeschlagenen Form nicht zielführend.

Für die heutige Sitzung sind folgende Anträge fristgerecht eingegangen:

Seitens des OÖ Bauernbundes:

- Glyphosat-Totalverbot im Sinne von EU-Rechtskonformität, Verhältnismäßigkeit und Wettbewerbsfähigkeit überdenken

Seitens des Unabhängigen Bauernverbandes OÖ:

- Dokumentation des Inhalts von Beratungsgesprächen
- Kinderbonus für pauschalierte Landwirte
- Steuer-, Abgaben und Beitragsbefreiung für Betriebe mit Forstschäden
- Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln in der öffentlichen und privaten Gemeinschaftsverpflegung
- Erhöhung der Tierwohl-Prämie für Rinder und Schweine auf 300 Euro pro GVE
- Neubesetzung der Leitung der LK-Rechtsabteilung

Seitens der Grünen Bäuerinnen und Bauern Oberösterreichs und des Unabhängigen Bauernverbandes OÖ:

- Reform des Landwirtschaftskammergesetzes inkl. des Wahlrechts

Weiters liegt von der Wählergruppe UBV folgender Antrag vor:

- Neubestellung von Ortsbauernausschussmitgliedern für den Ortsbauernausschuss St. Stefan-Afiesl

Weiters liegt seitens des OÖ Bauernbundes folgender Dringlichkeitsantrag vor:

- Durch Borkenkäfer-Kalamitäten betroffene Waldbesitzer auch bei zukünftigen Kalamitäten aus dem Katastrophenfonds des Landes OÖ unterstützen

Abstimmung über Zuerkennung Dringlichkeit:

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit

Die Anträge werden vor dem Tagesordnungspunkt 7 Allfälliges behandelt.

Zum Ende der Begrüßung darf ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Vollversammlung nochmals herzlich zum heutigen Teichfest der Landwirtschaftskammer mit Beginn um 15 Uhr einladen.

2 Neuwahl des Präsidenten/der Präsidentin und Angelobung

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Die Geschäftsordnung der Landwirtschaftskammer sieht für die Wahl grundsätzlich eine offene Abstimmung durch Erheben von den Sitzen vor. Stimmenthaltungen sind nicht gestattet
Für die Wahl des Präsidenten bzw. der Präsidentin liegt ein ordnungsgemäß eingebrachter schriftlicher Wahlvorschlag vor.

Der Wahlvorschlag lautet:

„Wahlvorschlag für TOP 2: *Neuwahl des Präsidenten/der Präsidentin*

Wahlvorschlag Präsidentin: LAbg. Michaela Langer-Weninger

*Eingebracht am 13.06.2019 von
KR Norbert Ecker und KR Walter Lederhilger*

*Ich stimme meiner oben angeführten Nominierung zu:
Unterschrift Michaela Langer-Weninger*

KR ÖR Walter Lederhilger:

Für die Wahl der Präsidentin wird auf Basis des am 13. Juni eingebrachten schriftlichen Wahlvorschlages von der Wählergruppe OÖ Bauernbund LAbg. Michaela Langer-Weninger vorgeschlagen.

(Keine weitere Wortmeldung)

Abstimmung über die Wahl von LAbg. Michaela Langer-Weninger:

Ja-Stimmen von BB, FB, SPÖ, Grüne

5 Gegenstimmen von UBV

Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger:

Ich wurde damit mehrheitlich zur Präsidentin der Landwirtschaftskammer OÖ. gewählt. Ich nehme die Wahl gerne an und bedanke mich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Herr Landeshauptmann, ich darf dich nun gemäß § 15 Absatz 2 des OÖ. Landwirtschaftskammergesetzes bitten, die Angelobung der Präsidentin vorzunehmen. Ich ersuche alle Damen und Herren sich von den Sitzen zu erheben.

Angelobung der Präsidentin

Hofrat Mag. Hubert Huber:

Frau Präsidentin, Sie werden dem Landeshauptmann gemäß § 15 des OÖ. Landwirtschaftskammergesetzes durch Handschlag geloben, die Ihnen nach den Bestimmungen des genannten Gesetzes obliegenden Aufgaben gewissenhaft zu erfüllen, die Interessen des Berufsstandes in wirtschaftlicher, sozialer und interessenspolitischer Hinsicht stets zu wahren, zu vertreten und zu fördern und den im Gesetz begründeten Anordnungen der OÖ. Landesregierung als Aufsichtsbehörde jederzeit Folge zu leisten.

Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger (zu LH Mag. Thomas Stelzer):

Ich gelobe!

Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer:

Danke für das Gelöbnis. Ich wünsche dir für deine Aufgabe alles erdenklich Gute und viel Erfolg und gratuliere dir herzlich zu deiner Wahl.

3 Neuwahl in die Ausschüsse

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Anstelle des ausgeschiedenen Präsidenten ÖR Ing. Franz Reisecker werden seitens der Wählergruppe OÖ Bauernbund folgende Ausschussnachbesetzungen vorgeschlagen:

HAUPTAUSSCHUSS:

Mitglied: LAbg. Michaela Langer-Weninger

AUSSCHUSS FÜR RECHTS- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK:

Mitglied: LAbg. Michaela Langer-Weninger

OBJEKTIVIERUNGSBEIRAT:

Mitglied: LAbg. Michaela Langer-Weninger

Stimmberechtigt sind bei dieser Wahl gemäß § 18 OÖ. Landwirtschaftskammergesetz nur die Mitglieder der Wählergruppe OÖ Bauernbund.

(Keine weitere Wortmeldung).

Abstimmung über Neuwahl in die Ausschüsse:
Einstimmige Annahme durch die Wählergruppe OÖ Bauernbund

4 Erklärung der neu gewählten Präsidentin

Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger:

Ich danke der Vollversammlung für das entgegengebrachte Vertrauen, das ist ein großartiges Zeichen, aber ich weiß auch, dass das ein großer Auftrag und eine große Verantwortung und Verpflichtung ist, die ich gerne und mit großer Demut entgegennehme. Ich darf aber vor allem Danke sagen, dass meine Familie hier ist, allen voran mein Mann, meine Kinder, meine Eltern und mein Bruder aus Niederösterreich und dass sie mich heute an diesem Tag begleiten und bei mir sind.

Es ist ein besonderes Ereignis, wenn man in Oberösterreich die Präsidentschaft der Landwirtschaftskammer übernehmen darf und ich danke vor allem dir lieber Franz Reisecker für eine wohlwollende und gute Hofübergabe, für dein in mich gesetztes Vertrauen und auch für die gute Übergangszeit in den letzten Wochen und Monaten. Ich konnte dich immer um Rat fragen und du hast mir alle meine Fragen beantwortet. Herzlichen Dank dafür!

Die Aufgabe der Präsidentschaft in der Landwirtschaftskammer ist groß und ich habe sie mir gut überlegt, aber auch mit großem Bewusstsein angenommen. Es ist mir wichtig, dass wir gemeinsam einen Weg für die oberösterreichische Land- und Forstwirtschaft gestalten. Die bäuerlichen Familien in unserem Bundesland sind das Rückgrat in unserem Land und sie verdienen es, vollen Einsatz von uns Funktionärinnen und Funktionären zu erwarten und zu erhalten. Es geht um den Einsatz für entsprechende Lebensqualität auf unseren Höfen, für den Schutz unseres Eigentums – es ist der Grundpfeiler für unser Wirtschaften – für die Wertschätzung unserer Produkte, die jeden Tag unsere Hände und unsere Höfe verlassen, um in den Supermarktregalen auf ihre Abnehmer zu warten und um ein entsprechendes Einkommen auf unseren Höfen erzielen zu können. Oberösterreich ist ein stark landwirtschaftlich geprägtes Bundesland mit einer großartigen Vielfalt an landwirtschaftlichen Produkten. Vom Marktfruchtbau über die Veredelung bis hin zur Almwirtschaft, von Getreide

über Fleisch über Milch bis zu Fischerei, Weinbau, Forst, Direktvermarktung, Urlaub am Bauernhof, der Tisch ist reichlich gedeckt. Das Fundament dafür sind die Bäuerinnen und Bauern, die auf ihren Höfen tagtäglich ihre Arbeit vollbringen. Sie erwarten sich zurecht eine gute und standesgemäße Vertretung durch die Landwirtschaftskammer. Ich ersuche daher alle Mitglieder der Vollversammlung, alle Funktionärinnen und Funktionäre, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landwirtschaftskammer für den entsprechenden Einsatz und für die Bereitschaft für ein konstruktives Miteinander. Wir in der Landwirtschaftskammer müssen Ermöglicher sein. Wir müssen bei Problemen und Fragen, die auf den Tisch kommen, aufzeigen, wie es gehen kann um sie zu lösen. Wie es nicht gehen kann, hören wir oft genug, das hilft aber keinem einzigen Bauern und keiner einzigen Bäuerin. Diese Einladung möchte ich ganz besonders an die Wählergruppen aussprechen für ein verantwortungsvolles Miteinander und für eine ehrliche Vertretung der Bäuerinnen und Bauern in Oberösterreich. Meine Zusage und mein Versprechen für ein kollegiales Miteinander kann ich euch heute an dieser Stelle geben.

Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass Landwirtschaft in Oberösterreich Zukunft hat, bei allen globalen Herausforderungen die vor uns stehen und die wir zu bewältigen haben, aber die auch die ganze Gesellschaft gemeinsam zu bewältigen hat. Wenn es um die steigende Weltbevölkerung geht, wenn es um die Überalterung der Industriestaaten geht, die Verstädterung, die Digitalisierung, den Klimawandel, die Verfügbarkeit von Wasser, Grund und Boden, die uns betreffen und uns beeinflussen bin ich überzeugt, dass in Zukunft die Menschen drei Mal am Tag etwas zu essen benötigen. Wir brauchen eine gute Entwicklung, auch gemeinsam mit der Gesellschaft, denn wir sitzen alle in einem Boot. Jede Bäuerin und jeder Bauer, die direkt am Kunden in der Direktvermarktung oder in der Vermietung tätig sind, erhalten eine sehr große Wertschätzung und spüren eine hohe Akzeptanz und Kundenzufriedenheit. Unser Image grundsätzlich für die Landwirtschaft in der Gesellschaft ist ein Gutes, unser Selbstbild entspricht oft einem anderen. Wir stehen zu einer bäuerlichen und nachhaltigen Bewirtschaftung in einer Generationenverantwortung, um das Gesicht unseres Landes zu erhalten und um die Versorgung der Bevölkerung entsprechend gewährleisten zu können. Aber natürlich fordert uns in der Bewirtschaftung auch manches heraus, wenn teilweise über Nacht und immer wieder höhere Auflagen definiert werden, zum Großteil auch aus der Lebensmittelverarbeitung und dem Lebensmittelhandel, nur um stärkere Produktdifferenzierungen am Markt bieten zu können. Die Folgen sind höhere Belastungen in der Produktion, aber auch zunehmende Widersprüchlichkeiten der Anforderungen. Nur um ein Beispiel zu nennen: Es stehen zunehmend die Anforderungen in der Tierhaltung im Bereich der Laufstallhaltung im Widerspruch zur EU-rechtlich vorgegebenen Senkung der Ammoniakemissionen. Oder auch auf politischer Seite, wenn die Bauern in Gefahr sind zum Spielball zwischen den Parlamentsfraktionen zu werden. Gerade in den letzten Wochen sehen wir dramatisch, wie abhängig Landwirtschaft von politischen Entscheidungen auch auf Bundesebene im Parlament ist. Es wird in den nächsten Tagen und Wochen für uns noch viel spannender werden. Bereits paktierte gute Vorschläge für die Landwirtschaft hängen in der Luft, wenn wir nur an die Steuerreform denken, wo es um die Senkung der

Sozialversicherungsbeiträge gegangen wäre, wenn es um die Herkunftskennzeichnung für verarbeitete Lebensmittel geht, aber auch um die Zusage der bisherigen Bundesregierung, etwaige Budgetkürzungen im EU-Haushalt für uns in der Landwirtschaft in Österreich auszugleichen. Für uns ist jedenfalls klar, dass diese Kürzungsvorschläge völlig inakzeptabel sind und ein mehr an Auflagen im Bereich Tier-, Pflanzen-, Umwelt- und Klimaschutz mit weniger Geld nicht zu leisten ist. Wir werden alles dafür tun, um die notwendigen Punkte auf Bundesebene auch einzufordern. Es wird auch notwendig sein, dort einen entsprechenden Druck aufzubauen, um unsere Höfe unterstützen zu können und für eine stabile Landwirtschaft in Oberösterreich zu sorgen.

Ich denke an die letzten Forderungen auf Bundesebene im Tierschutz, die im Veredelungsbereich gerade in der Schweinehaltung für ca. 90 Prozent der Tierhalter im Schweinebereich erhöhte Produktionsauflagen und -kosten gebracht hätten, ohne jegliche Sicherheit, diese Kosten auch am Markt erwirtschaften zu können. Aber auch im Bereich des Ackerbaus und bei der Bewirtschaftung unserer Felder gilt Ähnliches: Wir haben angespannte Situationen zB im Rübenbau. Wir müssen achtgeben, dass in dieser Situation der populistischen Forderungen des Lebensmittelhandels, aber auch in diesem politischen Spannungsfeld, wir Bäuerinnen und Bauern nicht aufgerieben werden. Wir müssen einfordern, dass bei jeder getroffenen Entscheidung die volle Tragweite an Auswirkungen auch bedacht wird. Durch verschärfte und überzogene Auflagen wächst der Druck auf Investitionen auf unseren Höfen, die oft rational nicht erklärbar und auch betriebswirtschaftlich nur schwer darzustellen sind. Wir müssen aufpassen, dass wir die landwirtschaftliche Produktion nicht aus unserem Bundesland oder aus Österreich verdrängen, wir haben die Beispiele ja schon, wenn wir nur an die Pute oder an den Kartoffelbau denken. Ausländische Produkte kommen dennoch zu niedrigeren Standards mit weiten Transportwegen bei uns am Markt in die Regale. Wir dürfen ausländischen Produkten den Markt in Österreich nicht überlassen. Damit wäre insgesamt ein viel größerer Schaden angerichtet, ein massiver Kollateralschaden, denn die heimische Landwirtschaft ginge verloren mit allen negativen Auswirkungen für die Wirtschaft, den Tourismus und die Umwelt. Wer für strengere Auflagen in der Landwirtschaft im Bereich der Produktion in Österreich auftritt, muss zeitgleich gegen Importe billiger Agrarprodukte aus dem Ausland auftreten. Wir brauchen Wettbewerbsgleichheit für unsere großartige, hochwertige österreichische Produktion.

Höhere Produktions- und Qualitätsstandards sind nur dann nachhaltig umsetzbar, wenn sie dauerhaft durch entsprechende Preise auch am Markt abgegolten werden und wenn sie im Sinne einer nachhaltigen Bewirtschaftung auch nachvollziehbar erklärt werden können und erklärbar sind. Diese Diskussion werden wir mit der Gesellschaft führen müssen, denn unsere österreichischen Produkte haben Mehrwert. Und diesen Mehrwert müssen wir tagtäglich auch nach außen tragen und entsprechend darstellen, für unser heimisches Agrarmodell, für unsere heimische Landwirtschaft, die generationsübergreifend in der Bewirtschaftung unserer Höfe Garantie bringt. Es geht nicht darum jemanden zu belehren, es geht um eine Diskussion auf Augenhöhe, eine ehrliche Auseinandersetzung für uns Bäuerinnen und Bauern, egal, ob es um die Haltung von Tieren oder den verantwortungsvollen und sachkundigen Einsatz von

Tierarzneimitteln und Pflanzenschutz geht. Der Konsument kann sich täglich darauf verlassen, dass wir sorgsam und mit Bedacht unsere Felder und Wiesen bestellen und bewirtschaften und unser Vieh im Stall behüten. Darauf kann man sich verlassen, dafür stehen wir Bäuerinnen und Bauern. Jeder von uns ist gefordert, in der Interessenvertretung, als politischer Akteur und jede Bäuerin und jeder Bauer. Wir müssen für uns eintreten, wir selbst müssen unsere Produktions- und Arbeitsweisen darstellen können. Es gibt nicht DIE Landwirtschaft – wer von uns ist DIE Landwirtschaft? Aber es gibt viele Gesichter und viele Geschichten dazu und genau das macht die Vielfalt in der Landwirtschaft in unserem Bundesland aus. Wir alle sind Landwirtschaft und jede und jeder von uns ist wichtig, genau so wie er ist und was er macht.

Mir ist bewusst, dass es bei manchen ein gewissen Bauchkribbeln auslöst, wenn eine Biobäuerin in Oberösterreich an der Spitze der Landwirtschaftskammer steht. Ich kann euch aber versichern, dass ich mit ganzem Stolz für die Bäuerinnen und Bauern eintreten werde, denn wir machen eine ganz hervorragende Arbeit. Ich bin der vollen Überzeugung, dass jeder für sich selbst die Entscheidung für seinen Hof und seine Familie treffen soll, welche Produktionsart für den Hof die richtige ist. Wir haben zu keinem Zeitpunkt jemals so eine hohe Sicherheit gehabt an Lebensmittelproduktion und an Lebensmittelsicherheit und das müssen wir darstellen und das wird unser Weg sein in der Landwirtschaftskammer in Oberösterreich.

Unsere Wohlstandsgesellschaft baut auf offenen Handel und dieser Handel muss für alle Beteiligten fair sein. Auch wir brauchen einen prosperierenden Export in der Land- und Forstwirtschaft, aber Freihandelsabkommen – so wie derzeit Mercosur – müssen immer auf dem Prinzip der Gleichzeitigkeit aufgebaut sein. Das ist bei Mercosur nicht der Fall und darum müssen wir uns auch mit Vehemenz dagegen stemmen und müssen mit Bedacht darauf schauen, was momentan in Brüssel entschieden wird. Auch unsere derzeitige Bundesregierung ist gefordert, klar darzustellen, wie sie dieses Abkommen sieht. Landwirtschaft wird nie ein separates Feld in der Politik sein, wir sind immer in die Gesellschaftspolitik eingebunden. Wir brauchen einander und wir müssen uns um gegenseitiges Verständnis bemühen. Bei der Ausgestaltung von Budgets brauchen wir einerseits die Akzeptanz und die Mehrheiten in den Parlamenten, dass man klar zur heimischen Landwirtschaft steht. Andererseits geht es auch um die Sicherstellung der vielfältigen Leistungen der Bäuerinnen und Bauern für die Gesellschaft, den Erholungswert, die touristische Attraktivität unserer Landschaft und um die wirtschaftliche Kraft unserer ländlichen Räume, die unter Kürzungen massiv leiden würden. Dort wo der Bauer aktiv ist, wo Landwirtschaft betrieben wird, wo Flächen bewirtschaftet werden, gibt es Ansiedelungen und in Folge auch Gewerbe und Dienstleistungsbetriebe, also Arbeitsplätze. Dort wo der Bauer aufhört, dort wächst der Druck auf Verstaudung, auf Verwaldung, auf Flächenverbrauch und -verkauf und dort schwindet die Lebensqualität für die gesamte Gesellschaft und das betrifft uns alle. Wir brauchen daher ein klares Bekenntnis zu Grund und Boden. Dieses Bekenntnis ist die Grundvoraussetzung für die Wirtschaft und die Gesellschaft. Grund und Boden ist unsere Produktionsgrundlage und wir merken zunehmend, dass in manchen Bereichen das Bekenntnis dazu dort und da angeknabbert wird. Denken wir an die steigenden Nutzungsansprüche und Zugriffe auf unser Eigentum, an die Forderungen zum

Mountainbiken im Wald, denken wir an das völlig unverständliche Tiroler Urteil im Bereich der Almwirtschaft. Wenn es um die Eigentumsfrage geht, dann verlangt das einen sensiblen Umgang. Es verlangt eine ganz klare Positionierung der Interessenvertretung in der Landwirtschaft und auch in der Forstwirtschaft. Wir bekennen uns natürlich zum notwendigen Ausbau der Infrastruktur, denn diese Infrastruktur ist die Lebensader im ländlichen Raum, aber wir erwarten uns zurecht einen fairen Umgang mit den Eigentumsrechten. Wir brauchen konsequente Maßnahmen gegenüber dem überzogenen Flächenverbrauch. Wir wissen, dass gerade die zunehmenden Pacht- und Grundstückspreise mitunter den begrenzenden Faktor darstellen in der Landwirtschaft. Grund und Boden ist für uns Bäuerinnen und Bauern die wichtigste Ressource. Es ist die Ressource, die jeden Tag ein wenig weniger wird.

Für jene, die Grund und Boden besitzen, wird natürlich die Forderung einen Beitrag zu leisten im Bereich des Klimaschutzes auch jeden Tag ein bisschen lauter werden. Wir nehmen diese Verantwortung wahr, die dabei in unseren Bereich fällt und die wir in unserem Bereich auch umsetzen können. Wir haben in der Landwirtschaft unsere Emissionen in den letzten Jahren deutlich gesenkt. Überall dort, wo wir mit natürlichen Ressourcen umgehen, mit Pflanzen, mit Grund und Boden, mit Tieren wird es immer natürliche Emissionen geben. Der Klimawandel wird uns fordern, der Ackerbau hat mit entsprechenden Sorten schon sehr früh begonnen darauf zu reagieren, wir müssen auch im Grünland und im Forst noch nachziehen und dort unsere Positionen besetzen. Wir haben hier noch etwas Aufholbedarf. Denken wir nur an die Borkenkäferproblematik in den letzten Jahren und Monaten: Das nimmt dramatische Ausmaße an, es geht hier wirklich um Existenzen der Waldbesitzer, es ist eine Naturkatastrophe, die hier stattfindet. Wir brauchen die entsprechende Unterstützung und Umsetzung vor allem im Katastrophenfonds auch auf Bundesebene. Insgesamt ist jedoch festzuhalten, dass steigende Humusgehalte auf unseren Flächen deutlich zeigen, dass die nachhaltige Bewirtschaftung in der Landwirtschaft so wie wir sie betreiben, richtig ist und dass diese Bewirtschaftung die Generationenverantwortung darlegt. Wir dürfen das auch jeden Tag selbstbewusst sagen.

Oberösterreich ist ein starkes Wirtschaftsland. Das bringt uns in die Situation, dass unsere Hofübernehmer viele Angebote für Arbeitsplätze haben und auch gesucht sind, denn sie sind gute Arbeitskräfte. Wir brauchen für unsere Jungen am Hof auch entsprechende Perspektiven, damit sie am Hof bleiben können, dh ausreichend Einkommen erwirtschaften können. Wir brauchen entsprechende Lebensqualität und entsprechende Rahmenbedingungen, damit die Jungen motiviert sind, die Höfe auch zu übernehmen. Dazu gehört natürlich auch, sich mit den neuen Technologien auseinanderzusetzen. Wir hatten gestern dazu eine sehr spannende und informative Arbeitstagung, wo wir sehr vieles darüber auch erfahren durften. Wir brauchen dabei aber auch die entsprechende Beratung und Begleitung seitens der Landwirtschaftskammer und diese Aufgaben werden wir in Zukunft ganz deutlich erfüllen müssen. Dennoch ist Landwirtschaft immer ein biologisches und von der Natur abhängiges System und wir brauchen das Wissen und die Erfahrung von uns Bäuerinnen und Bauern und die Bereitschaft, jeden Tag in der Früh und am Abend in den Stall zu gehen, das Vieh zu betreuen und Grund und Boden entsprechend zu bewirtschaften.

Dazu braucht es natürlich das System unserer Landwirtschaftskammern. Unsere Kammern sind ein deutlicher Teil der Unterstützung und Begleitung unserer Bäuerinnen und Bauern. Sie sind aber auch ein ganz klares Zeichen im politischen System, um auf neue Herausforderungen und neue Ansätze gut reagieren zu können und die Mitglieder entsprechend zu begleiten. Wir haben eine breite gesellschaftliche Verankerung und auch eine umfassend demokratische Legitimation durch unsere Kammerwahlen. Wir sind unabhängig, das schafft Vertrauen bei den Bäuerinnen und Bauern. Nirgends sonst ist der Bürger oder die Bürgerin so direkt eingebunden in ein System wie in der Landwirtschaftskammer, von den Ortsbauernausschüssen über die Bezirke bis in die Vollversammlung und das bei einem sehr großen ehrenamtlichen Engagement. Dafür möchte ich auch an dieser Stelle ganz herzlich Danke sagen.

Ich danke aber vor allem dem Land Oberösterreich für die entsprechende Unterstützung und unserem Herrn Landeshauptmann und unseren Landesrat für die Bereitschaft und das stets offene Ohr für uns Bäuerinnen und Bauern und für die Landwirtschaftskammer. Ich darf an dieser Stelle heute schon die Bitte aussprechen, dass wir auch in Zukunft kommen dürfen, wenn wir etwas brauchen.

Wir brauchen als Landwirtschaft ein klares Auftreten, eine klare Position und auch Geschlossenheit nach außen. Wir sind eine kleine Gruppe in der Gesellschaft, aber eine kleine Gruppe mit einem sehr großen Auftrag. Wir müssen wahr genommen werden, wir müssen ernst genommen werden und wir brauchen dafür ein klares Profil, damit das auch funktionieren kann. Ich ersuche daher um eine offene und ehrliche Diskussion intern und um ein konstruktives Miteinander in der interessenspolitischen Arbeit. Naturgemäß haben wir unterschiedliche Standpunkte, das darf auch so sein, aber es soll immer der gegenseitige Respekt in unseren Begegnungen im Vordergrund stehen. Ich kann euch versprechen, dass ich alles mir mögliche tun werde, um eure Erwartungen und die Erwartungen der Bäuerinnen und Bauern bestmöglich zu erfüllen. Ich bitte euch dabei um eure Unterstützung, um euren Einsatz und den Einsatz der bäuerlichen Funktionärinnen und Funktionäre in der Vollversammlung, auf Bezirksebene und auch in den Ortsbauernschaften, aber auch um den entsprechenden Einsatz aller Mitarbeiter in unserer Landwirtschaftskammer und in den Bezirksbauernkammern. Wir müssen gemeinsam Zukunftsperspektiven bieten. Das ist nicht immer einfach, der einfachste Weg wäre vielleicht Angst zu schüren, aber das ist bestimmt nicht mein Zugang. Wir müssen Lösungen anbieten, wir müssen Lösungen auf den Tisch legen. Arbeiten wir gemeinsam für eine positive Perspektive der Land- und Forstwirtschaft in unserem schönen Bundesland Oberösterreich!

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Ich bedanke mich bei der Präsidentin für die Worte und ich darf jetzt erstmals den Vorsitz an die neue Präsidentin übertragen.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr übergibt den Vorsitz an **Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger**.

Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger:

Ich übernehme den Vorsitz sehr gerne und darf dem Landeshauptmann das Wort erteilen.

Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer:

Sehr geehrte Damen und Herren, hohe Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich, Herr Präsident Moosbrugger, lieber Landesrat Hiegelsberger, lieber Vizepräsident Grabmayr, liebe Familien Reisecker und Langer-Weninger, lieber Franz Reisecker, aber vor allem auch liebe Frau Präsidentin Michaela Langer-Weninger. Noch einmal herzliche Gratulation zur Wahl in dieses hohe und wichtige Amt, in diese große Aufgabe in unserem Bundesland, viel Kraft, viel Energie und viel Freude an dieser Aufgabe.

Danken darf ich aber auch dir lieber Altpräsident Franz Reisecker, als Vorgänger und als einer der prägend war und ist für die Landwirtschaft, aber auch für das Land Oberösterreich, für deine umsichtige Amtsführung, vor allem aber auch für deine Handschlagqualität und für die Vorbereitung einer guten und zukunftsweisenden Übergabe.

Liebe Frau Präsidentin, Kompetenz, Engagement und Empathie haben dich in diese hohe Aufgabe geführt. Es ist aber natürlich auch ein Zeichen, dass zum ersten Mal mit dir als Frau an der Spitze der Landwirtschaftskammer Oberösterreich auch ein Signal für Änderungen in der Landwirtschaftskammer gesetzt wird. Es sind das Änderungen, die Bäuerinnen und Bauern in unserem Land immer annehmen und angenommen haben und die sie auch gestalten. Unsere Landwirtschaft war und ist immer zukunftsorientiert, aber um verantwortungsvoll und nachhaltig auch gestalten zu können, brauchen und verdienen Landwirtinnen und Landwirte natürlich auch die Unterstützung, die Begleitung, den Rückhalt der Gesellschaft und damit auch ganz explizit die Begleitung und Unterstützung der Politik, weil ihr ja auch Weitblick, Mut und hohe Verantwortung zeigt. Die großen Änderungen die noch auf uns zukommen werden sind mit kurzen aber weitreichenden Worten wie Klimaänderung, europäische und globale Marktänderung und vielen anderen mehr betitelt und umschrieben. Das findet statt, das fordert uns gemeinsam, weil wir nur gemeinsam ein starkes, lebendiges und erfolgreiches Agrarland Oberösterreich nachhaltig sichern können. Wir wollen, so wie es die Präsidentin Langer-Weninger angesprochen hat, die bäuerlichen Familienbetriebe. Wir wollen das nicht nur in den Reden und mit Absichtserklärungen, wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass Bäuerinnen und Bauern Perspektiven haben und dass sie für sich auf und mit ihren Höfen in unserem Land Zukunft sehen. Deshalb haben wir in schwierigen Situation auch einzuspringen und zu helfen, aus einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung, durchaus auch als Signal, vor allem aber auch aus Gerechtigkeitsgründen. Denn die Bäuerinnen und Bauern bringen viel für unser Land ein, für unsere Ernährung, für unsere so unschätzbar wichtige und wunderbare Natur, vor allem aber auch in größerem Zusammenhang für das Leben in unseren ländlichen Räumen. Bei all dem und noch viel mehr freue ich mich sehr auf eine gute Zusammenarbeit mit der neuen Präsidentin, insgesamt mit der Landesvertretung mit der Landwirtschaftskammer der

oberösterreichischen Bäuerinnen und Bauern in herausfordernden Zeiten, die natürlich auch große Verantwortung mit sich bringt. Interessenvertretung für Bäuerinnen und Bauern ist eine große, unverzichtbare und verantwortungsvolle Aufgabe. Sie alle als Standesvertretung haben mit Fug und Recht die Interessen ihres Berufsstandes im Auge, es muss aber auch die gesamte Gesellschaft dafür Verständnis und Begleitung haben, dass es diese Interessenvertretung und vor allem auch den agrarpolitischen Sachverstand in unserem Land gibt.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte bei dieser besonderen Sitzung der Vollversammlung auch eines herausstreichen, was ich für ein Markenzeichen der Landwirtschaftskammer halte und was alle bisherigen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger immer gezeigt haben: Bei aller Sicht auf den eigenen Berufsstand und bei aller konsequenten Interessenvertretung wurde immer auch das große Ganze des Bundeslandes Oberösterreich gesehen. Offensichtlich haben wir gemeinsam das sehr gut hingebacht. Darauf können wir stolz sein, darüber freuen wir uns, darauf setze ich aber auch weiterhin und bitte Sie auch darum, damit wir eben ein so starkes Agrarland Oberösterreich und ein so starker Standort bleiben können.

Sie selbst wissen es am Besten, die Land- und Forstwirtschaft hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten immer mehr zu einem multifunktionalen Leistungsanbieter entwickelt und gewandelt. Die nachhaltige Produktion von qualitativ hochwertigsten Nahrungsmitteln und Rohstoffen bleibt und ist natürlich eine unverzichtbare Aufgabe auch in unserer Gesellschaft. Aber das ist nur ein Schwerpunkt der vielfältigen Arbeit, die auch in der sehr bemerkenswerten Antrittsrede unserer neuen Präsidentin angeklungen ist. Es geht um den Aufbau und die Aufrechterhaltung der Infrastruktur, die Sicherung der Siedlungsgebiete, das Anbieten von Veredelungsprodukten, biogene Rohstoffe für Energieproduktion, vielfältige Tourismus- und auch Freizeitdienstleistungen, Beiträge in der Katastrophenvorsorge, Erhaltung und Gestaltung der Kulturlandschaft und noch vieles mehr, das das umfassende Leistungsbündel unserer Land- und Forstwirtschaft darstellt. Diese großen Leistungen, aber auch diese großen Herausforderungen unserer Bauernfamilien müssen daher auch immer in unserer Bevölkerung präsent sein und von einem guten Wohlwollen begleitet sein. Auch das ist eine Aufgabe für eine engagierte, nach vorne gerichtete Interessenvertretung, die Sie auch übernehmen. Es ist aber auch eine Aufgabe für unsere gesamtpolitische Vertretung klar zu machen und Verständnis immer wieder dafür zu wecken, dass bäuerliche Arbeit nicht nur an den üblichen volkswirtschaftlichen Kennziffern gemessen werden kann und darf, sondern dass da viel mehr eingebracht wird. Im Übrigen sind es vielfach Bäuerinnen und Bauern, die sich über ihren vielfältigen Beruf hinaus in der Gesellschaft und in der Gemeinschaft vor Ort einbringen und damit für Zusammenhalt, aber auch für die Gestaltung des demokratischen Oberösterreichs in der Gemeinde, in der Region und im Land sorgen. Das, sehr geehrte Damen und Herren, sehe ich als große gemeinsame umfassende Aufgabe im guten Zusammenspiel zwischen Interessenvertretung und politischer Gestaltung, politischer Vertretung im Land Oberösterreich.

Auch wenn die Frau Präsidentin von einer kleinen Gruppe gesprochen hat, sollte man trotzdem und immer wieder und mit vollem Selbstbewusstsein darauf hinweisen, dass in Oberösterreich jeder sechste Arbeitsplatz mit Essen und Trinken zusammenhängt, somit mit Ihrer ureigensten Verantwortung und Kompetenz. Das ist eine Größe und eine Kraft, die ungefähr mit dem Automobilbereich in unserem Land mithalten kann. Wir sprechen hier schon von einer großen Verantwortung, die eingebracht und getragen wird. Es gibt auch viele Zukunftsperspektiven: Der Drang und der Trend und der Wunsch nach regionalen Lebensmitteln ist ungebrochen und wird weiter zunehmen. Auch das steigende Bevölkerungswachstum weltweit wird noch viel mehr Bedarf an Lebensmitteln auslösen und bietet natürlich auch Exportchancen für unsere Landwirtschaft. Um aber diese Zukunftschancen nützen zu können, braucht die Landwirtschaft und brauchen Bäuerinnen und Bauern Perspektive, vor allem aber auch Planungssicherheit und verlässliche Partnerinnen und Partner in der Politik. Die von Landesrat Hiegelsberger nun angestoßene Agrarstrategie 2030 wird dazu mit Sicherheit beitragen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich bitte dich und insgesamt die Interessenvertretung der Landwirtschaft in Oberösterreich weiterhin, dass ihr eine so starke Stimme für die Bäuerinnen und Bauern in unserem Land seid und dass ihr eine so gute Beratungs- und Servicedienstleistung für die Bäuerinnen und Bauern in unterschiedlichsten Herausforderungen des Berufs und des allgemeinen bäuerlichen Lebens bietet. Ich bitte vor allem auch, dass die Landwirtschaft und die Kammer Ideenbringer nicht nur für die Agrarpolitik, sondern auch ganz allgemein für unser Land und für eine gute und zukunftsweisende Gestaltung unserer ländlichen Räume ist, damit wir gemeinsam aus unserem Oberösterreich ein faszinierendes Land der Möglichkeiten bauen können.

Die Landespolitik – und das kann ich auch im Namen unseres Landesrates Hiegelsberger und generell versprechen – bemüht sich immer ein verlässlicher und berechenbarer Partner zu sein, vor allem auch den Stellenwert der Bäuerinnen und Bauern wertzuschätzen und dafür auch immer einzutreten. Herzliche Gratulation, alles Gute für diese schöne, neue Aufgabe und auf eine gute Zusammenarbeit!

Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger:

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, vielen Dank auch für deine Bekundung der Unterstützung für die Bäuerinnen und Bauern in Oberösterreich. Wir brauchen das gemeinsam für unser Bundesland und ich danke dir ganz herzlich, dass du mit offenem Herzen zu uns stehst. Danke vielmals!

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Liebe neugewählte Präsidentin, liebe Michaela Langer-Weninger, ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, dir vorerst ganz herzlich im Namen der Fraktion OÖ Bauernbund zu gratulieren. Ich gratuliere dir als erster Präsidentin der Landwirtschaftskammer Oberösterreich und als erster Präsidentin einer Landeslandwirtschaftskammer. Ich darf im Namen der Fraktion zusagen, dass

wir in gleicher Weise wie mit Präsident Reisecker zusammenarbeiten werden und ich möchte im Namen aller Mitglieder unsere vollste Unterstützung zusagen.

Aber auch persönlich gratuliere ich dir ganz herzlich. Ich freue mich auf eine tolle Zusammenarbeit und auf die Aufgaben, die wir ab heute gemeinsam zu bewältigen haben. Ich habe im Bauernbund schon deine Arbeit kennen und schätzen gelernt. Daher bin ich mir sicher, dass wir gerade jetzt, wo eine Vielzahl an Herausforderungen wartet, deine persönlichen Stärken in der LK Arbeit brauchen. Ich habe dich als ehrgeizige, zielstrebige, lösungsorientierte, verbindende und höchst kommunikative Frau kennengelernt. Du gehst auf die Leute zu. Genau diese Eigenschaften benötigen wir und ich freue mich, gemeinsam mit dir diesen Weg zu beschreiten. Ich bedanke mich bei dir und deiner Familie, dass du dich bereit erklärt hast, dieses Amt zu übernehmen und ich wünsche uns beiden und uns allen hier in der Vollversammlung einen erfolgreichen Weg in die Zukunft.

Ich möchte aber auch die Gelegenheit wahrnehmen und in meinem eigenen Namen und im Namen der Fraktion Bauernbund dir lieber Franz Reisecker Danke zu sagen. Du warst für uns in all den Jahren Präsident und Interessenvertreter. Du hast dich von der Ortsebene bis zur COPA in Brüssel stets mit hoher Kompetenz, Herzblut und Bauernschläue für unsere Bäuerinnen und Bauern eingesetzt. Du hast immer versucht, das Beste für unsere Bäuerinnen und Bauern und unsere Betriebe zu erreichen und du hast es vielfach ja auch geschafft.

Ich persönlich will aber ebenfalls von ganzen Herzen Danke sagen, für das Stück Weg, das wir gemeinsam in der Vollversammlung und seit 2011 im Präsidium gegangen sind, vor allem Danke für die Art und Weise, wie wir diesen Weg beschritten haben.

Fasziniert hat mich deine Ruhe und Besonnenheit, mit der du an alle Herausforderungen herangehst. Ich habe dich auch als harten Verhandler kennengelernt. Du hast aber auch die Fähigkeit, wertschätzend Menschen gegenüberzutreten und das Menschliche und das Gesellschaftliche nie zu kurz kommen zu lassen. Wir haben in engster Abstimmung und mit vollem gegenseitigem Vertrauen und mit persönlicher Wertschätzung zusammengearbeitet.

Ich fühle mich als der, der das weiterträgt, was du in der Kammer an Arbeitsmethodik und Eigenschaften hinterlassen hast. Dein und unser Motto war: „Nicht Staub aufwirbeln, sondern Spuren hinterlassen“. Spuren, an die sich die Bäuerinnen und Bauern und die Landwirtschaft in Zukunft orientieren können. Ich wünsche dir lieber Franz für den kommenden Lebensabschnitt viel Zeit, dass du all das nachholen kannst, was in den letzten 22 Jahren mit Sicherheit zu kurz gekommen ist. Ich wünsche dir Zeit für deine Familie und ich wünsche dir für dein neues Hobby „Bauer sein“ sehr viel Zeit und Gesundheit und alles Gute für deine Zukunft!

Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger:

Wenn ein so profunder Kammerpräsident wie Franz Reisecker ausscheidet, dann gibt es auch eine entsprechende Ehrung und Auszeichnung.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, Herr Landesrat,
geschätzte bäuerliche Abgeordnete und Kammerfunktionäre sowie Vertreter der Verbände und Organisationen, vor allem aber lieber Franz Reisecker, liebe Familie Reisecker und geschätzte Gäste der heutigen Vollversammlung.

Mit dem Abschied von Präsident Franz Reisecker geht in der Landwirtschaftskammer OÖ ohne Übertreibung eine wirklich prägende Ära zu Ende. Franz Reisecker hat die Arbeit in der Landwirtschaftskammer OÖ nun über 16,5 Jahre im Präsidium ganz wesentlich geprägt und ihr einen erfolgreichen sowie gleichzeitig aber auch sehr menschlichen Stempel aufgedruckt.

Franz Reisecker war und ist zu Vordringst vor allem leidenschaftlicher Schweine- und Ackerbauer, sowie ein engagierter und konsequenter bäuerlicher Unternehmer. Dir war es immer wichtig am Betrieb vorzuzeigen, was du von den Bäuerinnen und Bauern eingefordert hast. Das galt für die betrieblich unternehmerische Weiterentwicklung genauso wie für dein Engagement und deine Vorreiterfunktion beim Tiergesundheitsdienst.

Der Erfolg am eigenen Betrieb ist nach wie vor die zentrale Grundlage, um auch als Bauernvertreter anerkannt zu sein. Franz Reisecker legte stets sehr großen Wert auf die berufliche sowie persönliche Aus- und Weiterbildung und auf entsprechende Aufzeichnungen am Betrieb als Grundlage für fundierte betriebliche Entscheidungen, aber auch für eine entsprechende Arbeitseffizienz in der Landwirtschaft. Besonders betonen möchte ich hier deine Pionierrolle bei der Etablierung des heute selbstverständlichen EDV-Einsatzes in der Landwirtschaft und dein konsequentes Eintreten für die Maschinenring-Idee.

Deine ersten Funktionen waren der Maschinenring-Obmann und die Obmannschaft beim Telehaus St. Georgen. 1995 wurde Reisecker in der schwierigen Phase des EU-Beitrittes Ortsbauernobmann, 1997 Landwirtschaftskammerrat, 2002 Vizepräsident und ab 2011 Präsident der Landwirtschaftskammer OÖ. Franz Reisecker übte auch mehrere Genossenschaftsfunktionen aus und ist seit 2012 Genossenschaftsanwalt des OÖ Raiffeisenverbandes. Reiseckers Engagement war auch auf Bundesebene stets gefragt, so ist er seit 2009 Vizepräsident des österreichischen Bauernbundes und seit 2011 Vizepräsident der Landwirtschaftskammer Österreich. Sein ganz besonderes Engagement galt stets der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik und auch handelspolitischen Fragen, wo er stets mit Nachdruck versuchte, die spezifischen Anliegen der heimischen bäuerlichen Familienbetriebe in die europäische Diskussion zur Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik einzubringen.

Reisecker vertritt die österreichische Landwirtschaft seit dem Jahr 2014 in der EU-Bauernvertretung COPA und ist seit vier Jahren auch Vizepräsident von COPA.

Als bäuerlicher Spitzenfunktionär vertrat Reisecker die verschiedenen Sparten der Landwirtschaft und die Forstwirtschaft stets mit hoher fachlicher Kompetenz, mit viel Detailwissen, mit Konsequenz und bei Bedarf auch mit der nötigen Beharrlichkeit. Seine Führungsaufgaben übte er stets mit ruhiger Hand, einer zutiefst menschlichen Art und mit einer konsequenten Zielorientierung im Sinne der Bäuerinnen und Bauern aus. Reisecker zeichnete in seinen verschiedenen Funktionärsaufgaben eine besondere und konsequente Zukunftsorientierung aus. Von ihm wurden in verschiedenen Organisationen größere Reformvorhaben angestoßen, zuletzt vor allem eine größere Strukturreform im Bereich der Dienststellen der Bezirksbauernkammern. Er suchte dabei stets mit allen Beteiligten das Gespräch, war aber gleichzeitig auch immer bereit, zum gegebenen Zeitpunkt klare Entscheidungen zu treffen, auch wenn diese nicht immer angenehm waren.

Lieber Franz,

du hättest dir in den letzten Jahren deiner Funktionstätigkeit auch vieles einfacher machen können. Aber das war nie dein Anspruch. Vielmehr war es stets dein hoher persönlicher Anspruch zum gegebenen Zeitpunkt die notwendigen Entscheidungen zu treffen, die am besten für die Interessen der Bäuerinnen und Bauern und insbesondere deren Zukunft waren – auch wenn sie für dich persönlich nicht immer angenehm waren.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren, für die Spitzen der Agrar- und Landespolitik war Franz Reisecker stets ein berechenbarer, integrierender und hochgradig loyaler Partner. Er hatte es nicht notwendig, sich auf Kosten anderer zu profilieren. Das hätte auch seiner geradlinigen und ehrlichen Art widersprochen. Franz Reisecker zeichnete sich durch konsequente Teamarbeit sowie Beharrlichkeit und Hartnäckigkeit aus, wenn es um die zentralen Anliegen der Bauernschaft ging. Das war und ist dein persönliches sowie politisches „Erfolgsrezept“. Franz Reisecker ist auch ein besonderer Netzwerker, der praktisch mit allen sehr gut reden kann. Auch auf Ebene der Landwirtschaftskammer Österreich, gegenüber dem Landwirtschaftsministerium und der europäischen Bauernvertretung hatte sein Wort stets ein besonderes Gewicht. Er konnte auch immer gut einschätzen, was man einem Verhandlungspartner oder dem politischen Gegenüber berechnend zumuten kann.

Franz Reisecker war in seinen politischen und interessenspolitischen Funktionen oft und wiederholt massiv gefordert. Ich denke da vor allem an mehrere umfassende EU-Agrarreformen, die Konzeption mehrerer Programme zur ländlichen Entwicklung, mehrere Reformschritte im Bereich der bäuerlichen Sozialversicherung, die Einheitswert-Hauptfeststellung und auch mehrere Steuerreformen, wobei ich insbesondere die zuletzt geplante Steuerreform nennen möchte, deren konzipierte Entlastungsschritte für die Landwirtschaft vor allem die Handschrift von Franz Reisecker tragen.

Aber auch Verhandlungen mit anderen Interessensgruppen, wie zB mit der Österreichischen Tierärztekammer zur ständigen Weiterentwicklung des Tiergesundheitsdienstes sowie zu

tierschutzrechtlichen Fragestellungen wurden auf Bundesebene wesentlich von Franz Reisecker geprägt.

Gefordert haben dich aber auch mehrere Krisensituationen auf den Agrarmärkten wie zB vor einigen Jahren am Milch- und Schweinemarkt und zuletzt insbesondere in der Forstwirtschaft.

Franz Reisecker zeichnete sich nicht nur durch ein breites Netzwerk innerhalb der österreichischen Landwirtschaft und Politik aus, sondern pflegte auch viele Kontakte auf europäischer Ebene. Nicht nur die vielen Termine bei Veranstaltungen mit der Bauernschaft, sowie bei Sitzungen in Linz und Wien, sondern auch die regelmäßigen Termine auf Brüsseler Ebene waren für dich zeitlich und persönlich sehr fordernd, aber trotzdem über all die Jahre deine ganz besondere persönliche Leidenschaft. Auch deinem Engagement auf EU-Ebene ist es ganz wesentlich mitzuverdanken, dass in den vergangenen Jahren diskutierte und geplante Eingriffe in unsere unverzichtbaren Ausgleichszahlungen abgewendet werden konnten.

Franz Reisecker war aber auch die ständige Fort- und Weiterentwicklung der Landwirtschaftskammer zu einem modernen und zukunftsorientierten Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen ein ganz besonderes Anliegen. Die Landwirtschaftskammer ist nicht nur in der agrarischen Interessenspolitik, sondern auch in den Bereichen Beratung, Bildung, Information und Förderungsabwicklung – gerade auch angesichts der ständig steigenden Anforderungen an die Landwirtschaft – ein unverzichtbarer Partner der bäuerlichen Betriebe.

Landwirtschaftskammer und Kammerarbeit sind in unzähligen Bereichen eng mit der Landespolitik bzw. mit den Landesdienststellen verknüpft. Das ergibt sich nicht nur aus dem Landwirtschaftskammergesetz, viele interessenspolitische Fragen, die für uns wichtige Personalfinanzierung und die vielfältigen sonstigen Aufgaben erfordern eine intensive und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Land Oberösterreich, insbesondere mit unserem Landeshauptmann und Finanzreferenten Mag. Thomas Stelzer sowie mit Agrarlandesrat Max Hiegelsberger. Franz Reisecker pflegte stets gute und intensive Kontakte mit den Mitgliedern der Landesregierung und den Landesdienststellen. Das war und ist eine zentrale Voraussetzung, um als Kammerpräsident möglichst erfolgreich für die OÖ Land- und Forstwirte arbeiten zu können.

Es ist mir heute auch ein besonderes Anliegen, deiner Gattin Berti ein aufrichtiges Danke zu sagen. Nur mit ihrer außergewöhnlichen Unterstützung als Ehepartnerin war es möglich, die verantwortungsvolle Funktion als Präsident der Landwirtschaftskammer mit dem erforderlichen Engagement auszuüben. Dafür, dass du deinem Mann Franz tagtäglich nach Kräften unterstützt und ihm viele Belastungen des Alltags abgenommen hast, möchten wir dir, liebe Berti, heute unseren ganz persönlichen und besonderen Dank aussprechen.

Lieber Franz, ich danke dir aber auch persönlich für die von dir mustergültig vorbereitete „Hofübergabe“ in der Landwirtschaftskammer und für die vielfache und wohlwollende Unterstützung bei meinen Vorbereitungen in den letzten Wochen. Dafür ein ganz besonderes und herzliches Danke.

Was dich immer in ganz besonderer Weise ausgezeichnet hat, war deine Menschlichkeit und deine Verbindlichkeit im Umgang mit den Bäuerinnen und Bauern, mit den Funktionärinnen und Funktionären aber auch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses, die vor allem von deiner christlich-humanistischen Grundeinstellung geprägt sind. Deine Stärke ist es auch in schwierigen und fordernden Situationen ruhig und gelassen zu bleiben. Du brauchst keine lauten Worte um deiner Position Nachdruck zu verleihen oder um gehört zu werden. Das hast du in den vielen Jahren deiner Funktionärstätigkeit immer wieder bewiesen und gerade das zeichnet dich ganz besonderes aus.

Lieber Franz, ich darf dir von dieser Stelle aus nochmals den ganz besonderen Dank der Kammervollversammlung, der OÖ Bauernschaft und von mir persönlich zum Ausdruck bringen. Für deine Zukunft wünschen wir dir vor allem weiterhin viel Gesundheit, persönliche Zufriedenheit und viel Freude und nun mehr Zeit zur Verfolgung deiner persönlichen Interessen aber auch bei der nun eventuell wieder verstärkten praktischen Arbeit in der Landwirtschaft. Ich bin überzeugt, dass du die weitere Entwicklung der OÖ Land- und Forstwirtschaft sowie der Landwirtschaftskammer mit entsprechendem Interesse verfolgst.

Wir dürfen dir die Ehrenurkunde und Ehrennadel der Landwirtschaftskammer Oberösterreich überreichen.

Präsidenten LAbg. Michaela Langer-Weninger und Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr übergeben ÖR Ing. Franz Reisecker die Urkunde und Ehrennadel.

Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer:

Lieber Herr ÖR Ing. Franz Reisecker,

Ehrungen sind Möglichkeiten um Danke zuzusagen und um Anerkennung und vor allem Respekt zu zeigen. Wer bäuerliche Interessenvertretung in Oberösterreich betreibt und das in einer Art und Weise, wie du das immer getan hast, bei dem möchte natürlich auch das Land Oberösterreich insgesamt seinen Dank abstaten und vor allem anerkennen, was du für unser Land geleistet, eingebracht und mitgestaltet hast. Daher, lieber Franz, hat die Oberösterreichische Landesregierung einstimmig beschlossen, dir das Goldene Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich, und das heute vor deiner Vollversammlung zu verleihen.

Nachdem ein Regierungsbeschluss natürlich auch eine Unterlage verlangt, gibt es einen umfangreichen Akt dazu. Ich habe ihn ein wenig gekürzt. Damit wir keinen Formfehler machen, darf ich ihn trotzdem in Auszügen zur Kenntnis bringen:

Was die Grundlage der Entscheidung der Landesregierung ist, liegt auf der Hand, ist aber auch in Worte gefasst worden: Franz Reisecker zeichnet sich durch eine enorme fachliche, menschliche Qualität aus und hat vor allem die Agrarpolitik durch seine vielen Leistungen im Land Oberösterreich bereichert und geprägt. Als bäuerlicher Spitzenfunktionär vertrittst und vertratst du die verschiedenen Bereiche der Landwirtschaft mit Konsequenz und mit nötiger Beharrlichkeit, wobei dir zweifelsohne deine ausgleichende Art und deine optimistische Lebenseinstellung bei so mancher Verhandlungsführung oft zugute gekommen ist. Nachdem du bereits als ausgezeichneter Funktionär mit besonderem Weitblick aufgefallen bist und bekannt warst, bist du 1997 in die Vollversammlung dieses Hauses gewählt worden, dann Vizepräsident und die letzten Jahre hindurch erfolgreicher Präsident gewesen. Du bist ein anerkannter Repräsentant der Bäuerinnen und Bauern, nicht nur in unserem Land und du bist auch ein Repräsentant zahlreicher Organisationen. Hohe Kompetenz, persönliches Engagement und immer eine Verbundenheit mit dem, was Bäuerinnen und Bauern wirklich ein Anliegen ist, zeichnen und zeichnen dich aus. Das hat natürlich dazu geführt, dass du in viele andere Aufgaben berufen wurdest und gefragt wurdest, Verantwortung zu übernehmen. Ich nenne nur den Vizepräsidenten der Landwirtschaftskammer Österreich, den Genossenschaftsanwalt, Aufsichtsrat in der Hagelversicherung, Vizepräsident der COPA und du hast auch in unserer Parteilinie viele hohe Aufgaben übernommen und mitgestaltet. Dein Voraushen und deine visionäre Kraft in vielen Bereichen – vor allem im Bereich des Tiergesundheitsdienstes – sind allhin bekannt und wurden auch vielfach geehrt und sollen auch Grundlage dieser Auszeichnung sein. Auch dein persönlicher Lebensweg gemeinsam mit deiner Familie, mit deiner Frau Berti, überzeugt und ist Grundlage, dass du ein so anerkannter und mit hohem Vertrauen ausgestatteter Interessenvertreter und Präsident sein konntest. Daher darf auch ich natürlich dir, liebe Berti und der ganzen Familie ein großes Danke sagen. Wer öffentliche Aufgaben übernimmt und das Glück und den Segen hat in einer Familie leben zu können, bei dem muss die Familie diese Aufgabe auch mitleben und dafür danken wir euch sehr herzlich.

Du hast immer auch auf Aus- und Fortbildung Wert gelegt und auch nicht davor zurückgeschreckt, auch internationale Aufgaben zu übernehmen. Auf europäischer Ebene tätig zu sein ist kein Honiglecken, das verlangt nicht nur hohen persönlichen und zeitlichen Einsatz, sondern auch internationales Geschick. Wenn sich aber ein Land und ein Standort international versteht, dann muss es auch Leute geben, die diese Internationalität leben. Durch deine Aufgabe und dein Mitgestalten in der COPA bist du sicher auch ein leuchtendes Vorbild.

Lieber Franz, diese Auszeichnung soll dokumentieren und für alle bäuerliche Anlässe, Bauernbälle, wo immer du auch hingehst, ein sichtbares Zeichen an deinem Anzug sein, zu welcher eindrucksvollen Leistungen Bäuerinnen und Bauern fähig sind und wofür du vor allem durch deinen Einsatz und dein Engagement befähigt wurdest.

Du bist mit allen Wassern gewaschen (wie das in der Weißbierhochburg Innviertel heißt weiß ich leider nicht) und du hast deine hohe Kompetenz und dein oft inhaltlich schon voraus Sein

immer so eingesetzt, dass dein Gegenüber nie übervorteilt wurde, sondern dass es immer auch ein Gespräch und ein Verhandeln auf Augenhöhe war. Du bist mit Fug und Recht ein Vorbild, du bist ein äußerst angenehmer Gesprächspartner, ein Ratgeber und persönlich auch ein unterstützender Freund. Auch dafür ein herzliches Dankeschön. Danke für deine großen Leistungen und herzliche Gratulation zum Goldenen Ehrenzeichen, das ich dir gemeinsam mit Landesrat Max Hiegelsberger überreichen darf.

Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer und Landesrat Max Hiegelsberger überreichen **ÖR Ing. Franz Reisecker** das Goldene Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich.

ÖR Ing. Franz Reisecker:

Geschätzter Herr Landeshauptmann, geschätzter Herr Landesrat, lieber Präsident Moosbrugger, geschätzte neu gewählte Präsidentin Michaela Langer-Weninger, geschätzte Funktionäre, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, geschätzte Bäuerinnen und Bauern und Gäste der heutigen Vollversammlung. Ich bin wirklich überrascht und überwältigt: Der Landeshauptmann hat mich mit der Auszeichnung, von der ich absolut nichts wusste, so überrascht, dass ich fast ohne Worte bin. Herr Landeshauptmann, dir und der Landesregierung und allen, die in Oberösterreich Verantwortung tragen, ein besonderes Danke für diese Auszeichnung! Ich werde diese Auszeichnung in Ehren halten. Für mich ist diese Auszeichnung natürlich ein besonderer Auftrag auch in Zukunft, die Interessen der Bäuerinnen und Bauern nicht nur als Funktionär, sondern vor allem auch als „Kunst-Bauer“ – „kunnst du mir nicht da und dort ein wenig helfen?“ – noch dementsprechend zu vertreten.

Ich bedanke mich auch bei unserer Landwirtschaftskammer für die Auszeichnung und ich möchte vor allem Präsidentin Michaela Langer-Weninger gratulieren. Es ist für mich eine sehr große Freude, dass du Ja gesagt hast, dass deine Familie Ja gesagt hat, diese Funktion zu übernehmen. Ich bin überzeugt, dass du eine exzellente Interessenvertreterin für Oberösterreich und für die oberösterreichischen Bäuerinnen und Bauern sein wirst. Du wirst die Bäuerinnen und Bauern nicht nur exzellent vertreten, sondern auch in eine gute Zukunft führen. Ich darf dir recht herzlich gratulieren und ich wünsche dir alles Gute für deine Arbeit in der Landwirtschaftskammer OÖ.

22 Jahre war dieses Haus und dieses Rednerpult für mich ein Begleiter und eine Arbeitsstätte. Bei vielen Entscheidungen, wo ich mitbegleiten und mitgestalten durfte, war die Vollversammlung für mich und für uns eine sehr wichtige Einrichtung. Es war das Bauernparlament, das mich und uns geprägt hat. Die unterschiedlichsten fachlichen Diskussionen und Meinungen, die ich sehr geschätzt habe und die zum Großteil auch sachlich geführt wurden, haben für die Landwirtschaft einiges bewirkt und geprägt. Es galt für mich immer der Spruch: Reden über Probleme schafft Probleme und reden über Lösungen schafft Lösungen! Ich habe immer in meinen Funktionen versucht lösungsorientiert zu arbeiten und Entscheidungen zu treffen, die für die Bauernschaft das Beste waren, und die bestmöglichen Entscheidungen dann auch zu vertreten. Nur mit realistischen Forderungen kann man etwas

erreichen. Es wurde heute sehr viel Lob gegeben und meine Arbeit aufgezählt. Ich werde das nicht wiederholen, es werden die Bäuerinnen und Bauern selbst entscheiden, welche Leistungen ich in den letzten Jahren erbracht habe. Ich bin besonders auf drei Punkte stolz: Erstens, dass wir in der Landwirtschaftskammer Oberösterreich eine Strukturreform erreicht haben, die unser Beratungs- und Bildungsunternehmen zukunftsfähig macht und die für unser Beratungs- und Bildungsunternehmen für die bäuerlichen Anliegen und für die Zukunft der Bäuerinnen und Bauern sehr wichtig war. Zweitens habe ich die Politik immer so verstanden, dass ich mitgestalten will und nicht nur in Oberösterreich, sondern auch darüber hinaus sowohl auf Österreich-Ebene als auch auf EU-Ebene. Dementsprechend bin ich immer für die Bäuerinnen und Bauern eingetreten und habe immer versucht, das Bestmögliche zu erreichen. Gelingen ist auch, dass wir drittens einen europäischen Kongress nach Linz gebracht haben, der nach wie vor in Brüssel mit vielen intensiven Diskussionen und Ergebnissen nachwirkt, der die GAP-Reform und die Vorschläge zur neuen Reform dementsprechend mitgestaltet hat. Es war sehr wichtig, dass die oberösterreichischen Betriebe vor europäischen Vertretern hergezeigt werden konnten und dass gezeigt wurde, wie in Oberösterreich Landwirtschaft funktioniert und wie auf den oberösterreichischen Betrieben Einkommen erwirtschaftet wird.

Ich möchte wirklich herzlich Danke sagen, Danke, vor allem den Bäuerinnen und Bauern, denn die sind es, die in Oberösterreich das Land in vielen Bereichen gestalten. Es war wunderschön, es war interessant und es war nicht immer leicht für die Bäuerinnen und Bauern zu arbeiten. Aber ich bin absolut überzeugt, dass die Arbeit für die Bäuerinnen und Bauern es wert ist, dementsprechend Zeit einzusetzen.

Ich bedanke mich auch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesem Haus, stellvertretend für alle bei unserem jetzigen Kammerdirektor Karl Dietachmair, aber besonders auch bei Fritz Pernkopf, der heute auch in unserer Runde ist und mit dem ich jahrelang sehr intensiv zusammengearbeitet habe. Damit die Arbeit funktioniert, gehört auch eine Bürostruktur dazu und da möchte ich mich stellvertretend für alle Büromitarbeiter bei meiner Sekretärin Gabriele Schöberl bedanken. Weiters danke ich meinem Chauffeur Karl Ecker, wir sind hunderttausende Kilometer unfallfrei gefahren und das ist auch keine Selbstverständlichkeit. Dafür einen herzlichen Dank!

Ich danke allen Funktionären, allen Ortsbauernobmännern und den Funktionären beginnend auf Ortsebene, allen voran unserem Bürgermeister Gerhard Wipplinger, dem Bauernbund-Obmann Raimund Schneebauer und den Vertretern von St. Georgen, Danke, dass ihr heute auch gekommen seid. Einen herzlichen Dank für die Unterstützung auf Gemeindeebene.

Herzlichen Dank für die Unterstützung bei allen Bezirksbauernkammerobfrauen und -obmännern, bei allen Funktionären hier in der Vollversammlung über alle Fraktionen hinweg. Herzlichen Dank für die Zusammenarbeit – auch stellvertretend für alle Bäuerinnen, an unsere Landesbäuerin Annemarie Brunner, wir haben sehr viele Jahre intensiv zusammengearbeitet.

Besonders bedanken darf ich mich natürlich bei unserem Vizepräsidenten ÖR Karl Grabmayr. Karl Grabmayr war für mich ein sehr verlässlicher Partner. Wir haben viele Jahre in vielen Bereichen nicht nur zusammengearbeitet, sondern wir haben in vielen Bereichen gemeinsam auch Wege vorgegeben, Wege entschieden und Karl Grabmayr war für mich ein Partner auf Augenhöhe im Präsidium.

Ich bedanke mich besonders beim Land Oberösterreich. Lieber Herr Landeshauptmann, lieber Landesrat Max Hiegelsberger, das Land Oberösterreich ist für die Landwirtschaft ein sehr wichtiger und verlässlicher Partner. Herr Landeshauptmann, wir haben in den letzten Jahren einige schwierige Themen gehabt und diese Themen konnte ich immer mit der Landesregierung ganz offen diskutieren. Auch wenn natürlich unterschiedliche Interessen gegeben sind, am Ende des Tages hat es immer ein Ergebnis gegeben, das für die Landwirtschaft in vielen Bereichen sehr zufriedenstellend war. Danke für eure Unterstützung, danke vor allem auch bei Landesrat Max Hiegelsberger für die persönliche Wertschätzung, für die Zusammenarbeit und vor allem auch für die ergänzende Zusammenarbeit, wenn es um Entscheidungen auf Bundesebene gegangen ist. Wir waren immer gut abgestimmt, wir haben immer die Positionen so ausgerichtet, dass das Land Oberösterreich und die Landwirtschaftskammer Oberösterreich bei wichtigen Entscheidungen auf Bundes- und auf EU-Ebene an einem Strang gezogen haben. Dafür ein besonders herzliches Dankeschön!

Natürlich möchte ich mich auch bei der Landwirtschaftskammer Österreich bedanken. Es freut mich sehr, dass Präsident Josef Moosbrugger heute bei dieser Vollversammlung dabei ist. Er ist ein Präsident, der in der Landwirtschaftskammer Österreich im letzten Jahr in einer exzellenten Weise die Aufgaben seines Vorgängers Hermann Schultes übernommen hat, der sich extrem schnell und in einer sehr umsichtigen Art und Weise als Landwirtschaftskammer Österreich-Präsident profiliert hat. Wir haben natürlich auch vorher sehr gut zusammengearbeitet, du bist ja bereits seit vielen Jahren Präsident in Vorarlberg, aber mit dir als Präsident hat es mir besonders viel Freude gemacht. Deshalb habe ich auch ein bisschen Wehmut, dass ich in der Landwirtschaftskammer Österreich ausscheide, aber ich bin mir ganz sicher, dass die Zusammenarbeit mit meiner Nachfolgerin genauso gut funktionieren wird wie mit mir. Wir haben einiges auf Österreich-Ebene bewegt. Josef dir und deinen Kollegen in der Landwirtschaftskammer Österreich ein herzliches Dankeschön.

Zum Schluss danke ich meiner Familie, liebe Berti, bei dir darf ich mich ganz besonders bedanken. Du bist immer hinter mir gestanden, ich war extrem viel unterwegs, auch international. Wir werden in Zukunft vieles nachholen, ich freue mich, wenn ich in Zukunft mehr Zeit für gemeinsame Aktivitäten mit dir und mit meiner Familie habe.

Es bleibt mir nur, dir liebe Michaela alles Gute zu wünschen, nochmals herzlichen Dank und vor allem alles Gute der Vollversammlung, den Funktionären und allen, die in Zukunft Verantwortung tragen, im Interesse unserer Bäuerinnen und Bauern.

Präsident der LK Österreich Josef Moosbrugger:

Hohe Vollversammlung, Herr Landesrat, geschätzte Frau Präsidentin, lieber Präsident außer Dienst, geschätzte Festgäste, herzlichen Dank für die Einladung und für die Möglichkeit heute bei der Vollversammlung mit dabei zu sein und auch aus Sicht der Landwirtschaftskammer Österreich ein paar Worte zu überbringen:

Ich gebe zu, ich habe mich redlich bemüht eine längere Rede vorzubereiten, aber ich habe mich jetzt kurzfristig entschieden, dass ich diese nicht vortrage, es wäre so manches deckungsgleich und inhaltlich nicht neu.

Zwei oder drei Themen möchte ich schon herausgreifen, die uns in der Bundespolitik und als Landwirtschaftskammer Österreich sehr intensiv beschäftigen: Wenn die Frage ist, ob der Bauernstand gewichtig oder prozentuell groß ist, dann möchte ich vorausschicken, wir dürfen als Bauernstand etwas selbstbewusster auftreten und uns nicht selbst kleinreden. Ich danke dem Landeshauptmann, der klargestellt hat, dass mit den vor- und nachgelagerten Bereichen die Landwirtschaft ganz maßgeblich als Partner mit im Spiel ist. Da ist noch nicht miteingerechnet was die Bäuerinnen und Bauern für das Land Oberösterreich und für unseren Staat tatsächlich leisten, wenn es um die Bewirtschaftung geht. Es ist niemand anderer als der Bauernstand der dafür Sorge trägt, dass dieses Land in dieser Form gepflegt und bewirtschaftet wird und ein Gesicht hat, das im Ausland bewundert und geschätzt wird. Und dass sollten wir uns nicht nehmen lassen und das dürfen wir uns auch abgelten lassen, aber dazu gehört Bewusstsein.

Wenn man von vorne in die Ränge schaut sieht man bei manchen Bemerkungen nicht unbedingt nur Lächeln oder Freude, sondern durchaus auch Kopfschütteln. Ja, das gehört zur Politik, unterschiedliche Meinungen gehören auch dazu. In der jetzigen Zeit sage ich sehr deutlich den Wunsch an alle Versammelten, nämlich in ihren eigenen Reihen zu sorgen, dass Politik für die Bauern gemacht wird. Es geht darum, nicht nur in der Landwirtschaftskammer Oberösterreich Dinge zu fordern, sondern am Ende in der eigenen Partei die Dinge auch durchzubringen. Das erlebe ich derzeit im Parlament in Wien: In den kommenden Parlamentssitzungen lauern Gefahren für den Bauernstand und insbesondere für den Produktionsstandort Österreich. In den Debatten dort geht's ja im Wesentlichen um Wahlkampfgetöse aber nicht wirklich um seriöse Sachpolitik. Das gefährdet aus meiner Sicht den Produktionsstandort und die Zukunft des Bauernstandes in Österreich. Da müssen wir gesamthaft deutlicher auftreten, damit wir imstande sind, nicht parteipolitisches Getöse und Geplänkel zuzulassen, sondern die Dinge auf Niveau zu halten, damit wir auch in Zukunft wirtschaften können. Da bitte ich wirklich inständig darum, egal welcher Fraktion Sie angehören. Nicht anderen auszurichten, was sie zu tun haben, sondern selbst im eigenen Laden zu schauen, dass die Dinge in Ordnung sind! Damit wäre uns allen geholfen! Was derzeit mit Glyphosat, mit Tierwohl und anderen Themen diskutiert wird, sind Inhalte, die letztendlich zukunftsweisend sein werden. Es geht um Beschlüsse, die uns vor Herausforderungen stellen und die uns niemand bezahlt. Das ist aus meiner Sicht der Weg, den der Bauernstand nicht mehr aushält.

Ich bin ja durchaus einer, der seine kritische Haltung gegenüber dem Handel zum Ausdruck bringt. Ich bin überzeugt, dass wir ein Thema haben, das in absoluter Schieflage ist. Wer hat vom Verkaufspreis welchen Anteil in den letzten Jahren in der Wertschöpfungskette genommen? Da steht der Bauernstand sehr schlecht da. Aber ich sage ihnen genauso offen: Wir haben im vorgelagerten Bereich auch in den bäuerlichen Strukturen Sorge zu tragen, dass sich Politik und letztendlich Verarbeitungswirtschaft nicht gegeneinander ausspielen, sondern miteinander einen Weg gehen. Da könnten wir noch Kraft gewinnen, es gibt sehr gute Bereiche in Österreich, aber wir haben gerade in der Milchwirtschaft in den letzten Monaten nicht das Potenzial genützt, um wirklich gegenüber dem Handel kompetent und klar aufzutreten. Da meine ich, dass wir selbst auch kritisch daraufschauen müssen, die Dinge wirklich weiterzubringen. Ich kann nur um Unterstützung ersuchen.

Hohe Vollversammlung, geschätzte Damen und Herren, ich habe heute einen offenen Brief an die Frau Bundeskanzlerin und an die gesamte Bundesregierung formuliert. Das was derzeit in den Mercosur-Verhandlungen läuft ist ein gravierender Todesstoß, wenn es um die Rinderwirtschaft und die Fleischproduktion oder die Zuckerwirtschaft in Österreich geht. Es ist aus meiner Sicht ein fauler Kompromiss, den hier die Europäische Kommission macht, nämlich Industriegüter gegen Agrargüter abzutauschen. Das dürfen wir nicht zulassen! Ich sage das nicht polemisch. Es ärgert mich wirklich, dass eine Europäische Kommission Beschlüsse fasst, bei denen man das Gefühl hat, dass die Öffentlichkeit sie wirklich nicht will. Wir demonstrieren und erleben tagtäglich Auftritte gegen die Klimawandel und das Gegenteil passiert in Brüssel. Treten wir gemeinsam auf, da braucht es mehr breite Akzeptanz und Bewusstsein in der Bevölkerung! Das ist nicht nur eine Frage einer Einzelperson. Wir müssen hier öffentlich bewusstmachen, dass Beschlüsse gefasst werden, die eigentlich das Gegenteil von dem bedeuten, was wir uns wünschen und was angesichts der Herausforderungen zu tun wäre. Das sind Dinge, die mir wirklich Herzensangelegenheiten sind. Es geht darum Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Landwirtschaft mit den Herausforderungen des Klimawandels auch zurechtkommt. Sagen wir es deutlich: Wir ducken uns ja manchmal und sind der Meinung, wir seien diejenigen, die für den Klimawandel verantwortlich sind. Nein, wir sind Hauptbetroffene des Klimawandels und nicht die Verursacher! Wir sind auch nicht Mitschuldige, weil für das, was wir zu Emissionen beitragen, produzieren wir ja das, was man täglich zum Leben braucht. Das leistet keine andere Berufsgruppe, das ist der Bauernstand. Auch wenn manche in der Bevölkerung glauben, dass der Handel die Lebensmittel produziere, nein, das sind immer noch die Bäuerinnen und Bauern und das wird auch in Zukunft so sein! Die entscheidende Frage ist: Gelingt es uns am Markt auch bewusst zu machen wie die österreichischen Bäuerinnen und Bauern produzieren, und wird das auch wertgeschätzt, wenn es um den Einkauf im Regal geht? Da haben wir ein Defizit! Wir haben die Tatsache, dass durch viel Emotion, durch fälschliche Diskussionen und nicht durch Sachlichkeit Entwicklungen stattfinden, die im Regal zu Importware führen. Und das ist aus meiner Sicht die Frage der Zukunft für die Bäuerinnen und Bauern und für den Bauernstand. Es geht um die Frage, was bekomme ich als Bauer für mein Produkt auch in Zukunft.

Ich möchte anschließen mit einem Dank an den scheidenden Präsidenten Franz Reisecker. Lieber Franz, vieles ist schon gesagt worden, ich persönlich darf mich im Namen der Landwirtschaftskammer Österreich ganz herzlich bedanken. Politik zu machen heißt ja auch, das Machbare zu erkennen und Verbündete zu finden, dass man eine Mehrheit hat. Ich habe Franz Reisecker als Praktiker erlebt, der mit Hintergrundwissen aus dem eigenen Betrieb und mit Fakten und Zahlen agiert und auf österreichischer Ebene immer wieder durchaus erfolgreich war. Ich danke dir auch ganz besonders für deine Funktion als Obmann des Tiergesundheitsdienstes. Wir stehen am Beginn einer Veränderung im Tiergesundheitsdienst, wo wir überzeugt sind, dass es einen Schritt für die Weiterentwicklung in die Zukunft braucht. Nicht nur bei der Frage der Finanzierung danke ich dir für deine Kantigkeit und Standfestigkeit gegenüber der Tierärztekammer und ich danke dir insbesondere auch für das, was wir persönlich gemeinsam gestaltet haben. Wir sind ja schon fast gleich lang Funktionäre in der Landwirtschaftskammer und du hörst jetzt auf. Ich freue mich darauf noch einige Jahre in der Agrarpolitik tätig zu sein. Ich möchte dir persönlich ganz herzlich danken für deine Freundschaft und insbesondere die Kollegialität, die Sachlichkeit und die Loyalität. Ich bin dir dankbar, dass du noch einige Zeit Funktionär bleiben wirst. Franz Reisecker bleibt für ein weiteres Jahr Vizepräsident in der COPA und für das bin ich sehr dankbar. Wenn wir das Präsidium der COPA jetzt austauschen würden, hätten wir nicht diese Stabilität, die es in den kommenden Verhandlungen der nächsten Monate braucht. Franz danke dafür, dass du diese Funktion ein weiteres Jahr ausüben wirst. Ich bin sicher, wir werden den Kontakt sehr gut pflegen, damit wir die österreichischen Positionen – wie zuletzt in der vergangenen Woche in Brüssel – auch dementsprechend deponieren können.

Liebe Michaela, herzlich willkommen! Ich freue mich sehr, dass du heute zur Präsidentin der Landwirtschaftskammer Oberösterreich gewählt wurdest. Politik machen heißt, das zu sagen, was wahr ist, auch wenn es nicht allen gefällt, und auch nach vorne zu blicken, Visionen zu haben, Ideengeber zu sein und Herausforderungen anzunehmen. Wir kennen uns persönlich noch nicht allzu lange, aber doch so gut, dass ich überzeugt bin: Du bist die richtige Frau in dieser Position als Präsidentin der Landwirtschaftskammer in Oberösterreich. In der kommenden Präsidentenrunde werde ich vorschlagen, dass du den viehwirtschaftlichen Bereich auf Bundesebene als Ausschussvorsitzende übernimmst. Ich glaube, es tut der Landwirtschaftskammer Österreich gut, wenn sie in Zukunft eine Vizepräsidentin hat. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit, die Türen in der Landwirtschaftskammer Österreich sind weit geöffnet. Aber es ist bei der Umsetzung von Anliegen nicht immer so, dass man einfach gerade durchmarschieren kann. Ich wünsche dir eine gute Orientierung im Haus. Wir unterstützen dich und freuen uns auf einen konstruktiven Dialog im Sinne der Bäuerinnen und Bauern in Oberösterreich und insbesondere des Bauernstandes in Österreich.

Eine Ehrung für Franz Reisecker habe ich heute nicht mitgebracht, wir werden das in naher Zukunft bei der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammer in Oberösterreich gebührend nachholen. Liebe Berti, persönlich darf ich von meiner Gattin und von den Frauen der

Präsidenten einen ganz besonderen Gruß überbringen. Insbesondere danke ich dir herzlich für das was du Franz ermöglicht hast, für deine Standfestigkeit am Betrieb und in der Familie. Alles Gute euch beiden, danke für die Zusammenarbeit und dir liebe Michaela alles Gute für die Zukunft!

Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger:

Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank für deine Ansprache und deine Glückwünsche. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit zwischen den Landwirtschaftskammern Oberösterreich und Österreich.

LR Max Hiegelsberger:

Liebe Michaela, liebe neu gewählte Präsidentin, ich freue mich, dass du in dieses Amt startest und dass du von Beginn an sehr positiv in die Vorbereitung und in die Umsetzung für dieses Amt gegangen bist. Ich begrüße auch deinen Mann Leo, deine Kinder und deine Schwiegereltern. Auch auf deinen Mann kommt einiges zu. Wir als Männer wissen, was zuhause auf unsere Frauen zukommt, wenn man ein politisches Amt übernimmt. Die Familie ist ein wichtiger Rückhalt auch für eine Spitzenfunktion wie sie Michaela Langer-Weninger heute übernommen hat. Wo haben wir uns kennengelernt? Ich möchte kurz den Werdegang von Michaela und mir beschreiben. Uns hat beide Josef „Ferdl“ Stockinger 2009 aufgefordert, für den Landtag im selben Wahlkreis, im Hausruckviertel, zu kandidieren. Michaela war am letzten wählbaren Listenplatz und ich war am Schleudersitz. Wir haben uns im Jahr 2009 das erste Mal kennengelernt, als wir vom Landtagsklub eingeladen wurden. Bei diesem Termin haben wir damals vereinbart, dass egal wie die Wahl ausgeht, wir gut zusammenarbeiten werden. Nach zehn Jahren in der Landtagsarbeit ist sie heute die neunte Präsidentin der Landwirtschaftskammer in Oberösterreich. Liebe Michaela, es hat einen Vorgänger gegeben, der beim Amtsantritt genauso alt wie du war. Es war sehr positiv, was er, nämlich Hans Lehner, für die Landwirtschaft in Oberösterreich und in Österreich erreicht hat. Hans Lehner war damals auch 40 Jahre alt als er in dieses Amt gekommen ist. Er hat damals gewusst, wie seine Verhandlungspartner ausschauen, wer sie sind und was sie denken. Sein wichtigster Verhandlungspartner war Günter Haiden, der damalige SPÖ-Landwirtschaftsminister. Jetzt ist die Frage für dich, mit wem du künftig verhandeln wirst, wer deine Gegenüber als Minister sind, wer deine Gegenüber auf der Landwirtschaftsseite auf Österreich-Ebene sind. Eines zeichnet dich aus: Es war dir in der Vergangenheit egal, wer deine Gegenüber waren, du hast versucht den Menschen zu verstehen und den Beweggrund zu verstehen, warum jemand in eine Funktion geht und eine bestimmte Position vertritt. Ich freue mich über deine Wahl und gratuliere noch einmal ganz herzlich! Ich biete dir natürlich wie in der Vergangenheit die Zusammenarbeit im Sinne der Bäuerinnen und Bauern in Oberösterreich an und möchte dir noch eine Botschaft mitgeben: Präge dieses Haus! Lass es zum Schutzschild für bäuerliche Familien noch stärker werden, öffne es für die notwendigen Veränderungen und lass Charme und Herzlichkeit zum Qualitätssiegel in diesem Haus wachsen.

Irgendwie ist es fast eine kleine Laudatio, die ich halten muss, wenn Franz Reisecker ausscheidet. Ich war damals als Regierungsmitglied dabei, als er in diese Funktion gestartet ist und ich darf heute dabei sein, wenn er diese Funktion wieder beendet. Franz Reisecker – und so haben wir ihn alle hier kennengelernt – hat sich niemals als Person wichtig gesehen, sondern in der Funktion als wichtig gesehen. Er hat gewusst, was sein Auftrag in der Landwirtschaftskammer als Präsident und vorher als Vizepräsident bedeutet. Hannes Herndl ist heute hier, den ich auch sehr herzlich begrüßen möchte. In der Zeit von Präsident Herndl hat Franz als Zweier gewusst was er zu tun hat und wer der Einser ist. Später hat er als Einser gewusst was er zu tun hat und es hat der Zweier gewusst, dass er die Zwei ist. Liebe Freunde und liebe Gäste, dieses Wissen macht es auch aus, ob man erfolgreich sein kann. Man kann nicht alles selbst tun, man kann nicht alles selbst wissen und in Erfahrung bringen, dazu braucht es einen starken Zweier, das warst du bei Hannes Herndl und du warst ein Top-Einser mit Karl Grabmayr als Zweier. Das hat die Landwirtschaftskammer in Oberösterreich immer ausgezeichnet.

Über den zweiten Punkt wurde heute schon berichtet, aber ich muss ihn wiederholen. Der große Soziologe Max Weber hat einmal gesagt: „Politik heißt das Bohren von harten Brettern mit Ausdauer, mit Augenmaß und mit Leidenschaft“. Oft wird das Zweite vergessen, nämlich das Augenmaß. Das Augenmaß für jene, die man vertritt und für jene, denen man etwas abverlangen sollte. Auch hier hast du eine gute Balance gefunden das so auszutarieren, dass bei all den Notwendigkeiten für die Kammer der andere nicht überfordert wird, auch nicht ich in meiner Funktion als Landesrat. Jeder hat seine Bereiche, jeder hat seine Budgets und genau dieses Augenmaß hat hier in hohem Maße stattgefunden. Vielleicht ist auch dein Ort des Aufwachsens auch prägend für deine Funktion gewesen. Du bist an der Grenze zu Deutschland im Innviertel aufgewachsen und warst es gewohnt Brücken zu bauen. Für dich war Deutschland keine Grenze, weil das Innviertel ganz stark von der bayrischen Kultur geprägt war. Diese Brückenbauerfunktion hast du in vielen Bereichen ausgeübt, wo immer es notwendig war. Es gibt unterschiedliche Strömungen und es gibt auch Gott sei Dank viele unterschiedliche Ansichten und politische Einstellungen. Am Ende der Diskussion geht es um den gemeinsamen Nenner und der war dir immer wichtig, egal in welchen Situationen, egal in welchen Funktionen. Es war dieses Bemühen um das Gemeinsame ein großer Teil auch deiner Aufgaben und so hast du die Funktion des Präsidenten wahrgenommen. Ein Zweites gehört gerade in diesem Haus unbedingt gesagt: Unsere Gesellschaft hat inzwischen sehr viele Aufwerfer, aber wenige Umsetzer. Probleme aufzuzeigen und aufzuwerfen und Probleme zu diskutieren ist fast ein Sport geworden. Aber dann gilt es darüber nachzudenken, ob ein Problem auch lösbar ist. Bei der Frage wer es denn lösen soll, heißt es manchmal „man“ oder „wir“ solle das Problem lösen. Es geht nicht nur um das Aufzeigen, es geht um das Umsetzen! Hier hat die Landwirtschaftskammer in Oberösterreich eindeutig in den letzten Jahren sehr viel zustande gebracht. Das Ergebnis ist herzeigbar, das ist eindeutig ein Qualitätssiegel und es wurde auch von unseren Bäuerinnen und Bauern in dieser Form goutiert. Es gibt kein Bundesland, in dem in der Landwirtschaft so viel investiert wird, wie in Oberösterreich. So falsch können wir es also nicht machen. Bei uns glauben die Betriebe an die Zukunft, es investieren die Betriebe in die

Zukunft und sie zeigen mit ihrer persönlichen Arbeit vor, was möglich ist. Diese Arbeit ist nicht immer einfach, aber eindeutig für das Land besonders wertvoll.

Du bist immer auf Menschen zugegangen und hast dich auf sie eingelassen. Wir beide haben uns in dieser Zeit nicht nur partnerschaftlich und leidenschaftlich für die Agrarpolitik eingesetzt, wir sind auch richtige Freunde geworden. Dazu gehört eindeutig Offenheit und Interesse. Auch in unserer Gesellschaft im 21. Jahrhundert ist es wichtig, hinter einem Menschen zu schauen und zu fragen, was diesen Menschen bewegt und warum er gewisse Meinungen hat. Es sollte für diese Fragen ab und zu Zeit sein. Es genügt nicht nur zu sagen, na ja der Gesprächspartner habe halt seine Meinung. Wenn man kennt, wo jemand herkommt, welche Prägungen, die oft auch in der Familie oder Geschichte liegen, vorhanden sind, dann ist der Umgang miteinander viel leichter.

Lieber Franz, ich sage herzlichen Dank für die sehr kompetente und vor allem auf Augenhöhe gepflogene Partnerschaft im Sinne der oberösterreichischen Landwirtschaft und im Sinne unserer Bäuerinnen und Bauern. Ich danke vor allem auch dir, Berti. Dich habe ich gemeinsam mit meiner Frau sehr gut kennenlernen dürfen und ich denke, lieber Franz, du bist wirklich in guten Händen. Franz hat in gutem Gewissen diese Funktion als Präsident angenommen und der Franz – und davon gibt es wenige – hat in einem noch besseren Gewissen diese Funktion übergeben. Genau um das geht es in der Landwirtschaft: Nicht nur an sich zu denken, sondern vor allem an die Nachkommenden. Ich darf mich bei dir und bei Michaela bedanken, dass die Übergabe in dieser Form umgesetzt wurde. Ich wünsche dir, deiner Berti und deiner Familie für die Zukunft alles Gute. Ich habe dir ein Produkt aus Oberösterreich mitgenommen, das sich auch in dieser Zeit, als du Präsident warst, enorm entwickelt hat, nämlich einen Whiskey von Peter Affenzeller. Der Whiskey steht für eines: Er braucht Reife. Ich denke auch in deinen Funktionen sieht man, dass eine gewisse Erfahrung, eine gewisse Reife positiv in ein System hineinwirkt und mit diesem Whiskey darf ich dich lieber Franz offiziell aus deiner Funktion entlassen.

Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger übergibt den Vorsitz an **Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr**.

5 Bericht der Präsidentin

Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger:

1. Regierungswechsel: Wichtige Beschlüsse auf der Wartebank

Eine Übergangsregierung hat grundsätzlich die gleichen rechtlichen Kompetenzen wie jede andere Bundesregierung. Bierleins Expertenkabinett kann ebenso Regierungsvorlagen ins Parlament einbringen, Voraussetzung ist wie bisher ein einstimmiger Beschluss im Ministerrat. Sie will diese Möglichkeit kaum nutzen da sie sich auf keine Koalitionsmehrheit in den Ausschüssen und im Nationalratsplenum verlassen kann. Somit entscheiden wechselnde Mehrheiten, das sogenannte "freie Spiel der Kräfte". Außerdem können zumindest fünf Abgeordnete, derzeit also jeder Parlamentsklub, schriftlich Gesetze als Initiativanträge einbringen.

So geschehen in der Sitzung des Nationalrats am 12. Juni 2019, in der mehrere Anträge eingebracht wurden, von denen die Landwirtschaft massiv betroffen ist:

- ⇒ Die SPÖ will mittels Fristsetzungsantrag durch eine Änderung des Pflanzenschutzmittelgesetzes ein Glyphosat-Totalverbot erwirken. Die ÖVP fordert in einem eigenen Fristsetzungsantrag ein Teilverbot, das die Verwendung in öffentlichen Parks oder Gärten sowie in unmittelbarer Nähe zu Gesundheitseinrichtungen und Kindergärten unterbindet. Die Anträge müssen nun im Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft behandelt werden. Eine Behandlung im Plenum und die Abänderung des Gesetzes wäre voraussichtlich in der Nationalratssitzung am 2. Juli 2019 möglich.
- ⇒ Abgelehnt wurden Fristsetzungsanträge der Liste JETZT, unterstützt von SPÖ und NEOS, die drei Gesetzesverschärfungen im Tierschutz forderten, nämlich ein Verbot der Vollspaltenböden in der Schweinehaltung, ein Verbot der betäubungslosen Ferkelkastration sowie das Verbot der Tötung männlicher Küken aus wirtschaftlichen Gründen.

Die ausgeschiedene Bundesregierung hatte zuvor für die Bäuerinnen und Bauern essentielle Reformen und Vorhaben auf den Weg gebracht, die vom Parlament noch nicht beschlossen wurden und deren Umsetzung nun als fraglich einzustufen ist.

Im Zuge der Steuerreform-Verhandlungen ist es der Landwirtschaftskammer gelungen, für die Bauernschaft ein Gesamtpaket mit einem Entlastungsvolumen von 120 Millionen Euro pro Jahr zu schnüren. Das wäre eine der größten Entlastungsmaßnahmen gewesen, die es jemals für die österreichische Land- und Forstwirtschaft gab.

Kernpunkt der Entlastung für die Landwirtschaft wäre die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge sowie insbesondere der Mindestbeitragsgrundlagen in der Krankenversicherung für bäuerliche Kleinbetriebe gewesen. Weitere geplante Maßnahmen waren die Einführung einer steuerlichen Risikoausgleichsmaßnahme zur besseren Absicherung der Landwirte gegen Preis- und Ertragsschwankungen, die Streichung der Bagatellsteuer „Schaumweinsteuer“, die Erhöhung der PV-Beitragsgrundlage für hauptberuflich beschäftigte Kinder bis zum 27. Lebensjahr und deren Kostenübernahme durch den Bund, die Absenkung

des Anrechnungsprozentsatzes beim fiktiven Ausgedinge von 13 Prozent auf 10 Prozent sowie etliche Verwaltungsvereinfachungen.

Aber auch die geplante Umsetzung einer Herkunftskennzeichnung bei verarbeiteten Lebensmitteln und in der Gemeinschaftsgastronomie oder die geplante Einschränkung der Tierhalterhaftung für Alm- und Weidetiere sind nun vorerst in Frage gestellt.

Ausblick und Forderungen der LK

Die Nationalratswahlen werden am 29. September 2019 stattfinden. Nach der Wahl starten dann die Koalitionsverhandlungen, deren Dauer nicht konkret abschätzbar ist. Erst nach dem Abschluss kann der Bundespräsident eine neue Regierung angeloben.

Die Landwirtschaftskammer appelliert an die Parlamentsparteien, dass nun auch in der bevorstehenden Wahlauseinandersetzung die Sachpolitik und die politische Verantwortung vorangestellt werden. Es darf nicht passieren, dass durch das nunmehr freie Spiel der Kräfte im Parlament aus populistischen und wahltaktischen Gründen zB bei Tierschutz- oder Pflanzenschutzthemen einseitige Entscheidungen zu Lasten der Bäuerinnen und Bauern getroffen werden. Des Weiteren appelliert die Landwirtschaftskammer an die Parteien, ihre Rolle ernst zu nehmen und an wichtigen und für die Bauernschaft notwendigen Initiativen wie der geplanten Steuerreform festzuhalten und auf bereits erfolgten Vorarbeiten aufzubauen. Von wettbewerbsverzerrenden oder EU-rechtswidrigen nationalen Alleingängen ist abzusehen. Die kompetente Zusammenarbeit und konsequente Unterstützung in Sachfragen wird die Landwirtschaftskammer jedenfalls weiterführen.

2. GAP: noch längerer politischer Diskussionsprozess

Zwischenstand auf Ministerratsebene

Bei der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 ist eine Einigung der EU-Staaten weiter nicht in Sicht. Der rumänische Vorsitz hatte hier einen grundsätzlichen Konsens erreichen wollen, schlussendlich wurde lediglich der Verhandlungsstand in einem Fortschrittsbericht zusammengefasst. Viele Fragen bleiben noch offen. Das hängt auch damit zusammen, dass die GAP-Reform in den Mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) der Union für die Jahre 2021 bis 2027 eingebettet ist. Hier ziehen sich die Verhandlungen noch. Offen ist nach wie vor, welche Summe der MFR umfasst und wie der Verteilungsschlüssel gestaltet wird. Hier spielt nicht zuletzt der Brexit eine Rolle, da mit dem Ausscheiden Großbritanniens am 31. Oktober 2019 beträchtliche Beiträge an die Union wegfallen. Folglich ist auch noch unbekannt, mit wie viel Geld das Agrarbudget ausgestattet wird. Und das wiederum macht es sehr schwer, sich jetzt schon auf die künftige Ausgestaltung der Direkt- und Ausgleichszahlungen - beispielsweise etwaige Deckelungen oder nationale Spielräume - zu einigen.

Die EU-Mitgliedstaaten haben immerhin bei der Verordnung zur Gemeinsamen Marktordnung (GMO) und zur Horizontalen GAP-Verordnung bereits Einigung erzielt. Verhandlungsbedarf besteht allerdings u.a. noch bei den Strategieplänen und der Entbürokratisierung.

Zwischenstand im Europäischen Parlament (EP)

■ GAP-Verordnung nach 2020

Der Agrarausschuss des EP nahm in der Abstimmung am 1. April 2019 den Bericht zum Verordnungsvorschlag mit 27 Stimmen zu 17 Gegenstimmen und einer Enthaltung an. In dieser Abstimmung ging es u.a. um Änderungsvorschläge betreffend Direktzahlungen und Ländliche Entwicklung sowie um die geplanten nationalen Strategiepläne.

- Direktzahlungen sollen ab 100.000 Euro pro Jahr gedeckelt werden (“Capping”). Im Fall einer Deckelung können bis zu 50 Prozent der Lohnkosten von der zu reduzierenden Summe abgezogen werden.
- Gezielte Unterstützung für Kleinbauern, junge und weibliche Landwirte:
 - Mindestens 5 Prozent der nationalen Direktzahlungen sollen durch ein spezielles Umverteilungsprogramm kleinen und mittleren Betrieben zugutekommen (max. 65 Prozent Top-Up pro Hektar). Mitgliedstaaten, die mehr als 10 Prozent ihrer Direktzahlungen in diesem System umverteilen, sollen von der Pflicht zum Capping ausgenommen werden.
 - Mindestens 2 Prozent der nationalen Direktzahlungen sollen Junglandwirten in den ersten sieben Jahren zugutekommen bzw. sollen diese und weibliche Landwirte auch aus dem Topf für ländliche Entwicklung Mittel erhalten.
- Eco-Schemes sollen auch auf Tierwohl abzielen: Mindestens 30 Prozent der LE-Mittel sollen für Umwelt und Klimaschutzmaßnahmen, mindestens 20 Prozent der Direktzahlungen für Eco-Schemes eingesetzt werden, die der Umwelt und insbesondere dem Tierwohl dienen.
- Transfer von 15 Prozent aus der ersten Säule in die zweite Säule möglich, das Geld muss dann aber für ökologische, klimabezogene und andere Bewirtschaftungsauflagen eingesetzt werden. Weitere Transfers sollen in diese Richtung nicht erlaubt sein. Transfers aus dem LE-Budget in die Direktzahlungen sollen auf 5 Prozent beschränkt werden (Kroatien, Polen, Ungarn und die Slowakei dürfen je 15 Prozent umschichten).
- Definition von “aktivem Landwirt” soll den Mitgliedstaaten überlassen bleiben: Aktive Landwirte sind jene Personen, die für EU-Direktzahlungen infrage kommen. Sie sollen von den Mitgliedstaaten in einer Weise festgelegt werden, die insbesondere Familienbetriebe begünstigt.
- Das System nationaler Strategiepläne, die von den Mitgliedstaaten erstellt und von der Europäischen Kommission genehmigt werden sollen, soll bis 2022 aufgeschoben werden.

■ Marktorganisation nach 2020

Am 01.04.2019 stimmte der Agrarausschuss des EU-Parlaments mit 29 Stimmen, 7 Gegenstimmen und einer Enthaltung über die Verordnung für eine gemeinsame

Marktorganisation ab. Diese soll mehr Transparenz im Fall von Marktturbulenzen bringen, Preisabfälle hintanhaltend und Marktsicherheit für neue Nischen bieten.

■ **Horizontale Verordnung der GAP**

Am 08.04.2019 stimmte der Agrarausschuss über den dritten Bericht zur künftigen Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab. 28 Abgeordnete stimmten für die "Horizontale Verordnung der GAP" (Finanzierung, Verwaltung und Kontrolle), es gab sieben Gegenstimmen und zwei Enthaltungen.

- In der "Horizontalen Verordnung der GAP" geht es um die Ausgestaltung des von der Kommission vorgeschlagenen neuen Umsetzungsmodells in den Mitgliedsstaaten. Das Modell soll künftig nicht mehr Regelkonformität, sondern Leistung bewerten. In Zukunft wird die Kommission Ziele vorgeben. Durch welche gezielten Maßnahmen die Mitgliedsstaaten diese Ziele erreichen, bleibt ihnen überlassen. Der Austausch darüber, welche Leistungen tatsächlich erbracht wurden, findet zwischen Kommission und Mitgliedsstaat statt. Die Kontrolle wird also von der Kommission auf die Ebene der Mitgliedsländer verlagert.
- Die Krisenreserve der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) soll aufgestockt und die Landwirte bei deren Finanzierung entlastet werden. Im Detail sollen die ersten 400 Mio. Euro für die Krisenreserve zusätzlich zu den bisher vorgeschlagenen Mitteln für die GAP hinzukommen. Das ermöglicht eine Rückzahlung der bisher von den Landwirten finanzierten Krisenreserve in Höhe von gut 1 Prozent der Direktzahlungen. Auch in den Folgejahren sollen die Landwirte im Rahmen der finanziellen Disziplin nicht mehr zur Kasse gebeten werden. Die Abgeordneten möchten stattdessen in den Jahren 2021 bis 2027 Reste im EU-Agrarhaushalt und Anlastungen an EU-Mitgliedstaaten für die Krisenreserve nutzen. Erst wenn das Geld aus diesen Quellen nicht reicht, sollen sich die Landwirte über eine Kürzung der Direktzahlungen an der Finanzierung beteiligen. Sollten die jährlich vorgesehenen 400 Mio. Euro nicht gebraucht werden, dürfen sich in der Krisenreserve bis zu 1,5 Mrd. Euro ansammeln.

Die Änderungsvorschläge zu allen drei Gesetzestexten müssen vom Plenum des EP bestätigt werden, bevor in die Verhandlungen mit dem Rat und der Europäischen Kommission getreten werden kann. Das neu gewählte EP kann von den gefassten Beschlüssen aber auch abweichen.

Aufgrund der Neukonstituierung des EP über den Sommer und der Neubestellung der EU-Kommission im Herbst ist in nächster Zeit mit keinen wesentlichen inhaltlichen und politischen Entscheidungen bezüglich EU-Budget und GAP zu rechnen. Der Abschluss der Verhandlungen ist frühestens im zweiten Halbjahr 2020 realistisch. Ein GAP Übergangsjahr 2021 oder gar 2022 ist aus derzeitiger Sicht wahrscheinlich.

Ausblick und Forderungen der LK

Am 13. Mai 2019 gab es den Startschuss für den österreichischen GAP-Strategieplan zur Agrarpolitik nach 2020, in dem künftig beide Säulen der GAP gebündelt werden sollen. Dazu wurde bereits jetzt ein breit angelegter Dialog mit der Landwirtschaft und allen im und für den ländlichen Raum engagierten Akteurinnen und Akteuren gestartet. Die intensive Phase für die inhaltliche Ausgestaltung des Strategieplans beginnt voraussichtlich im Herbst 2019.

In den gesamten Strategieentwicklungsprozess und die weiteren Verhandlungen wird sich die Landwirtschaftskammer weiterhin intensiv einbringen, auch um die neue Landwirtschaftsministerin bei ihrer wichtigen Rolle, Österreichs Interessen auf EU-Ebene zu vertreten, bestmöglich zu unterstützen. Eine faktenbasierte Diskussion, klare Definitionen sowie wirkliche administrative Vereinfachungen und Anreize sind unbedingt erforderlich.

3. Brexit: Austritt am 31. Oktober 2019

Der Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs am 10. April 2019 gewährte dem Vereinigten Königreich nach mehrmaliger Ablehnung des mit den EU-27 ausverhandelten Austrittsabkommens nochmals einen Aufschub des EU-Austritts, um damit einen ungeregelten "harten" Brexit zu vermeiden. Die Frist wurde bis 31. Oktober verlängert.

Die Europäische Kommission bereitet die Wirtschaftssektoren in der EU, darunter auch die Landwirtschaft, mit möglichen Hilfen auf die Brexit-Folgen vor. Bestehende Instrumente der EU-Agrarpolitik könnten dann für Brexit-bedingte Marktstörungen aktiviert werden und als Sicherheitsnetze dienen. Dazu gehören etwa öffentliche Interventionen, private Lagerhaltung und Liquiditätshilfen. Zu Vorbereitung der Exporteure in der EU hat die Kommission zudem in ihrer Marktzugangsdatenbank detaillierte Informationen über die Regeln veröffentlicht, die das Vereinigte Königreich für seine Einfuhren aus der EU im Falle eines „No Deal“-Szenarios anwenden würde. Das Vereinigte Königreich hat in seinem veröffentlichten Plan u.a. relativ hohe Zölle auf tierische Erzeugnisse wie Rindfleisch, Geflügel, Schweinefleisch und Käse sowie auf Produkte wie Zucker und Reis angekündigt. Dadurch würde es im Fall eines harten Brexits zu massiven Beeinträchtigungen im Agrarhandel und damit zu erheblichen negativen Rückwirkungen auf die EU-Agrarmärkte kommen.

Ausblick und Forderungen der LK

Großbritannien hat zudem angedroht, seinen bestehenden finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachzukommen. Das hätte für die kommenden Jahre dramatische Rückwirkungen für die EU-Finanzierung. Die LK appelliert an die Verantwortungsträger in der EU, alles zu unternehmen um einen geordneten Austritt Großbritanniens aus der EU sicherzustellen und für die Zeit danach einen entsprechenden Freihandelsvertrag abzuschließen.

4. EU-Bioverordnung legt strenge Maßstäbe an

Ab 1.1.2021 müssen die EU-Staaten die neue Bioverordnung umsetzen. Sie weitet die bisherigen Regelungen aus mit dem Ziel, den Anteil der Bioproduktion zu erhöhen. Bis Ende 2020 sind für die nationale Umsetzung 31 delegierte Rechtsakte und 26

Durchführungsrechtsakte zu finalisieren. Der erste Block an Rechtsakten betreffend die pflanzlichen und tierischen Produktionsvorschriften ist aus österreichischer Sicht problematisch.

Größerer Geltungsbereich

Mit der neuen Bio-Verordnung wird eine Reihe neuer Detailregelungen für Produktgruppen eingeführt, die den Gültigkeitsbereich von „bio“ nach EU-Definition erweitern, wie zB für Wildfleisch, traditionelle Kräuterezubereitungen, Bienenwachs, Kork, Wolle oder Salz.

Zugang zu Saatgut wird erleichtert

Die neue Verordnung unterscheidet zwischen zwei verschiedenen Arten von Biosaatgut, nämlich zwischen „biologisch heterogenem Material“ und „für biologische Produktion geeigneten biologischen Sorten“. Heterogenes Material darf zukünftig ohne Zulassung getauscht, vermarktet und angebaut werden. Damit kann in Zukunft Saatgut mit großer genetischer Diversität in den Anbau und schließlich auf die Felder und Teller gelangen.

Die für biologische Produktion geeigneten Sorten betreffen vor allem konventionelle Züchtungen, die für den Einsatz als Biosaatgut geeignet sind. Zukünftig sollen Landwirte diese Sorten in mehrjährigen „temporären Versuchen“ einsetzen dürfen. Bisher war der Einsatz von Saatgut mit viel bürokratischem Aufwand verbunden. Zukünftig soll der Zugang zu Saatgut durch die Neuregelungen erleichtert werden. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen eine Datenbank über die Verfügbarkeit von Biosaatgut aufbauen, mit dem Ziel, dass der Sektor ab 2021 weitgehend biologisch erzeugtes Saatgut verwendet.

EU-Standards auch für Importe

Ungefähr jedes zweite Bioprodukt, das in der EU verkauft wird, stammt aus einem Land außerhalb der Union. Neue einheitliche Regelungen sollen zukünftig dafür sorgen, dass für Importware die gleichen Standards gelten wie für Produkte aus EU-Produktion. Damit soll die EU-Biolandwirtschaft vor Wettbewerbsnachteilen geschützt werden.

Durchführungsvorschriften bei Geflügel laut LK problematisch

Die Vorschläge im Bereich pflanzlicher und tierischer Produktionsverfahren – hier insbesondere der Bio-Geflügelproduktion - sind aus Sicht der LK als problematisch einzustufen. Zum einen wäre die Veranda (Außenscharraum) mit dem aktuellen Vorschlag nicht mehr auf die Stallfläche und damit auf die Berechnung der Besatzfläche anrechenbar, womit kein Anreiz mehr für eine Veranda gesetzt wird. Dies würde einen Rückschritt punkto Tierwohl bedeuten und hätte auch zur Folge, dass Ställe umgebaut oder die Besatzdichten reduziert werden müssen.

Des Weiteren würde der aktuelle Vorschlag die Elterntierhaltung praktisch unmöglich machen. Aus Gesundheits- und Hygienegründen ist ein Grünauslauf nicht wirtschaftlich möglich und die Veranda sollte für diesen Spezialfall als Auslaufersatz zugelassen sein. Für Österreich hat die Regelung eine besondere Brisanz, da ein Drittel der Bio-Elterntiere in der EU in Österreich gehalten werden.

Ausblick und Forderungen der LK

Über den Sommer werden nun die Durchführungsvorschriften im tierischen Bereich weiterverhandelt. Die Landwirtschaftskammer wird sich in diesem Bereich weiterhin mit allem Nachdruck für eine praktikable Ausgestaltung der EU-Durchführungsbestimmungen einsetzen.

5. Natur- und Landschaftsschutzgesetznovelle bringt Deregulierung

Der Europäische Gerichtshof hat aufgrund eines österreichischen Anlassfalles klargestellt, dass NGOs in Fällen, wo EU-Recht umgesetzt wird, an den Verfahren zu beteiligen sind. Das OÖ Landesverwaltungsgericht hat bereits wenige Tage später, aufgrund einer mangelnden Beteiligung von NGOs, die erste Naturschutzgenehmigung aufgehoben. Dies führt zu großen Rechtsunsicherheiten auch bei bereits genehmigten Projekten.

Beteiligung von NGOs unter Vermeidung von Doppelgleisigkeiten

Einen Kernpunkt der Novelle bildet die Deregulierung bei naturschutzrechtlichen Bestimmungen für Forststraßenprojekte und im Uferschutzbereich von Seen, Flüssen und Bächen einerseits und andererseits die Umsetzung der "Aarhus-Konvention" im unionsrechtlich gebotenen Ausmaß.

Um ein Ausufern der Beschwerdemöglichkeiten von NGOs zu unterbinden, sieht die in den Landtag eingebrachte Regierungsvorlage eine Einschränkung der Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten auf das nach EU-Recht erforderliche Ausmaß vor. Neue Doppelgleisigkeiten sollen dadurch vermieden werden, dass entweder der Umweltanwalt oder die NGOs an Naturschutzverfahren beteiligt werden sollen.

Ausblick und Forderungen der LK

Die Landwirtschaftskammer setzt sich dafür ein, dass es zu Einschränkungen der Bewilligungspflicht bei zahlreichen geländeverändernden Maßnahmen kommt und die Antragstellung bei kleineren Projekten vereinfacht wird. Die am 9. April 2019 beschlossene Regierungsvorlage berücksichtigt bereits einige Anregungen der LK.

Die meisten Probleme hatte die Land- und Forstwirtschaft damit, dass fast alle Eingriffe in das Landschaftsbild und in den Naturhaushalt, im 50-Meterbereich von Bächen, von der Behörde geprüft werden mussten. Dies wird auf wenige Bewilligungstatbestände eingeschränkt.

Weitere wichtige Punkte für die Landwirtschaftskammer sind

- eine deutliche Verminderung des Flächenverbrauches durch Einschränkungen beim ökologischen Ausgleich,
- dass die Umwelthaftung für die Land- und Forstwirtschaft nicht verschärft wird und
- eine praktikable Regelung für den Nachweis, dass eine Anlage, zB eine Drainage oder Überfahrt über einen Bach, vor Einführung der Genehmigungspflicht errichtet wurde.

Erleichterungen sind auch bei der Errichtung bzw. bei den Verbesserungen von Forststraßen geplant. Hier ist es für die Landwirte wichtig, dass es zu echten Erleichterungen kommt und

nicht über die Hintertür Bewilligungspflichten bleiben bzw. ausgebaut werden. So muss gesetzlich klargestellt sein, dass zB Rückewege keine Forststraßen sind.

Mit der geplanten Deregulierung geht die Naturschutzgesetznovelle grundsätzlich in die richtige Richtung, in den aufgezeigten Detailbereichen bedarf es aber noch weiterer Anpassungen. Nach letzten Informationen wurde die Novelle einem Unterausschuss des Landtags zur Behandlung zugewiesen. Aufgrund des Fristenlaufes wird eine Beschlussfassung erst im Herbst erfolgen.

6. Erntehelfer: Saisonspitzenregelung und Kontingentaufstockung erfüllt wichtige LK-Forderungen

Um die Ernten vollständig einbringen zu können oder Schadholz möglichst rasch aus unseren Wäldern zu bekommen, benötigt die OÖ Landwirtschaft dringend mehr Erntehelfer und Saisonarbeitskräfte.

Mehr Arbeitskräfte, an jeweilige Saison angepasst

Mit der Saisonkontingent-Verordnung wird einerseits eine Anhebung der Kontingente um 4,5 Prozent vorgenommen. In der Land- und Forstwirtschaft stehen damit nach der Begutachtung ganzjährig 2.727 Arbeitskräfte und zusätzlich 288 flexible Plätze für Erntehelfer zur Verfügung (davor waren es 2.610 Saisonarbeiter und 275 Erntehelfer). Über 1.000 Saisoniers sind für Oberösterreich heuer bewilligt. Das Bundesland hat damit österreichweit den größten Anteil am Kontingent.

Andererseits wurde eine Saisonspitzenregelung geschaffen. Diese ermöglicht es, das Grundkontingent an Saisoniers und Erntehelfern in arbeitsintensiven Zeiten um bis zu 20 Prozent zu überschreiten. Diese zwischenzeitliche Erhöhung ist dann in der Nebensaison, wenn weniger Kräfte benötigt werden, wieder auszugleichen. Mehr als die zahlenmäßige Aufstockung hilft die flexible Durchrechnung. Bei Erntespitzen kann der Einsatz hochgefahren und gegen Mindereinsatz in anderen Wochen gegengerechnet werden. Das entspricht den langjährigen Forderungen der LK.

Belastung durch Sozialabgaben als Wettbewerbsnachteil

Ein Hemmschuh für den ausreichenden Zustrom an Saisoniers ist die im Ländervergleich hohe Belastung mit Sozialabgaben. Die Preise werden von deutscher Konkurrenz gedrückt, die für viele Erntehelfer keine Sozialversicherungsbeiträge leisten muss. Die Obst- und Gemüsebauern verlieren deshalb Jahr für Jahr mehr Stammkräfte aus der Ukraine oder vom Balkan nach Deutschland, weil diese dort praktisch brutto für netto bezahlt werden.

Kritisch wird die Lage 2020 werden, wenn der Mindestlohn von den 1.230 auf 1.500 Euro steigen wird.

Beispiel Spargelernte: Der Mindestlohn je Stunde beträgt in Deutschland 9,10 Euro, in Österreich 11,80 Euro. Pro Hektar Spargel sind, je nach Betriebsorganisation und technischer Ausstattung zwischen 1.000 und 1.200 Arbeitskraftstunden zu leisten, was allein zum

Nachbarland Deutschland einen Wettbewerbsnachteil von zumindest 2.800 Euro pro Hektar bedeutet.

7. Marktberichte

7.1 Rindermarkt

Preisvergleich Schlachtrinder und Nutzkälber:

	Wochen 1-26/18	Wochen 1-26/19	+/- EURO
Stiere	€ 3,61	€ 3,46	- 0,15
Kühe	€ 2,57	€ 2,28	- 0,29
Kalbinnen	€ 3,17	€ 3,04	- 0,13
Stierkälber	€ 4,67	€ 4,37	- 0,30

(Quelle: Basispreise Klasse R bei der Rinderbörse, ohne MwSt.)

Jungstiermarkt

Der Jungstiermarkt gestaltete sich in den letzten Monaten relativ schwierig. Zum einen ergab sich durch die späten Osterfeiertage eine Absatzlücke zwischen touristischer Wintersaison und den Feiertagen. Zum anderen drängen in der EU verstärkt südamerikanische Exporteure mit extrem preisgünstigen Angeboten auf den Markt, die vor allem in der Gastronomie ihre Abnehmer finden. Auch Irland sucht intensiv nach Abnehmern für seine großen Rindfleischmengen, die es bislang nach England exportierte, aber nach einem „harten Brexit“ in anderen EU-Ländern unterbringen muss. Irische Exporteure gehen hier preisaggressiv vor, um in den Markt zu kommen.

Kuhmarkt

Nachdem im April wegen der Trockenheit bereits wieder Futterknappheit befürchtet wurde, hat sich die Lage nach den Niederschlägen im Mai und Juni deutlich entspannt. Damit dürfte das Kuhangebot über den Sommer eher niedrig sein. Erfahrungsgemäß erreicht der Kuhpreis etwa zur Jahresmitte seinen saisonalen Höhepunkt. Auch wenn der Trend zuletzt nach oben ging reichte dies nicht aus, um den Abstand zum Vorjahr unter einen Wert von zuletzt ca. 20 Cent je Kilogramm schrumpfen zu lassen. Eine stabilere Entwicklung im zweiten Halbjahr würde hier positiv wirken.

Kalbinnen

Das Angebot an Qualitätskalbinnen für Markenprogramme hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Hier ist momentan eine gewisse Marktsättigung erkennbar. Ähnlich wie beim Stier ist der Kalbinnenpreis rund 15 Cent je Kilogramm unter dem von 2018.

Bio-Rinder

Der Bio-Rindermarkt zeigte sich zuletzt weitgehend ausgewogen. Auch die Zuschläge für Bio-Kühe konnten wieder leicht angehoben werden.

Nutzkälber, Einstellrinder

Der schwächere Stierpreis hat auch zu gebremster Nachfrage nach Stierkälbern geführt. Das Stierkalb war daher im ersten Halbjahr um rund 30 Euro je Stück preiswerter als im Vorjahr. Einsteller und Fresser halten etwa den Vorjahreswert.

Zuchtrinder

Die Drittlandexporte von Kalbinnen laufen mengenmäßig wieder besser. Die Erlöse liegen mit rund 1.500 Euro je Stück aber deutlich unter jenen, wie sie vor gut einem Jahr noch im Export in die Türkei erzielt werden konnten. Hier zeichnet sich kurz- bis mittelfristig keine spürbare Änderung der Marktlage ab.

7.2 Schweinemarkt

Ferkelmarkt

Nach einem sehr schwachen Start mit einem Basispreis von 2 Euro je Kilogramm zeigte der Ferkelmarkt ab Ende März eine äußerst positive Entwicklung. Innerhalb weniger Wochen stieg der Basispreis um fast 50 Prozent auf 2,95 Euro. Damit ergibt sich im ersten Halbjahr 2019 trotz des schlechten Preises in den ersten Monaten dennoch ein Mehrerlös je Ferkel von ca. 4 Euro gegenüber dem Vergleichszeitraum 2018. Hintergrund ist die unerwartet stark gestiegene Nachfrage nach Mastschweinen, ausgehend vom Asienexport. Diese Nachfrage hat auch den Ferkelmarkt EU-weit befeuert. Auch wenn im zweiten Halbjahr der Ferkelpreis durch ein steigendes Angebot saisonal rückläufig sein wird, sollte sich durch das sehr hohe Preisniveau, von dem aus dieser Rückgang einsetzt, im Jahresschnitt ein durchaus zufriedenstellendes Gesamtergebnis erzielen lassen.

Vergleich Ferkelpreis:

	Wochen 1-26/2018	Wochen 1-26/2019	+/- EURO
Ferkelpreis	€ 2,36	€ 2,52	- 0,16

Mastschweine

Erfreuliche Preisentwicklung seit dem Frühjahr 2019

Nach einer 1,5 Jahre andauernden absolut unbefriedigenden Marktphase konnte im April der Schweinepreis auf ein recht zufriedenstellendes Niveau angehoben werden. Damit ist eingetreten, was schon seit Jahresbeginn für möglich gehalten wurde. Nämlich, dass aufgrund des Ausbruchs der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in China eine ähnliche Sogwirkung aus Asien eintreten könnte, wie sie bereits 2016 festzustellen war.

Damit ist die ASP-Seuche für Schweinehalter weltweit gleichzeitig zu Fluch und Segen geworden. Aus aktueller Sicht ziehen wir in Europa, sofern bei uns die weitere Verbreitung des ASP-Virus verhindert werden kann, Vorteile aus dem ASP-Desaster in China. Die aktuellen Preisprognosen für heuer, die auf Einschätzungen des zukünftigen Chinabedarfes und erwarteter Schlachtungen basieren, deuten darauf hin, dass auch das 3. und 4. Quartal eine erzeugerfreundliche Marktphase sein dürfte. Im Schnitt des ersten Halbjahres brachte das Mastschwein je Stück einen Mehrerlös von rund 15 Euro inkl. MwSt. Aktuell beträgt der Preisvorsprung auf Juni 2018 sogar 33 Euro je Stück.

Preisvergleich Mastschweine:

	Wochen 1 – 26/2018	Wochen 1 – 26/2019	+/- EURO
Mastschweinepreis	€ 1,33	€ 1,46	+ 0,13

Widerstand bei Industrie und Handel

Während aktuell bei Schweinebauern gute Stimmung herrscht, zeigt die Fleischwirtschaft kein Gefallen an der Preisentwicklung am Rohstoffmarkt. Speziell Wurst- und Schinkenhersteller, welche mit den namhaften Handelsketten Lieferkontrakte über mehrere Monate oder Quartale abschließen und aus Konkurrenzgründen mit sehr günstigen Rohstoffquellen kalkuliert und abgeschlossen haben, schreiben jetzt rote Zahlen. Entsprechend groß ist die Aufregung bei Branchenvertretern, da der LEH vorerst nicht oder kaum gewillt ist Preiserhöhungen zu akzeptieren.

Auch Verbraucherpreise müssen anziehen

Hält die aktuelle Preissituation mittelfristig an, so besteht kein Zweifel daran, dass die höheren Schweinepreise auch etwas höhere Verbraucherpreise nach sich ziehen werden. Nicht nur bei Frischfleisch, sondern auch bei Schinken und Wurst. Die möglichen Preiserhöhungen werden sich aber, da nur der Rohstoffanteil betroffen ist, verhältnismäßig bescheiden auswirken. Schweinefleisch könnte im Schnitt um 10 bis 20 Prozent teurer werden. Damit sprechen wir von 1 bis 1,50 Euro per Kilogramm, was umgerechnet auf eine Fleischspeise bescheidene und wohl verkraftbare 20 bis 30 Cent bedeuten würde.

Wettbewerbsvorteil durch Chinaexport

Unser beharrliches Bemühen gemeinsam mit unseren wichtigsten Abnehmern und den Veterinärbehörden, einen direkten Marktzutritt nach China zu schaffen, dürfte sich nun noch schneller als erwartet bezahlt machen. Vier Schlachtunternehmen in Österreich können nun die Chance des enorm aufnahmefähigen Marktes nutzen, was uns direkt bei der bestmöglichen Vermarktung unserer Schlachtschweine hilft. Schon jetzt ist sichtbar, dass Länder mit direktem Chinazugang bessere Preisentwicklungen verzeichnen als andere.

Verbesserte Aufschläge für AMA-Gütesiegel

Erfreuliche Nachrichten gibt es für AMA-Gütesiegel-Bauern. Nach äußerst zähen und monatelangen Verhandlungen mit der Abnehmerschaft ist es den Erzeugergemeinschaften gelungen, ab Juni die Verrechnung der Gütesiegel Aufschläge mit verbesserten Konditionen durchführen zu können.

Auch in Brüssel ist ASP Hauptthema

In allen mit dem Schweinemarkt befassten Gremien, ob COPA oder EU-Kommission, dominiert seit Jahren die Afrikanische Schweinepest auf den Tagesordnungen. Je mehr Länder EU- und weltweit betroffen sind, desto mehr werden Strategien erarbeitet, wie man mit dieser Seuche leben kann bzw. muss. Trotz intensiver Forschung der Pharmaindustrie dürfte es noch Jahre dauern, bis ein tauglicher Impfstoff gegen ASP zur Verfügung steht.

EU verhandelt mit Asien um Anerkennung der Regionalisierung

Leider sind weitere Ausbrüche im ASP-Seuchengeschehen in Europa jederzeit möglich. Ausbrüche in einem der stark nach Asien exportorientierten Länder wie Deutschland, Spanien, Holland, Dänemark und Frankreich würden erheblichen Preisdruck ausüben, wenn es nicht gelingt, mit den asiatischen Hauptabnehmerländern wie China, Japan und Südkorea Abkommen zur Anerkennung der Regionalisierung abzuschließen. Regionalisierung würde bedeuten, dass es zu keiner Sperre eines ganzen Landes kommt, wenn zB in einem kleinen Gebiet dieses Landes ein ASP-Fall auftritt.

7.3 Milchmarkt

Die Zeit mit den saisonal höchsten Anlieferungsmengen liegt hinter uns. Seither sinken die Anlieferungsmengen saisonal üblich wieder. Das wird dazu beitragen den Markt zu stabilisieren. Die Auswirkungen der Dürre 2018 auf die Kuhzahl waren nicht im befürchteten Ausmaß spürbar. Der erste Schnitt 2019 war qualitativ gut, wenngleich bei sehr früher Nutzung mengenmäßig noch schwach. Im Mai und Juni zeigte sich aber ein gutes Wachstum.

Vereinzelt haben Molkereien im Juni die Erzeugerpreise gesenkt. Der Grund liegt hierbei v.a. in der Schwäche des Fettmarktes, der bislang den Erzeugerpreis wesentlich gestützt hat. So wurden aus Deutschland Abschlüsse bei der abgepackten Butter von minus 20 Cent je Viertelkilopackung gemeldet. Für den Verbraucher bleiben die Preise noch gleich.

Aufgrund der leicht höheren Preise für Magermilchpulver und damals weitestgehend stabilen Butterpreisen ist der Kieler Rohstoffwert im Mai noch um 1,4 Prozent auf 32 Cent je Kilogramm angestiegen, nachdem dieser seit Jänner rückläufig war.

Die weiteren Aussichten sind insgesamt als stabil einzuschätzen, wenngleich weiterhin Unsicherheiten bestehen. Der Brexit ist nach wie vor nicht geregelt, aber in den Herbst vertagt. Das entspannt die Situation zumindest zeitweilig.

Hohe Auflagen, entsprechende Honorierung, Herkunftskennzeichnung

Der Qualitätsweg in der Milchproduktion hat sich als richtig erwiesen. Die verschiedenen Milchsorten tragen über Qualitätszuschläge dazu bei, die Wirtschaftlichkeit zu verbessern. Die Differenzierung und das Einhalten von Auflagen brauchen aber unbedingt die Honorierung über den Produktpreis. Die Differenzierung der Milchsorten muss aber auch vor dem Hintergrund der Erfassungs- und Verarbeitungskosten gesehen werden.

Die Bauern setzen auf Tierwohl, Tiergesundheit und hochwertige Produktqualität. Diese Qualitätsstrategie ist für die Bauern mit zusätzlichen Kosten und Mehraufwand verbunden. Um dies abfangen zu können braucht es eine Weiterentwicklung der Betriebe. Preisschwankungen stellen die Betriebe vor Herausforderungen. Wenn in Summe die niedrigen Preisphasen länger sind als die guten, geht die Entwicklung dahin, dass die Betriebe nicht mehr investieren können.

Die österreichische Milchproduktion geht je nach Qualitätsprogramm oft weit über die gesetzlichen Standards hinaus. Die gentechnikfreie Fütterung wird flächendeckend umgesetzt, es gibt je nach Markenprogramm strengere Anforderungen in der Tierhaltung, Einschränkungen bei Pflanzenschutzmitteln, Verbote von Futtermitteln aus Übersee, uvm. Gerade vor diesem Hintergrund ist eine klare Herkunftskennzeichnung besonders wichtig. Nur dann kann der Konsument entscheiden, ob er oder sie zum inländischen Produkt oder einem unter Umständen zu niedrigeren Standards erzeugten Produkt aus anderen EU-Ländern greift.

7.4 Geflügelmarkt

Eiermarkt

Der Eiermarkt ist derzeit ausreichend versorgt. Dies betrifft insbesondere Eier aus Bodenhaltung. Bei Eiern aus Freiland- und Biohaltung ist der Markt noch begrenzt aufnahmefähig. Soweit Betriebe eine Umstellung auf Freiland- oder Bio-Haltung planen und Marktpotential in der Direktvermarktung oder über Packstellen haben, kann eine Umstellung empfohlen werden.

Hühnermast

Der Markt für Hendlfleisch ist zurzeit mehr als ausreichend versorgt. Vor allem im Gastro- und Großküchenbereich drängt preiswerte ausländische Ware herein. Die Schlachtbetriebe haben daher bereits teilweise die Leerstehzeiten zwischen den Partien verlängert, um das Angebot der Nachfrage anzupassen. Interessenten an einem Neueinstieg in die Hendlmast erhalten entsprechende fachliche Grundinformationen und es erfolgt eine grundsätzliche Abklärung der Umsetzungsmöglichkeiten. Konkrete Baumaßnahmen können aber erst gesetzt werden, wenn ein Abnahmevertrag durch einen Schlachtbetrieb vorliegt.

Truthühnermast

Ähnlich wie in der Hendlmast ist auch bei der Pute trotz niedrigem Selbstversorgungsgrad keine Absatzsteigerung für inländische Ware erreichbar, da im Gastrobereich fast ausschließlich zu

preisgünstiger Ware aus anderen EU-Ländern gegriffen wird und auch im Lebensmitteleinzelhandel harte Konkurrenz zu Importware besteht.

7.5 Getreidemarkt

Bodennutzung Österreich und Oberösterreich

Es gibt gegenüber dem Vorjahr fast sprunghafte Veränderungen in der Bodennutzung: Durumweizen, Sommergerste, Ackerbohne und Körnererbse verlieren 25 Prozent Fläche gegenüber 2018. Die heimische Versorgung mit Braugerste kann damit nicht sichergestellt werden. Raps und Zuckerrübe verlieren etwa 10 Prozent. Mit der Rübenfläche von 28.000 Hektar ist die Auslastung der beiden Zuckerfabriken in Tulln und Leopoldsdorf nicht gegeben. Die Umstrukturierung der europäischen Zuckerwirtschaft ist im Gange. Auswirkungen auf den heimischen Markt hat auch die Umstiegswelle in den Biolandbau, die in Ostösterreich besonders ausgeprägt ist. Es gibt mittlerweile Kulturen, bei denen der Bioanteil schon nahezu 50 Prozent bezogen auf die Anbaufläche beträgt. Dagegen ist der Bioanteil in Oberösterreich in der Ackernutzung weit geringer.

Rapsanbau bricht überall ein

Zu einiger Besorgnis gibt die Entwicklung des Rapsanbaues Anlass: mit ca. 35.000 Hektar in Österreich ist fast ein historischer Tiefpunkt erreicht. Hierbei gibt es auch zu bedenken, dass mit Raps die Imker eine ihrer besten Trachtpflanzen verlieren. Ein Beispiel zur Verdeutlichung: In Deutschland und Frankreich – den beiden wichtigsten Rapsländern der EU – gingen innerhalb eines Jahres 540.000 Hektar Raps verloren – diese Fläche entspricht etwa 1 Million Fußballfeldern.

7.6 Holzmarkt

Anhaltend hohe Bauinvestitionen und steigender privater Konsum stützen trotz rückläufiger Exportentwicklung das österreichische Wirtschaftswachstum.

Weiterhin kann die Forstwirtschaft aufgrund der Kalamitätsholzanfälle im In- und Ausland ökonomisch nicht an der weiterhin sehr guten Absatzlage der Sägeindustrie mitpartizipieren. Im Gegenteil bleibt der Rundholzmarkt trotz einer witterungsbedingten, leichten Entspannung im Mai und verstärkter Bemühungen, beträchtliche Fichtenrundholzmengen aus Deutschland und Italien direkt nach China zu verschiffen, allgemein stark unter Druck.

Nadel-Sägerundholz

Das Angebot an Nadel-Sägerundholz ist auf anhaltend hohem Niveau, obwohl der Schwerpunkt der Holzerteaktivitäten bei der Aufarbeitung von Kalamitätshölzern liegt. Fehlende Transportkapazitäten führen nach einer leichten Entspannung im Mai wieder zum Aufbau von Waldlagern, allgemein verläuft die Holzabfuhr nur sehr schleppend. Die Preise bleiben österreichweit unter Druck und liegen für das Leitsortiment Fichte B, 2b zwischen 65 Euro und

85 Euro je FMO. Die Bandbreite hat sich damit weiter erhöht. Die Preise für CX bzw. Braunbloch liegen zwischen 40 Euro bis 52 Euro je FMO, in den Borkenkäfer-Hauptschadensgebieten auch deutlich darunter. Teilweise werden verfügbare Mengen durch die Abnehmer gar nicht mehr beboten. Sägerundholz wird unüblich streng sortiert, hohe Anteile werden als Faserholz übernommen.

Fi/Ta-Schleifholz und Nadel-Faserholz

Die Standorte der Zellstoff-, Papier- und Plattenindustrie bleiben bis auf weiteres sehr gut mit Industrieholz versorgt. Der deutlich über den Vorjahren liegende Anfall an Sägenebenprodukten sowie die laufende Schadholzaufarbeitung – vor allem auch der Schneebruchschäden – sorgen für höchste Lagerstände. Auch hier führen strenge Zufuhrkontingente zu wieder ansteigenden Rundholzlagern im Wald. Die Preise sind auf unattraktiv niedrigem Niveau stabil.

Energieholz

Der Absatz von Energieholz ist seit einigen Monaten nur mehr auf Basis bestehender Verträge möglich. Zusatzmengen werden, wenn überhaupt, nur zu unbefriedigenden Abwehrpreisen beboten. Hackgut minderer Qualität aus Ast- und Kronenmaterial ist derzeit praktisch unverkäuflich. Einzelne Betreiber werden aufgrund fehlender Fördertarife in den Bundesländern ihre Werke vorübergehend stilllegen. In Niederösterreich sollte, basierend auf dem Biomasse-Grundsatzgesetz, am 1. September wieder eine Ökostromförderung möglich sein.

Preisbild Oberösterreich

Fi-Sägerundholz, Güteklasse A/B/C (€/FMO netto, ohne USt, frei LKW-Straße)

1a	36,00 – 39,00
1b	53,00 – 56,00
2a+	70,00 – 76,00

Fi/Ta-Schleifholz (€/FMO netto, ohne USt, frei LKW-Straße)

AMM	83,00 – 91,00
RMM	28,00 – 30,00

Fi/Ta/Ki/Lä-Faserholz (€/AMM netto, ohne USt, frei LKW-Straße)

AMM	64,00 – 68,00
-----	---------------

Buchen-Faserholz (Bu/Es/Ah/Bi) (€/AMM netto, ohne USt, frei LKW-Straße)

AMM	70,00 – 72,00
-----	---------------

Brennholz 1 m lang – trocken, gespalten, ab Hof (€/RMM ohne USt)

hart	60,00 – 82,00
weich	39,00 – 59,00

Zu den genannten Preisbändern existieren am Brennholzmarkt regionale Unterschiede.

Energieholz gehackt (€/AMM ohne USt, frei Werk)

hart	75,00 – 85,00
------	---------------

Alle angegebenen Preise beziehen sich auf Geschäftsfälle im Zeitraum Mai – Anfang Juni 2019 und sind Nettopreise, zu denen die Umsatzsteuer zuzurechnen ist. Für den Holzverkauf an Unternehmer gelten folgende Steuersätze: bei Umsatzsteuerpauschalierung für alle Sortimente 13 Prozent, bei Regelbesteuerung sind für Energieholz/Brennholz 13 Prozent und für Rundholz 20 Prozent anzuwenden.

6 Berichte aus den Ausschüssen

Kontrollausschuss am 1. April 2019:

Berichterstatter: KR Alois Ganglmayr

Erster Tagesordnungspunkt war der **Rechnungsabschluss LK OÖ 2018**: Der Rechnungsabschluss weist Einnahmen von rund 42.182.000 Euro und Ausgaben von rund 43.049.000 Euro auf. Das Ergebnis in der Form ist nur aufgrund der Strukturreform möglich gewesen, da damit erhebliche Personaleinsparungen erzielt wurden. Auch waren durch die gezielten Qualitäts- und Zielvereinbarungen spürbare Effizienzsteigerungen möglich, man ist nun noch näher am Kunden. Bereits im ersten Jahr waren die Effekte in guten Leistungskennzahlen messbar.

Der Rechnungsabschluss wurde vom Kontrollausschuss kontrolliert und es wurden keine Unregelmäßigkeiten festgestellt. Der Kontrollausschuss bestätigt einstimmig dieses Prüfergebnis.

Fachverbände der LK OÖ deren finanzielle Unterstützung 2018

Der Vorsitzende KR Alois Ganglmayr weist zu Beginn auf Unregelmäßigkeiten im Ziegenzuchtverband hin, weshalb der Kontrollausschuss sich mit den finanziellen Zuwendungen an die Fachverbände befasst.

Mag. Karl Dietachmair weist eingangs darauf hin, dass der Kontrollausschuss keine direkte Kompetenz zur Prüfung der Gebarung der Fachverbände habe. Die Fachverbände sind nicht

direkt der Landwirtschaftskammer unterstellt, sondern stellen autonom agierende Organisationen dar. In Teilbereichen gibt es jedoch wirtschaftliche Beziehungen zur Landwirtschaftskammer, teilweise auch durch die Bereitstellung von Personal für die Geschäftsführung, wofür es entsprechende Kostenrefundierungen gebe. In ihren wirtschaftlichen Entscheidungen und in der Gebarung sind die Fachorganisationen allerdings völlig autonom tätig.

Dem Präsidenten der LK Oberösterreich obliegt lediglich eine strategische Aufsicht über die Gebarung, weshalb sich der Kontrollausschuss auch wiederum nur mit den großen strategischen Ausrichtungen befassen könne. Die Gebarung der Verbände werde laut Vereinsgesetz oder Genossenschaftsgesetz von Rechnungsprüfern geprüft, bei größeren Fachverbänden ist ein Wirtschaftsprüfer zu bestellen. Operativ habe der Kontrollausschuss in dieser Angelegenheit keine Handhabe. Derartige Probleme müssten über den Zivilrechtsweg geklärt werden.

Mag. Johannes Hörzenberger erläutert, dass 20 Organisationen als Fachverband einzustufen seien, man betrachte aber im Kontrollausschuss nur jene, die von der LK Oberösterreich tatsächlich finanzielle Zuwendungen bekommen. Diesen steht entweder eine direkte Leistung gegenüber oder handelt es sich um eine Förderung im Rahmen der ländlichen Entwicklung. Die Beschlussfassung über jedwede Zuwendung erfolgt bis zu einer Höhe von 50.000 Euro von Präsident und Kammerdirektor, ab 50.000 Euro vom Hauptausschuss.

Für die Förderung der Jugendarbeit der Landjugend OÖ gebe es eine Rahmenvereinbarung, diese Zuwendung wird jährlich überprüft und ggf. auf Basis der Projekte und der wirtschaftlichen Situation adaptiert.

Der Kontrollausschuss hat bei der Erörterung der finanziellen Zuwendungen der LK an die Fachverbände keine Unregelmäßigkeiten festgestellt. Der Kontrollausschuss bestätigt einstimmig dieses Prüfergebnis.

Liegenschaftsverkäufe 2018

Mag. Johannes Hörzenberger erläutert eingangs, dass der Verkauf von Liegenschaften, welcher 10 Prozent der Einnahmen aus den Kammerumlagen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe übersteigt (2018: 1.103.900 Euro) von der Vollversammlung beschlossen werden müssen, bei niedrigeren Summen entscheidet der Hauptausschuss.

Verkauf Liegenschaft BBK Gmunden: Der Bestbieter (Firma GL Immobilien) hat im Rahmen der zweiten Bierrunde ein Angebot in der Höhe von 1.356.000 Euro abgegeben. Ein vergleichbares Mietangebot zum Angebotspreis des Bestbieters müsste 9,50 Euro/m² nutzbare Bürofläche Erlösen. Die Preishöhe war aufgrund des aktuell vorliegenden Büroflächenangebots in der Region Gmunden an diesem Standort keinesfalls erzielbar. Es wurde daher vom Hauptausschuss am 8. März 2018 und in der Folge von der Vollversammlung am 15. März 2018

der Verkauf der Liegenschaft in Gmunden an den Bestbieter zum Angebotspreis von 1.356.000 Euro beschlossen. In der Folge wurde ein Kaufvertrag mit dem Bestbieter errichtet, die Liegenschaft wurde mit Stichtag 1. Mai 2018 an den neuen Besitzer übergeben.

Verkauf Liegenschaft BBK Grieskirchen: Der Bestbieter hat im Rahmen der zweiten Bieterrunde ein Angebot in der Höhe von 951.500 Euro abgegeben. Ein vergleichbares Mietangebot zum Angebotspreis des Bestbieters müsste 9,60 Euro/m² nutzbare Bürofläche Erlösen. Die Preishöhe war aufgrund des aktuell vorliegenden Büroflächenangebots in der Region Grieskirchen an diesem Standort keinesfalls erzielbar. Es wurde daher vom Hauptausschuss am 8. März 2018 der Verkauf der Liegenschaft in Grieskirchen an den Bestbieter zum Angebotspreis von 951.500 Euro beschlossen. In der Folge wurde ein Kaufvertrag mit dem Bestbieter errichtet, die Liegenschaft wurde mit Stichtag 1. April 2018 an den neuen Besitzer übergeben.

Verkauf Liegenschaft BBK Eferding: Der Bestbieter hat im Rahmen der zweiten Bieterrunde ein Angebot in der Höhe von 638.000 Euro abgegeben. Ein vergleichbares Mietangebot zum Angebotspreis des Bestbieters müsste 5,80 Euro/m² nutzbare Bürofläche Erlösen. Die Preishöhe war aufgrund des aktuell vorliegenden Büroflächenangebots in der Region Eferding an diesem Standort nur sehr schwer erzielbar. Es wurde daher vom Hauptausschuss am 8. März 2018 der Verkauf der Liegenschaft in Eferding an den Bestbieter zum Angebotspreis von 638.000 Euro beschlossen. In der Folge wurde ein Kaufvertrag mit dem Bestbieter errichtet, die Liegenschaft wurde mit Stichtag 1. April 2018 an den neuen Besitzer übergeben.

Allfälliges

Aufgrund der Anfragen im letzten Kontrollausschuss wurde eine Zusammenstellung über die Kosten des aktuellen Systems der Kammerwahl im Vergleich zur Briefwahl vorbereitet. Mag. Johannes Hörzenberger erläutert die Kostenvergleiche in Anlehnung an die Abwicklung der Landwirtschaftskammerwahl in Tirol. In Tirol sind für die Erstellung der Wählerverzeichnisse ebenfalls die Gemeinden eingebunden, die Wahl selbst wird mittels Briefwahlsystem abgewickelt.

Würde man die Landwirtschaftskammerwahl in Oberösterreich ebenfalls auf Briefwahlsystem umstellen, würde die Erstellung des Wählerverzeichnisses auch zukünftig unter Mithilfe der Gemeinden erfolgen müssen. Die dabei anfallenden Kosten würden unverändert bleiben. Erhebliche Zusatzkosten würden aber durch den Versand der Wahlunterlagen im eingeschriebenen Brief (3,65 Euro pro Wahlberechtigtem, bei 136.000 Wahlberechtigten lt. LK-Wahl 2015 ergeben sich rd. 500.000 Euro) und die Rücksendung der Unterlagen durch die Wähler im eingeschriebenen Rücksendekuvert (3,20 Euro pro Wahlberechtigtem, bei 76.000 abgegebenen Stimmen lt. LK-Wahl 2015 ergeben sich rd. 245.000 Euro).

KR Michael Schwarzlmüller schlägt vor, die nächste Sitzung des Kontrollausschusses in der BBK Steyr abzuhalten, um dieses Gebäude allen vorstellen zu können. Laut KR Alois Ganglmayr sei auch das Pferdezentrum Stadl-Paura ein möglicher Sitzungsort.

Kontrollausschuss am 13. Juni 2019:

Berichterstatter: KR Alois Ganglmayr

Holzwerbebeitrag 2018: Organisation und Gebarung

Pro Festmeter eingeschnittenem Holz werden von den Sägewerken als Holzwerbebeitrag 30 Cent eingehoben. Im Jahr 2018 werden im Bereich Holzwerbebeitrag Einnahmen von 370.000 Euro prognostiziert.

16 Cent davon (197.333 Euro) sollen zur bestimmungsgemäßen Verwendung an den Holzinformationsfonds der Landwirtschaftskammer Österreich weitergeleitet werden. Diese Mittel werden auf Bundesebene für Projekte im Bereich der Holzwerbung eingesetzt.

14 Cent davon (172.666 Euro) verbleiben auf regionaler Ebene bei der Landwirtschaftskammer Oberösterreich.

In den Vorjahren wurden die bei der Landwirtschaftskammer Oberösterreich verbliebenen Mitteln nicht zur Gänze verbraucht. Diese wurden in der Rücklage Forst- und Bioenergie rückgestellt. Mit Jahresende 2017 waren für den Zweck der Holzwerbung in der Rücklage insgesamt 632.987 Euro rückgestellt worden.

Im Jahr 2018 wurde nun vorgeschlagen in Summe 249.500 Euro für Projekte im Bereich Holzwerbung einzusetzen.

Die Abrechnung 2018 hat nun folgendes Gesamtbild ergeben:

▪ Einnahmen Holzwerbebeitrag	368.596
▪ Entnahme/Dotierung Rücklage Holzwerbebeitrag	-12.606
Einnahmen Holzwerbebeitrag gesamt	355.990
▪ Holzbaupreis/-tag	-
▪ Holzflusssteuerung (Forsttage, Durchforstungsauszeigen, Aktionen, Plenterapp plus)	46.474
▪ Ausbildungen (Fortbildungen, Multiplikatorenschulungen)	402
▪ wissenschaftliche Arbeiten (Exkursionsflächenanlage, Diplomarbeiten, Projekte)	3.710
▪ Broschüren, Infomaterial (Waldknigge, sonstiges)	-
▪ Projekte Öffentlichkeitsarbeit (Kurzfilme, Schule am Bauernhof)	-
▪ Messen/Ausstellungen (Submission, Rieder Messe, Waldbauerntag)	-

▪ Medien/PR-Arbeit (Kinderzeitung, Krone-Beilage, Holz-Rundschau, ORF, Diverses)	27.710
▪ Waldverband OÖ (Waldhelferbasisleistung, Submission, Waldbauerntag)	35.000
▪ Biomasseverband OÖ (Basisförderung, Energie aus heimischen Wäldern, Beratungsschwerpunkt Holzvergasung)	25.000
▪ Pro Holz OÖ	47.000
▪ Holzinformationsfonds der Landwirtschaftskammer Österreich	170.694
Ausgaben Holzwerbebeitrag gesamt	355.990

Im Forstausschuss der LK wird die Planung von Projekten vorgenommen, sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene. Es gibt für die Mittel eine strenge Zweckbindung für die Werbe- und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Forst und Holz.

Die Rücklagen sind im heurigen Jahr u.a. als Unterstützung der Initiative für die Errichtung von Nasslagern vorgesehen und es sei laut Kammerdirektor Mag. Dietachmair insofern positiv, dass genügend Rücklagen vorhanden sind.

Über Oberösterreich verteilt sollen 4 Lager eingerichtet werden, auf denen 250.000 Festmeter Holz gelagert werden können. Man rechnet damit, dass im Jahr 2019 ein Nasslager fertiggestellt und in Betrieb gehen wird.

Errichtung neuer Standort BBK Kirchdorf Steyr

Kammerdirektor Mag. Karl Dietachmair erläutert einleitend, dass nach dem Vollversammlungsbeschluss vom Juni 2016 klar war, dass die neue Dienststelle Kirchdorf-Steyr nicht am bestehenden Standort bleiben könne, sondern eine verkehrsgünstige Variante nahe der Bundesstraße für eine gute Erreichbarkeit zweckmäßig sei. Es gab eine Vielzahl an Bewerbungen aus den Gemeinden, man habe sich auf die engere Region fokussiert. In Bad Hall haben sich drei konkrete Projekte angeboten. Die Betreiber des Holzhauses haben sich als am besten geeignet und am kostengünstigsten erwiesen. Ein Angebot der Thermenholding wurde als Vergleichsvariante ebenfalls geprüft. Schließlich ist die Wahl auf die beiden Gartenbaubetriebe gefallen, und konnte die LK als Wohnungseigentümer in dem mehrfach genutzten Gebäude auftreten.

Es wurde mit Hilfe von Optimierungswerkzeugen nach dem Standort gesucht, welcher aus verkehrstechnischer Sicht für die meisten Bauern gleich gut oder besser im Vergleich zur bisherigen Situation erreichbar waren. Die Berechnungen ergaben dabei, dass ein Standort im Großraum Bad/Hall Sierning entlang der B122 am besten geeignet ist. Es wurden der Landwirtschaftskammer von vielen Gemeinden die Zusammenarbeit bei der Suche

nach einem geeigneten Standort angeboten. Nach Sichtung der Angebote und Analyse der Gesamtsituation fiel die Wahl auf den Großraum Bad Hall.

Als Endergebnis der ersten Projektphase wurden im Jänner 2017 drei Projekte zur Diskussion vorgestellt. Ein Projekt wurde aus bautechnischen Gründen ausgeschieden, ein zweites Projekt wurde aus Kostengründen ausgeschieden.

Das dritte Projekt (Anbieter Wenzl/Haselberger, Waldneukirchen) wurde in der ursprünglichen Variante inhaltlich als interessant eingestuft. Die angebotene Mietvariante war zu großzügig geplant und daher auch finanziell außerhalb der Möglichkeiten. Es wurde aber in einem weiteren Gespräch mit den Anbietern diskutiert, wie das Projekt redimensioniert werden kann (aufgrund eines konkret vorliegenden Raumprogrammes) und finanziell attraktiver dargestellt werden kann. Die Anbieter Wenzl/Haselberger haben in der Folge die Planung überarbeitet (Reduktion der notwendigen Fläche um ca. 100 m² durch intelligentere Planung) und ein Modell angeboten, wo die Liegenschaft parifiziert würde und die Landwirtschaftskammer Oberösterreich Wohnungseigentum an der Liegenschaft im Ausmaß der anteiligen Nutzfläche erwerben könnte. Die angebotene Variante liegt nun im Bereich der Finanzmöglichkeiten und -vorstellungen der Landwirtschaftskammer Oberösterreich. Der Erwerb des Wohnungseigentums wurde um 994.000 Euro netto zzgl. 20 Prozent USt = 1.192.800 Euro brutto angeboten. Zusätzlich wurde angeboten, das Objekt nach maximal 20 Jahren um 550.000 Euro netto zzgl. 20 Prozent USt = 660.000 Euro zurückzukaufen.

Das Gebäude wurde im Zeitraum von Herbst 2017 bis Sommer 2018 errichtet. Mitte August wurde der zur Nutzung vereinbarte Teil der Liegenschaft (2. OG) zur Nutzung übergeben. Die Liegenschaft musste nach der erfolgten Übergabe noch nach den Anforderungen des geplanten Dienstbetriebes eingerichtet werden. Dazu wurden folgende Arbeiten bereits im Lauf der Errichtung der Liegenschaft mit beauftragt bzw. sollen nun nach ersten Erfahrungen im Dienstbetrieb beauftragt werden.

Vertragserrichtung, Steuern	Grunderwerbssteuer, Notar, rechtliche Beratung Vertragsgestaltung	€ 65.000
Einrichtung	Seminarküche, Sozialraum, Empfangsbereich, diverse Ergänzungen	€ 51.500
Gebäudeeinbauten	Lüftung/Klima Saal und Küche, Trennwand Saal, Beleuchtung, Glaswand Empfang, diverse Abweichungen vom Standard	€ 79.000
Schallschutzmaßnahmen	Schallschutzelemente im gesamten 2. OG	€ 28.000
	Gesamtsumme Einrichtung	€ 223.500

Der Kontrollausschuss stellt einstimmig die ordnungsgemäße Abwicklung der Errichtung des Standorts BBK Kirchdorf-Steyr fest.

Verwertung der beiden bisherigen Standorte in Steyr und Kirchdorf Standort Kirchdorf, Sengsschmiedstraße 10

Sachwertverfahren

Der Wert des Grundstückes wurde auf Basis von fünf in unmittelbarer Nähe abgeschlossenen Kaufverträgen mit 150 Euro/m² festgelegt. Somit ergibt sich ein Sachwert für das Grundstück von 209.850 Euro. Der Wert des Gebäudes wurde auf Basis der Gebäudenutzfläche zu pauschalen Kostensätzen für die Neuerrichtung von Bürogebäuden in entsprechender Qualität – abzüglich der Gebäudeabnutzung bewertet. Auf dieser Basis wurde ein Gebäudesachwert von 739.350 Euro festgestellt. Der gesamte Sachwert der Liegenschaft beläuft sich laut Gutachten daher auf 949.200 Euro.

Ertragswertverfahren

Auf Basis von erzielbaren Mietsätzen laut Immobilienpreisspiegel wurden die erzielbaren Mieteinnahmen berechnet. Als erzielbarer Mietpreis wurde 6,00 Euro/m² Büronutzfläche angenommen – in Summe ergibt sich ein jährlicher Mietrohertrag von 69.600 Euro (inklusive Mietertrag für Wohnung, Keller, Garage und Parkplätze). Nach Abzug der Kosten für Instandhaltung, Mietausfallswagnis und Verwaltung ergibt sich ein jährlicher Mietreinertrag von 47.187 Euro. Die Kapitalisierung des Mietreinertrages nach dem Barwertverfahren ergibt dann einen Ertragswert von 915.000 Euro. Mit Gutachten vom 5. Juli 2017 wurde das Gebäude daher auf einen Verkehrswert von 915.000 Euro eingeschätzt. Beginnend ab Anfang 2018 wurde mit siebzehn Interessenten für das Objekt Gespräche zum Verkauf bzw. zur Vermietung des Gebäudes auf Basis des erstellten Gutachtens geführt. Bis einschließlich 8. März 2019 hat insgesamt ein Kaufinteressent ein schriftliches Angebot abgegeben. Ein Mietangebot zu den angeführten Konditionen von sechs Euro/m² lag nicht vor. Mit Schreiben vom 18. März 2019 wurde dieser Kaufinteressent zur Nachbesserung seines Angebotes eingeladen. Bis zum Ende der Nachbesserungsfrist am 1. April 2019 ist ein Nachtragsangebot eingegangen. Als Bestbieter ist im Rahmen der öffentlichen Angebotsöffnung die Firma KI-Immobilienentwickler GmbH, Bader Moser Straße 17, 4563 Micheldorf mit einem Angebotspreis von 660.000 Euro hervorgegangen.

Viele Interessenten haben im Rahmen der Besichtigungstermine bereits ihr Interesse zurückgezogen. Als Begründung wurden dabei vielfach zu geringe Grundstücksgröße und unzureichender Gebäudezustand Punkte angeführt:

Es zeichnete sich als Ergebnis der Gespräche ab, dass die Annahmen zur Vermietung des Gebäudes, welcher der Gutachter im Rahmen seines Gutachtens angenommen hat, nur durch eine vorherige umfangreiche Gebäudesanierung erzielbar wären.

Vermietung der Liegenschaft Steyr, Tomitzstraße 1

Sachwertverfahren

Der Wert des Grundstückes wurde auf Basis von fünf in unmittelbarer Nähe abgeschlossenen Kaufverträgen mit 300 Euro/m² festgelegt. Somit ergibt sich ein Sachwert für das Grundstück von 539.100 Euro. Der Wert des Gebäudes wurde auf Basis der Gebäudenutzfläche zu pauschalen Kostensätzen für die Neuerrichtung von Bürogebäuden in entsprechender Qualität – abzüglich der Gebäudeabnutzung bewertet. Auf dieser Basis wurde ein Gebäudesachwert von 1.153.600 Euro festgestellt. Der gesamte Sachwert der Liegenschaft beläuft sich laut Gutachten daher auf 1.692.700 Euro.

Ertragswertverfahren

Auf Basis von erzielbaren Mietsätzen laut Immobilienpreisspiegel wurden die erzielbaren Mieteinnahmen berechnet. Als erzielbarer Mietpreis wurde 8,00 Euro/m² Büronutzfläche angenommen – in Summe ergibt sich ein jährlicher Mietrohertrag von 91.200 Euro (inklusive Mietertrag für Wohnung, Keller, Garage und Parkplätze). Nach Abzug der Kosten für Instandhaltung, Mietausfallswagnis und Verwaltung ergibt sich ein jährlicher Mietreinertrag von 76.180 Euro. Die Kapitalisierung des Mietreinertrages nach dem Barwertverfahren ergibt dann einen Ertragswert von 1.380.000 Euro. Mit Gutachten vom 27. November 2017 wurde das Gebäude daher auf einen Verkehrswert von 1.380.000 Euro eingeschätzt. Da das Erdgeschoß, das Dachgeschoß und Teile des Kellers mit unbefristeten Mietverträgen bereits vermietet sind, wurde in erster Linie versucht, geeignete Mieter für die nun freiwerdenden Flächen im ersten und zweiten Obergeschoß zu finden. Nachdem sich aus den ersten Anfragen und Gesprächen zur Vermietung der Büroflächen keine konkreten Mietabschlüsse ergeben haben, wurde im April 2018 die ein Immobilienmakler mit der ergebnisoffenen Suche nach einem Mieter beauftragt. Als Ergebnis von fünf Besichtigungen mit möglichen Interessenten hat sich letztendlich ein Mietanbot der Firma G12 Global GmbH zum angestrebten Mietpreis von 8,00 Euro/m² Büronutzfläche ergeben. Vorteil dieser Mietlösung war, dass die bestehenden Räume im ersten und zweiten Obergeschoß wie bestehend ohne Sanierung oder Änderung als Gesamtes angemietet wurden. Auf Basis dieses Mietangebots wurde zum 1. November 2018 mit der Firma G12 Global GmbH ein unbefristeter Mietvertrag für eine Mietfläche von 516 m² mit einem Gesamtmietzins brutto von 5.322 Euro abgeschlossen.

Beeinspruchung des Sitzungsprotokolls vom 1. April 2019

Der Kontrollausschuss nimmt die Änderung des Protokolls im Sinne des eingebrachten Einspruchs und vorgeschlagenen Wortlauts einstimmig an. Es ging dabei um den Ziegenzuchtverband.

Allfälliges

Manfred Penninger bittet, wie in der letzten Sitzung des Kontrollausschusses angeregt den Mitgliedsbeitrag des Raiffeisenverbands an die LK Österreich im Ausschuss zu behandeln. Mag.

Johannes Hörzenberger erläutert, dass in Summe alle Kammern insgesamt 6,6 Millionen Euro an die LK Österreich entrichten, der Raiffeisenverband zahlt 144.300 Euro.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr übergibt den Vorsitz an **Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger**.

Ausschuss für Rechts- und Wirtschaftspolitik am 27. März 2019:

Berichtersteller: Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr

Erster Tagungsordnungspunkt der Sitzung, die von Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr geleitet wurde, waren der Breitbandausbau und die Situation bei Telekommunikationsleitungen. Datennetze gehören wie Strom- und sonstige Infrastrukturleitungen zu den Lebensadern einer modernen Gesellschaft. Man erwartet eine rasant steigende Bedeutung dieser leistungsfähigen Telekommunikationswege auch im ländlichen Raum und für die Land- und Forstwirtschaft. Für die Grundeigentümer geht es neben einer fairen Abgeltung des Leitungsrechts auch um die Wahl einer geeigneten Trasse, die Verlegung in ausreichender Tiefe, vertragliche Verpflichtungen zur späteren Umlegung der Leitung bei Bauprojekten, Haftungsbeschränkungen etc. Die Landwirtschaftskammer hat ein Beratungspaket dazu erstellt.

Das OÖ Natur- und Landschaftsschutzgesetz soll in nächster Zeit novelliert werden. Neben einer Anpassung an die jüngste Judikatur des Europäischen Gerichtshofs, das in umweltrelevanten Verfahren Parteistellung für NGOs vorsieht, sieht der aktuelle Begutachtungsentwurf auch Erleichterungen im Forststraßenbau und Erleichterungen im Uferschutzbereich von Seen, Flüssen und Bächen vor. Die Landwirtschaftskammer drängt auf ein praktikables Gesetz, das zu Vereinfachungen und mehr Rechtssicherheit für Grundeigentümer und -bewirtschafter führen soll. Der Weg weg vom Bewilligungs- und Sanktionsnaturschutz zum partnerschaftlichen Vertragsnaturschutz muss weitergegangen werden.

Das „Almurteil“ des Landesgerichts Innsbruck vom 20.02.2019 hat für großes Aufsehen und massive Befürchtungen nicht nur unter den Almbauern gesorgt. Die Almwirtschaft leistet einen wesentlichen Beitrag für Umwelt, Landschaftsbild und für den Tourismus und darf nicht durch überzogene Anforderungen gefährdet werden. Derzeit wird eine gesetzliche Änderung der Tierhalterhaftungsbestimmungen im ABGB vorbereitet. Es soll der Gefahr entgegengewirkt werden, dass Almbauern in unverhältnismäßiger Weise Zäune und andere Schutzmaßnahmen ausführen müssen. Ein Verhaltenskodex für Almbesucher ähnlich den FIS-Regeln für Skifahrer und ein Ratgeber für die Alm- und Weidewirtschaft soll Klarstellungen und Handlungsanleitungen bringen. Almbesucher haben sich eigenverantwortlich zu verhalten und die Gefahren auf Almen zu beachten. Der Ausschuss stellte auch fest, dass auch in der aktuellen Diskussion auf den Stellenwert des Eigentumsrechts hinzuweisen ist.

Ein Überblick über die aktuelle Rechtslage beim Personentransport auf Anhängern rundete die Beratungen des Ausschusses ab. Grundsätzlich können max. 8 Personen auf Ladeflächen von Anhängern transportiert werden, wobei die entsprechenden Einschränkungen zu beachten sind. (zB max. Bauartgeschwindigkeit von 40 km/h, max. Geschwindigkeit von 10 km/h bei nicht zum Verkehr zugelassenen Anhängern, Verbot der Beförderung von Kindern unter 12 Jahren, etc.) Bei anderen Personentransporten ist eine Sondergenehmigung der Behörde erforderlich.

Ausschuss für Biolandbau und Direktvermarktung am 2. April 2019:

Berichtersteller: Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr

In der Sitzung am 2. April 2019 unter dem Vorsitz von Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr standen die EU-Bio-Verordnung, der Biomarkt und die Entwicklung der Direktvermarktungsbetriebe auf der Tagesordnung.

DDI Sylvia Schindecker von der LK Österreich berichtete über den intensiven Austausch zwischen der EU-Kommission und den Nationalstaaten zur neuen EU-Bio-Verordnung, die ab 1. Jänner 2021 in Kraft tritt. Österreich, als Land mit dem höchsten Bioanteil, bringt sich mit praxistauglichen Inhalten und Rückmeldungen regelmäßig ein. Ausnahmen von den Richtlinien wären in der neuen EU-Bio-Verordnung von der Behörde zu genehmigen, was mehr Zeitaufwand für die Betriebe bedeuten würde. In den EU-Richtlinien muss noch festgelegt werden, was aus Drittländern in Zukunft als „Bio“ importiert werden kann.

Besonders wichtig wird es sein, dass die Übergangsfristen gut gestaltet werden, damit die Betriebe keinen wirtschaftlichen Schaden erleiden. Trotz sehr begründeter Vorschläge gibt es noch eine sehr große Diskrepanz zwischen den derzeitigen Regelungen in der Biogeflügelhaltung und den Vorschlägen, die beispielsweise zusätzliche Auslaufflächen notwendig machen würden bzw. auch die Besatzdichte noch reduzieren würden, berichtete Petra Doblmaier.

Bio Austria Obmann Franz Waldenberger zeigte das Wachstum auf – sowohl in Europa (Flächenzuwachs um 1 Mio. Hektar) wie auch weltweit (Flächenzuwachs um rund 7 Mio. Hektar). Der Bioabsatz in Österreich ist von 2013 auf 2018 von 6,7 Prozent auf 8,9 Prozent gestiegen. Österreich ist weiterhin bei Milch, Rindfleisch, Masthendl, Pute und Speisegetreide ein Exportland. Mit der Erarbeitung der Bio Austria-Qualität will sich der Verband am Markt abheben und hat ein Qualitäts- und Herkunftssicherungssystem aufgebaut. Die Anzahl der Direktvermarktungsbetriebe ist steigend. 9,21 Prozent der Betriebe in Oberösterreich haben diesen Betriebszweig, 2010 waren es 6,81 Prozent der Höfe. Ein Großteil der Betriebe hat mehrere Vertriebswege und neue Absatzwege sind im Aufbau, wie Zustellung, Belieferung von Geschäften oder Automaten. Produktgruppen, die in den letzten Jahren verstärkt vermarktet werden, sind:

Kräuter, Tees und Gewürze +77 Prozent
Christbäume +70 Prozent
Öle und Essige +41 Prozent
Eier +40 Prozent
Geflügel +38 Prozent
Obst/Marmeladen +33 Prozent
Gemüse und Pilze +23 Prozent
Honig +20 Prozent

Nach wie vor sind Fleisch und Fleischwaren die Produktgruppe, die am häufigsten auf Direktvermarktungsbetrieben erzeugt und vermarktet werden (auf 1.005 Betrieben).

Ausschuss für Forstwirtschaft und Bioenergie am 3. April 2019:

Berichterstatter: KR Franz Kepplinger

In seiner Sitzung am 03. April 2019 beschäftigte sich der Ausschuss für Forstwirtschaft und Bioenergie unter dem Vorsitz von KR Franz Kepplinger mit der aktuellen Lage am Holzmarkt sowie mit den Schneebruch- und Borkenkäferschäden und den diesbezüglichen Empfehlungen der Landwirtschaftskammer OÖ, dem FHP-Holzwerbebeitrag und der genossenschaftlichen Jagdgebietsverwaltung anhand von Erfahrungsberichten aus Bayern.

Holzmarkt, Borkenkäfer und Schneedruck – Empfehlungen für Aufarbeitung und Gegenmaßnahmen

Der Markt ist gesättigt mit Holz, die Lager der gesamten Holzverarbeitenden Industrie sind bestens gefüllt. Durch die große Aufarbeitungskapazität kommt es vielerorts zur Zunahme der Waldlager. Die Schneebruchmenge ist größer als zunächst angenommen. Um die Waldbesitzer bei der Borkenkäferverbeugung bzw. -bekämpfung als auch bei der Schneebruchaufarbeitung zu unterstützen, gab es von Seiten der Landwirtschaftskammer eine Reihe von Maßnahmen in den betroffenen Bezirken wie Informationsveranstaltungen, Fachartikel auf Ik-online und in „Der Bauer“ und ein neues Beratungsvideo. Zudem wurde eine Aktion zum Ankauf von Borkenkäferschutznetzen mit Rabatten für Landwirtschaftskammermitglieder und ein Pilotprojekt zur Borkenkäferfrüherkennung mittels Luftbildern initiiert.

FHP-Beitrag Forst – Projekte und Budget 2019

Der FHP-Holzwerbebeitrag oder auch Holzwerbecent genannt dient zur Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Waldbewirtschaftung und der Holzverwendung. Dieser Beitrag wird den Waldbesitzern für jeden verkauften Festmeter abgezogen. DI Johannes Wall präsentierte die Verwendung des Holzwerbecents 2019, mit den Schwerpunkten Öffentlichkeitsarbeit und Holzflussteuerung. Die Vorhaben und Projekte 2019 im Bereich der Landwirtschaftskammer OÖ

wurden diskutiert und positiv beurteilt. Präsentiert wurde auch ein umfangreiches Nasslagerprojekt der OÖ Forstwirtschaft welches ebenfalls große Zustimmung fand.

Genossenschaftliche Jagdgebietsverwaltung – Erfahrungsberichte aus Bayern

Nikolaus Urban stellte in seinem Referat die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Jagdwirtschaft im Sinne des Grundeigentums dar. Klar ersichtlich war bei seinem Vortrag, dass durch eine freie Wahl des Jagdvorstandes im Zuge einer Grundeigentümersversammlung (Jagdgenossen), jene Grundeigentümer anwesend und mitbestimmen wollen, die eine jagdliche Veränderung für einen klimafitten Wald benötigen und fordern. Des Weiteren erläuterte er die Erfahrungen mit der Eigenbewirtschaftung von Jagdgebieten. Jagdvorsteher Hans Poller ergänzte die Ausführungen anhand eines Praxisbeispiels aus Oberbayern, indem er Vorteile und mögliche Nachteile der Eigenbewirtschaftung darstellte.

Ausschuss für Pflanzenproduktion und Grünlandwirtschaft am 4. April 2019:

Berichterstatter: KR Norbert Ecker

In der Sitzung des Ausschusses für Pflanzenproduktion und Grünlandwirtschaft am 4. April 2019 wurden folgende Punkte schwerpunktmäßig behandelt:

Aktuelles zur NEC-Richtlinie

Das Thema Feinstaub betrifft uns bei den Ammoniakemissionen, die fast zu 100 Prozent der Landwirtschaft zuzurechnen sind. Es gibt aufgrund von Luftreinhaltemaßnahmen (NEC = national emission ceilings) Vorgaben diese Belastungen zu reduzieren. Bei anderen „Feinstaubkategorien“ wie Schwefeldioxid etc. wird dies gelingen. Leider sind durch Änderungen in der Tierhaltung – andere Stallsysteme – die Emissionen zuletzt gestiegen. Zielvorgabe ist bis 2030 die Ammoniakemissionen auf 55.000 Tonnen pro Jahr zu reduzieren. Gegenüber dem Basisjahr 2005 ist eine Reduktion um 22 bis 26 Prozent notwendig. Dies stellt faktisch eine Mammutaufgabe dar.

Aktuelles zum Biomarkt

Bekanntlich hat Bio sowohl in Österreich aber auch in Oberösterreich eine sehr dynamische Entwicklung genommen. 19 Prozent der Betriebe bewirtschaften 17,5 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Oberösterreich. Der Biomarkt selbst wächst jährlich etwa um sechs Prozent – Österreichs Bioproduktion war aber auch im Export erfolgreich. Allerdings wird die Konkurrenz in Europa größer. Nicht unterschätzen darf man die anderen Trends in der Ernährung wie Regionalität, convenience etc. Man muss versuchen diese Trends bestmöglich mit bio zu kombinieren. Bio Austria selbst hebt sich durch spezifische Vorschriften vom Grundstandard bio der EU-Verordnung ab. Das Herkunfts- und Qualitätssicherungssystem soll im weitesten Sinn zu Konsumentenbindung führen.

Produktivitätsentwicklung im Ackerbau

Anhand umfangreichen Zahlenmaterials konnte DI Martin Bäck darstellen, dass die Produktivitätsentwicklung im Ackerbau in Oberösterreich vergleichsweise sich sehr viel besser entwickelt hat als zB in Niederösterreich. Besonders gut ist die Entwicklung dabei bei den Arbeitskreisbetrieben. Gründe dafür sind unter anderem bessere Sorten – hier gibt es sehr große Unterschiede zwischen den Kulturen. Die höchsten Produktivitätszuwächse gibt es bei Zuckerrübe.

Abgestufte Grünlandbewirtschaftung

Um die Anforderungen einer effizienten Grünlandbewirtschaftung mit jenen verbesserter Biodiversität zu verbinden, wurde das Konzept der abgestuften Grünlandbewirtschaftung entwickelt. Jeder Betrieb sollte gewisse Teilflächen haben, die weniger intensiv hinsichtlich Düngung und Nutzungshäufigkeit bewirtschaftet werden. Dieses Konzept wirkt allerdings nicht von heute auf morgen – bei den Effekten muss man daher Geduld haben.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr übernimmt den Vorsitz von **Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger**.

Ausschuss für Bergbauern und Ländlicher Raum am 30. April 2019:

Berichterstatte(r)in: KR Johanna Miesenberger

Ausschuss für Bergbauern und Ländlicher Raum

Am 30. April tagte der Ausschuss für Bergbauern und Ländlicher Raum unter dem Vorsitz von KR Johanna Miesenberger. Themenschwerpunkte waren die Zusammenführung der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) mit der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) zur Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) ab 1. Jänner 2020 und aktuelle Themen der Almwirtschaft.

Zusammenführung der SVB und der SVA zur SVS

Die Vorsitzende des regionalen Leistungsausschusses der SVB Dr. Christine Katzlberger-Laimer informierte über die Zusammenführung der Sozialversicherungsanstalt der Bauern (SVB) mit der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft (SVA) zur Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) ab 1. Jänner 2020. Vorerst ist die von der Bundesregierung beschlossene Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger eine Strukturreform. Inhaltlich wird sich für die Versicherten vorerst wenig ändern. Bis 2024 oder 2025 soll es aber auch zu einer inhaltlichen Annäherung im Beitrags- und Leistungsrecht kommen. Zentrale Punkte sind ein neuer Ärztevertrag, eine Harmonisierung (Absenkung) der KV-Mindestbeitragsgrundlage und der Beitragsätze. Die Funktionäre fordern grundsätzlich eine Entlastung der Bauern im Bereich der Kranken- und Pensionsversicherung, weil gerade für viele kleinere und mittlere Betriebe aufgrund der schwierigen Einkommenssituation die SV-

Beiträge kaum zu erwirtschaften sind. Die von der Bundesregierung angekündigte Steuerreform muss zusätzlich auch bei den Sozialversicherungsbeiträgen Verbesserungen für die Bauern bringen. Konkret geht es um eine Absenkung des Krankenversicherungsbeitragssatzes, eine Absenkung der Mindestbeitragsgrundlage bei der Unfall- und Krankenversicherung, den Entfall des Drei Prozent Zuschlages bei der SV Beitragsgrundlagenoption und die Beibehaltung der pauschalen Einkommensermittlung auf Basis des Einheitswertes.

Aktuelle Themen aus der Almwirtschaft

Der Obmann der Oberösterreichischen Arbeitsgemeinschaft für Alm und Weide Bgm. Johann Feßl informierte den Ausschuss über die dringend notwendige verbesserte Absicherung der Almbauern bei Unfällen auf Almen. Das Kuhurteil in Tirol hat eine umfassende Diskussion ausgelöst. Konkret soll Anfang Juni ein besserer Schutz der Almbauern bei Unfällen mit Weidetieren durch eine Änderung im ABGB im Nationalrat beschlossen werden. Zusätzlich wurden unter Federführung des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus Verhaltensregeln für Wanderer und Touristen auf Almen herausgegeben. Darüber hinaus fordert Obmann Feßl eine zusätzliche Versicherung für die Almbauern bei Unfällen mit Weidetieren, die vom Tourismus und der öffentlichen Hand finanziert wird. Die Ausbreitung der Wolfpopulation stellt weiterhin eine Bedrohung für die Almwirtschaft dar. Gerade in der klein strukturierten österreichischen Almwirtschaft ist ein umfassender Herdenschutz mit Zäunen und Hunden nicht umsetzbar. Der Schutzstatus des Wolfes sollte daher herabgesetzt werden, weil er nicht vom Aussterben bedroht ist. Im Hinblick auf die in Diskussion befindliche Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020 fordert Feßl Verbesserungen für die Almwirtschaft, damit die Almen auch zukünftig bewirtschaftet werden. Seitens der Almwirtschaft selber gibt es intensive Bemühungen Almprodukte besser und vor allem zu besseren Preisen zu vermarkten und somit die Wertschöpfung auf den Almen aus eigener Kraft zu erhöhen.

Ausschuss für Bildung und Beratung am 14. Mai 2019:

Berichterstatter: KR ÖR Walter Lederhilger

Dialog Landwirtschaft & Gesellschaft

Bäuerinnen und Bauern müssen sich immer mehr mit Fragen zur Landwirtschaft, der Produktion und dem Wert bäuerlicher Lebensmittel auseinandersetzen. Auch in den neuen Medien steht das Thema Landwirtschaft verstärkt im Fokus der Öffentlichkeit. Zur Unterstützung einer positiven Kommunikation wurde für Bäuerinnen und Bauern ein Argumentationskatalog auf Initiative der ARGE Bäuerinnen, der Seminarbäuerinnen und des LFI entwickelt. Mag. Maria Dachs präsentierte die 10 Thesen zur erfolgreichen Kommunikation mit der Gesellschaft, die von den Ausschussmitgliedern diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht wurden.

Landwirtschaftliche Facharbeiterausbildung im 2. Bildungsweg

Immer häufiger nutzen Personen, die in der Landwirtschaft noch keine abgeschlossene Berufsausbildung haben, den 2. Bildungsweg. Ing Johannes Brandstetter, Leiter der Lehrlings-

und Fachausbildungsstelle zeigt die Möglichkeiten, den Landwirtschaftlichen Facharbeiter im 2. Bildungsweg zu erlangen, auf. Dazu bieten die Landwirtschaftlichen Fachschulen mit den Abendschulen und das LFI mit einem Intensivkurs Ausbildungsangebote zur Vorbereitung für die Facharbeiterprüfung an. Der Ausschuss ist sich einig, dass mit diesen Bildungszugängen die unterschiedlichen Bedürfnisse der Auszubildenden gut abgedeckt werden.

Green Care – Ausbildungsangebote

Durch Green Care haben sich bereits einige Betriebe ein neues Standbein geschaffen und innovative Angebote im Bereich „Soziale Landwirtschaft“ aufgebaut. Zur Weiterentwicklung von neuen Green Care Angeboten wurden eigene LFI Zertifikatsausbildungen entwickelt. Der Lehrgang „Green Care – Gesundheit fördern am Bauernhof“, unterstützt dabei, mit den Ausbildungsinhalten Angebote im Bereich Gesundheitsförderung zu entwickeln und Green Care Auszeit Hof zu werden. Der Zertifikatslehrgang „Tiererlebnis am Bauernhof“ richtet sich an Bäuerinnen und Bauern, die Tiererlebnis-Angebote im Freizeitbereich als neues oder zusätzliches Einkommens-Standbein am Hof anbieten möchten.

Ausbildung bis 18

Mit Juli 2017 ist die gesetzliche Ausbildungspflicht bis 18 in Kraft getreten. Im Bereich der Landwirtschaft zeigt sich, dass es nur wenige Fälle gibt, wo die Lehre oder Schule abgebrochen wird. Das Jungencoaching oder AMS unterstützt, um Lösungen mit dem Jugendlichen zu entwickeln, falls es zu einem Abbruch kommt.

Ausschuss für Tierproduktion und Milchwirtschaft am 24. Mai 2019:

Berichterstatte: KR Johann Hosner

Im Vorfeld der Ausschusssitzung führte GF DI Franz Kaltenbrunner die Ausschussmitglieder durch die Versteigerungsanlage und den Verwaltungstrakt des RZO. Die Anlage wurde 2009 in Betrieb genommen. Seit 2018 ist auch die Verwaltung zur Gänze von Linz nach Freistadt übersiedelt.

Themen bei der Sitzung des Ausschusses unter Vorsitz von KR Johann Hosner waren das AMA-Agrarmarketing, der NTÖ, Umsetzungsschritte für die NEC-Richtlinie und Berichte über aktuelle Marktentwicklungen.

Der GF der AMA-Marketing GmbH., Dr. Michael Blass, und die Bereichsleiter DI Martin Gressl und DI Rudolf Stückler informierten den Ausschuss über Ziele und aktuelle Umsetzungsschritte ihres Unternehmens im Bereich Agrarmarketing und Qualitätssicherung. Mit einem Budget von jährlich rd. 18 Mio. Euro aus Marketingbeiträgen und zusätzlich 2 Mio. Euro an EU-Fördermitteln wird Werbung für agrarische Produkte gemacht, um die österreichischen Produkte im harten internationalen Wettbewerb zu stärken. Mit einem Bekanntheitsgrad von 95 Prozent ist das AMA-Gütesiegel das mit Abstand bekannteste Gütesiegel in Österreich und genießt enorm

hohes Vertrauen beim Konsumenten. Gut die Hälfte des im österreichischen LEH verkauften Rind- und Schweinefleisches trägt das AMA-Gütesiegel. Über eine Vielzahl von Werbemaßnahmen werden die Verbraucher auf die Vorzüge der mit dem AMA-Gütesiegel gekennzeichneten Produkte hingewiesen. Durch verschiedene Zusatzmodule wie z.B. GVO-freie Produktion oder Tierwohlprogramme konnte die Möglichkeit zur Produktdifferenzierung geschaffen werden, was Bauern wie auch Verarbeitern Mehrerlöse ermöglicht.

KR ÖR Walter Lederhilger, im heurigen Jahr Vorsitzender des Vereins NTÖ Nachhaltige Tierhaltung Österreich, berichtete von den Zielen und Aufgabenstellungen dieses Dachverbandes der österreichischen Tierzuchtorganisationen aus den Sparten Rind (ZAR), Schwein (VÖS), Geflügel (ZAG), Pferd (ZAP) und Schaf/Ziege (ÖBSZ). Der 2016 gegründete Verein ermöglicht einen gemeinsamen Außenauftritt bei spartenübergreifenden Themen. Mit der Veranstaltungsreihe „NTÖ am Punkt“ werden aktuelle Themen (zB Gene Editing, Herkunftskennzeichnung) aufgegriffen. Auch Bildungsprojekte können über den NTÖ gemeinsam abgewickelt werden.

DI Franz Vogelmayer von der Abteilung Tierproduktion informierte zum aktuellen Stand der Umsetzung der Richtlinie zur Minderung von Luftschadstoffen (NEC-Richtlinie). Die hohen Ammoniak-Emissionen der österreichischen Landwirtschaft von derzeit jährlich rund 70.000 Tonnen müssen in den nächsten 10 Jahren um rd. 20 Prozent reduziert werden, was eine große Herausforderung darstellt. Insbesondere im Bereich der bodennahen Gülleausbringung wird erhebliches Potential zur Reduktion der NH₃-Emissionen gesehen. In der künftigen GAP werden hier entsprechende Fördermaßnahmen zu setzen sein.

In den Marktberichten konnte von einer seit April sehr guten Entwicklung am Schweinesektor berichtet werden, was vor allem auf die äußerst starke Nachfrage aus Asien zurückzuführen ist. Bei Milch zeigt sich der Markt stabil trotz derzeit saisonaler Anlieferungsspitze. Die Dürre des letztjährigen Sommers und die damit verbundene knappe Futtermittelversorgung zeigt bislang keine Auswirkungen auf die Anlieferungsmengen. Schwieriger gestaltet sich die Lage am Rindfleischsektor, wo der Preis bei allen Kategorien seit Monaten unter dem Vorjahreswert liegt.

Ausschuss für Bäuerinnenangelegenheiten am 29. Mai 2019:

Berichterstatte: KR LAbg. ÖR Annemarie Brunner

Aktuelle Agrarpolitik, „Wie reden wir mit Konsumenten?“ und das Schulfach Ernährung und Konsumbildung waren die Themen in der Sitzung des Ausschusses für Bäuerinnenangelegenheiten am 29. Mai 2019 unter dem Vorsitz von KR LAbg. ÖR Annemarie Brunner.

Vizepräsident Karl Grabmayr berichtete über die landwirtschaftlichen Forderungen zur Steuerreform, den Breitbandausbau, den Zwischenstand zur GAP, über die EU-Bioverordnung

und die Tiertransporte in Drittländer. In der Diskussion wurde besonders die Bedeutung der Haftungsregeln beim Breitbandausbau in allen ländlichen Regionen hervorgehoben. Wie reden wir mit Konsumenten? Unter dem Titel „Zuhören.Wissen.Reden – 10 Thesen zur erfolgreichen Kommunikation“ stellte Maria Dachs ein Konzept vor, wie die Bauernschaft mit Konsumentinnen und Konsumenten einen guten Dialog führen kann. Ein Argumentationskatalog mit kurzen Beiträgen zu aktuellen Fragen rund um die Landwirtschaft rundet die 10 Thesen ab. Diese Thesen lauten:

- Wer zuhört, erfährt mehr
- Abgrenzung erwünscht
- Toleranz üben
- Wissen & reden
- Ich weiß, dass ich nicht alles weiß
- Vom Ernähren und Erklären
- Realistische Bilder vermitteln
- Positiv formulieren
- Rede, rede, rede
- Unter Beobachtung

Die Vorsitzende Annemarie Brunner lädt ein, sich bei einer Onlinebefragung zum Thema Ernährungs- und Konsumbildung unter dem Titel „Damit unsere Kinder später nicht Äpfel mit Birnen vergleichen“ zu beteiligen. Unter <https://umfrageonline.com/s/apfel-birne> kommt man direkt zur österreichweiten Umfrage. Das Ziel ist, 10.000 Menschen zum Mitmachen zu motivieren. Ein weiteres Anliegen aller Mitglieder im Ausschuss ist, dass in der Facharbeiter- und Meisterausbildung das Lebensmittelwissen Teil der Ausbildung wird.

Heute Vormittag hat sich der Präsident bei mir und den Bäuerinnen bedankt. Als ich 2003 in dieses Gremium gekommen bin, waren die Frauen hier sehr dünn gesät. Der Stellenwert der Bäuerinnen und Kammerrätinnen hat sich ausgeweitet und das ist natürlich gut so. Hier hat unser Präsident sehr viel geleistet. Wenn ich Vergleiche ziehe mit anderen Bundesländern kann ich feststellen, dass Oberösterreich immer Vorreiter auch bei Bäuerinnen war und es war und ist immer ein sehr gutes Miteinander und ein wertschätzender Umgang.

Liebe Michaela, viel Freude beim Tun, wir kennen uns auch mittlerweile seit zehn Jahren. Dich machen dein Elan und dein Ehrgeiz aus, dich für etwas einzusetzen. Ich glaube du bist nicht nur Biobäuerin, sondern dir sind alle Bäuerinnen und Bauern wichtig. Es zeichnet dich aus, dass du auf die Menschen zugehen kannst, du bist einzigartig und wir sind sehr stolz auf dich!

Diskussion:

KR ÖR Karl Keplinger:

Bei der letzten Vollversammlung haben wir einen Antrag betreffend Zuschüsse für Stallbauten im Zusammenhang mit den Tierwohlstandards eingebracht. Ich habe dort folgendes gesagt: Dieser Antrag ist deswegen zustande gekommen, weil wir so viele Beschwerden von den Berglandmilch-Lieferanten bekommen haben. Sie sagen, dass sie sich die neuen Tierwohlstandards mit diesen Preisen nicht mehr leisten können. Wir haben daher beantragt, die Zuschüsse auf 50 Prozent zu erhöhen. Frau KR Mayr-Steffeldemel, die heute leider nicht da ist, haben wir ersucht, unserem Antrag zuzustimmen. Wir glauben, dass es doch besser wäre, statt Sanktionen und Auflagen zu erfinden diesem Antrag zuzustimmen und dadurch den Bauern zu helfen.

Frau Präsidentin, ich habe aufmerksam deine Stellungnahmen gelesen und war etwas enttäuscht. Deine Stellungnahme heißt: Der Wirtschaft und den Dienstleistern im Land muss es gutgehen, so heißt es in der Kronen Zeitung. Ich habe mich gefragt, ob das vielleicht die Wirtschaftskammer-Präsidentin gesagt hat. Es muss den Bauern gut gehen, damit es der Wirtschaft und dem Handel gut geht. Ich habe so eine Aussage von dir leider nicht gefunden und darum haben wir dich nicht gewählt. Das Gesicht ist freundlicher geworden, der Inhalt ist aber der Gleiche geblieben. Vizepräsident Grabmayr hat ja angekündigt, es würde so weitergehen wie bisher.

Wir wissen, dass Handelsabkommen Wohlstand bringen, das wird ja auch von allen Parteien gesagt. Leider wird dabei immer vergessen, dass das auf Kosten von uns Bauern erfolgt. Das aktuelle Handelsabkommen Mercosur mit Südamerika wurde auch kürzlich auf der Homepage des ORF dargestellt. Es wehren sich Frankreich, Polen und Belgien gegen dieses Abkommen, von Österreich hört man aber nicht, dass man sich massiv dagegen stellt.

Der Tourismus möchte von uns alles gratis haben, wie Mountainbike-Strecken, Landschaftspflege, Wanderwege, etc., aber von zehn Fleischessen stammen acht Portionen aus dem Ausland oder aus Übersee. Dieses Fleisch wird teilweise von Schiffen und Flugzeugen hertransportiert, Umwelt- und Klimaschutz sind da anscheinend kein Thema.

Bei den Erdkabelleitungen kommt das Thema Bienenschutz überhaupt nicht vor. Es gibt eine Expertise eines namhaften Universitätsprofessors, die auch anerkannt ist. Dort heißt es, dass

Stromfreileitungen auch dafür verantwortlich sind, dass Bienen und Insekten sterben. Der Wahlkampf kommt näher und es wird jetzt auch wieder vom Schutz des Eigentums gesprochen. Wir wissen wie der Schutz des Eigentums in der Praxis aussieht, am Ende kommt es zu Enteignungen.

Der scheidende Präsident Reisecker hat erst am Schluss bemerkt, dass die Bauern beim Thema Einheitswert das nicht zahlen können, was er damals verhandelt hat.

Wir brauchen eine Wahlrechtsreform in der Landwirtschaftskammer. Es sollten diejenigen nicht mehr mitreden, die nicht betroffen sind. Es sollen sich zumindest jene wehren können, die von der Landwirtschaft leben, nicht aber jene bestimmen, die an der Landwirtschaft leben. Denn ansonsten wird unsere Landwirtschaft zum Hobby.

KR LAbg. ÖR Ing. Franz Graf:

Liebe neue Präsidentin, Michaela Langer-Weninger, ich darf dir zur Wahl zur Präsidentin ganz herzlich gratulieren. Ich finde es ein starkes Zeichen, dass österreichweit erstmals eine Frau an der Spitze einer Landwirtschaftskammer steht und biete dir zu allererst eine gute Zusammenarbeit an und wünsche dir viel Kraft, die durchaus großen Herausforderungen, die vor dir und vor der Landwirtschaftskammer als Berufsvertretung stehen, auch zu meistern. Es ist allen hier herinnen bekannt, dass die Herausforderungen groß sind, auch deswegen, weil die Rahmenbedingungen weltweit und europaweit so sind wie sie sind, aber auch weil die Rahmenbedingungen in Österreich so sind wie sie sind. Leider sind sie über weite Strecken nicht zufriedenstellend. Natürlich sind diese in deiner Rede nicht ganz vorne angereicht gewesen, deswegen erlaube ich mir ein paar Dinge anzusprechen.

Es muss unter dem Titel „Falsche Weichenstellungen korrigieren und richtig stellen“ in den nächsten Jahren laufen. Das steht natürlich unter dem Stern der jetzt zerbrochenen Regierung, um die mir persönlich sehr leid ist. Viele Dinge wurden in die richtige Richtung angegangen und es ist ein wesentlicher Punkt dabei die angekündigte und in ersten Schritten begonnene Steuerreform, die auch eine Absenkung unserer Sozialversicherungsbeiträge über den Weg der Krankenversicherungsbeiträge beinhaltet hat. Minus 30 Millionen Euro ist nicht das, was sich manche wünschen, aber es ist auch beachtlich und es ist vor allem ein Schritt in die richtige Richtung, vor allem auch in Anbetracht der Tatsache, dass in den letzten zehn Jahren die Beiträge um fast ein Viertel gestiegen sind. Und das nenne ich Korrektur und richtige Korrektur bedeutet auch, dass wir Teil dieser Steuerreform sind, wo 120 Millionen Euro für die Landwirtschaft vorgesehen sind. Das ist ein kleiner Anteil und der richtige Ansatz, aber nicht der letzte Anteil. Ich gehe davon aus, dass das weitergehen hätte sollen.

Gleich ist es auch mit der heute schon angesprochenen Harmonisierung der Pensionsversicherungsbeiträge, die meines Erachtens auch bei der Zusammenlegung zur SVS ehrgeiziger gesehen werden soll und vielleicht erst nicht bis 2025 von Statten gehen soll,

sondern früher. Dasselbe gilt für die auch angekündigten Erleichterungen beim Optieren in der Sozialversicherung.

Darüber hinaus gibt es auch noch andere wesentliche Punkte und unmittelbar damit verknüpft ist der landwirtschaftliche Einheitswert. Die Höhe des Einheitswerts muss weiterhin diskutiert werden. Ein wesentliches Thema dabei ist die Berücksichtigung der öffentlichen Zahlungen, die für mich immer noch Ausgleichszahlungen sind. Diesbezüglich hat es auch schon auf höherer Ebene erste Gespräche dazu gegeben, es war ein Projekt in Vorbereitung, die Ausgleichszahlungen nicht in der derzeitigen Art und Weise einzubeziehen.

Auch die klare und hundertprozentige Lebensmittelkennzeichnung war im Prinzip im zuständigen Ministerium fertig und ist jetzt mit dieser Regierung entweder zerbrochen oder zumindest verzögert. Das sind Dramen, die ich als solche sehe. Aufgabe hier in der Berufsvertretung ist es, diese Themen weiter voranzutreiben und mit der nächsten Regierung auch weiter zu bearbeiten und umzusetzen.

Auf europäischer Ebene benötigt die GAP ebenfalls eine Weichenkorrektur und nicht ein weiter so wie bisher. Hier sollte auch Einigkeit herrschen, denn der zentrale Punkt der Gemeinsamen Agrarpolitik ist nach wie vor die allgemeine Ausgleichszahlung der ersten Säule. Solange diese allgemeinen Ausgleichszahlungen der ersten Säule jedes Hektar gleich bewerten, egal wie groß der Betrieb ist, ob er 10, 1.000 oder 10.000 Hektar groß ist, haben wir einen Druck ins Wachstum, den wir nicht wollen und den unsere Klein- und Mittelbetriebe so nicht durchhalten werden. Das ist unabhängig von den Rahmenbedingungen, die wir bundespolitisch brauchen und deswegen wird es hier die nächste Weichenstellung brauchen, dass die kleinen Betriebe gestärkt und die ersten 30 Hektar aufgewertet werden und der Ausgleich für diese ersten 30 Hektar verdoppelt wird bei gleichzeitig einem echten Deckel, der nach oben hin bei 200, 500 oder 1.000 Hektar völlig zufallen muss. Denn was will denn die Europäische Kommission, wenn sie einen 1.000- oder 10.000 Hektar-Betrieb gleich fördert wie einen 20 Hektar-Betrieb? Das kann sich doch jeder an einer Hand abzählen, dass das langfristig nicht funktionieren kann! Dann müssen wir es aber auch ansprechen und Änderungen fordern. Ich weiß, dass alle Forderungen hier herinnen in Richtung europäische Ebene und darüber hinaus zB bei der Klimapolitik ein mehr als mühsamer Weg sind, aber auf Bundesebene darf und muss das gefordert werden. Präsident Moosbrugger hat für mich in klaren Worten – so kenne und so schätze ich ihn – hier einige Dinge auch angesprochen und er hat auch die Vorwahlzeit und das, was sich im Nationalrat abspielt, angesprochen. Heute ist das Glyphosatverbot/Totalverbot wieder Thema und dazu eine Klarstellung meinerseits: Präsident Moosbrugger hat in unsere Richtung argumentiert, dass die FPÖ-Fraktion hier einen nicht richtigen Zugang dazu habe. Die Zustimmung zum Fristsetzungsantrag hat allerdings ausschließlich damit zu tun, dass dadurch dieser Antrag im Juli behandelt werden kann. Und weil eine Verbesserung möglich ist, nämlich, dass Glyphosat nicht mehr in Privatgärten und auf öffentlichen Flächen eingesetzt wird, aber in dieser eingeschränkten Art in der Land- und Forstwirtschaft bleibt, deswegen ist hier zugestimmt worden. So ist es von Anfang an gewesen. An diesem Dienstag Vormittag, als dieses Plenum

im Parlament stattgefunden hat, habe ich genau diese Information schon bekommen. Um 9 Uhr sind die ersten Pressemeldungen aber schon rausgegangen, dass wir ein Totalverbot unterstützen würden. Hier gilt es den Fristsetzungsantrag und den Inhalt zu unterscheiden. Das ist oft schwierig, aber in diesem Fall notwendig. Ich kann alle beruhigen, das ist der Standpunkt und das wird er auch bleiben. Denn eines ist klar: Österreich ist wahrscheinlich das einzige Land in der Europäischen Union, das eine diesbezüglich rückstandsfreie Produktion garantieren kann, nämlich, dass das Glyphosat in Futter und Nahrungsmitteln nicht vorhanden ist. Ich sage daher abschließend das Motto, dass nicht nur beim Thema Glyphosat, sondern auch bei allen anderen Lebensmitteln gelten muss: Unsere Standards müssen auch an der Grenze gelten und auch für die entsprechenden Importe.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Lieber Franz Graf, zwei Anmerkungen seien mir erlaubt: Zur Thematik Glyphosat sage ich: „Dein Wort in Gottes Ohr“. Am 2. Juli werden wir dann sehen, ob das tatsächlich so ist. Ich hoffe darauf und appelliere, dass man sich im Sinne der österreichischen Landwirtschaft auch im Parlament so verhalten und dementsprechend abstimmen wird.

Zum Thema Capping und Umverteilungsprämie: Wenn man hier mit Hektargrenzen und Betriebsgrößen von 1.000 und 10.000 Hektar irgendwo in die Argumentation zieht, dann möge man sich die Struktur der österreichischen Betriebe anschauen. Daher war unser Ansatz immer der, dass auf europäischer oder auf deutscher Ebene die Zahlen und die Strukturen völlig anders aussehen, dort stellt sich das mathematisch auch völlig anders dar. In Österreich möge man mir bitte vorrechnen, wie viele Betriebe wir mit 1.000 oder 10.000 Hektar haben und wie weit wir reduzieren müssen, damit wir bei 30 Hektar eine Betriebsprämie unten verdoppeln und wieviel wir damit oben in jenem Bereich, wo wirklich unsere Familienbetriebe liegen, etwas wegnehmen. Diese Diskussion wird mit Sicherheit kommen, wir werden uns aber die Zahlen ganz genau anschauen und auf fachlicher Basis entscheiden. Wir bleiben trotzdem bei dem Bestreben, dass wir das in Richtung einer europäischen Lösung weiterbetreiben.

KR Clemens Stammer:

Wir von den Grünen Bäuerinnen und Bauern sagen ein herzliches Willkommen der neuen Kammerpräsidentin. Natürlich ist es ein sensationelles Zeichen, dass wir eine Frau und Bäuerin und vor allem eine Biobäuerin an der Spitze haben. Das freut mich sehr! Die Freude wurde aber heute bei deiner Antrittsrede ein wenig getrübt, weil du dich schon fast dafür entschuldigst hast, Biobäuerin zu sein. Du sagst auch immer wieder, dass in Österreich für alle Produktionssparten Platz ist und dass jede Produktionssparte wichtig ist. Ich möchte dem ganz klar widersprechen, es ist nicht für alle Produktionssparten Platz. Wenn nämlich 30 Hektar Regenwald für den Soja- und Palmölanbau für Schweine, Rinder und für uns Menschen und für die Konten einiger Großbanken gerodet und diese Waren als Futtermittel und Lebensmittel importiert werden, dann ist ganz klar ersichtlich, dass nicht für alle Platz ist. Für wen Platz sein sollte ist eindeutig, nämlich für alle Bäuerinnen und Bauern. Für diese sollte man eine Interessenvertretung

machen. Das hat aber nicht immer damit zu tun, dass man jede Produktionsweise unterstützt, sondern man kann ganz klar mit Steuern oder Förderungen steuern.

Wenn die Firma Bayer, der Hersteller von Glyphosat, horrend hohe Strafzahlungen bekommt, bei denen ganz einfach das Gericht nachweist, dass Glyphosat daran schuld ist, dass jemand krank wird oder sogar verstirbt, dann werden wir in Österreich mit Glyphosat keine Bäuerin und keinen Bauern retten. Davon bin ich überzeugt. Ich bin auch überzeugt, dass wir unsere österreichische Landwirtschaft nur retten, indem wir uns differenzieren. Das Problem ist nicht, dass wir ohne Glyphosat nicht überleben können, das Problem ist der Produktpreis. Das Problem ist auch – was Franz Graf schon angesprochen hat – dass die Waren an der Grenze nicht Halt machen. Präsident Moosbrugger hat das sehr gut gesagt, er hat nur seine eigene Fraktion dabei nicht ganz mitgenommen. Grundsätzlich müsste es möglich sein, nicht nur hier, sondern auch im Landtag eindeutig gegen Mercosur zu sein. Es müsste möglich sein, einen Stopp der Verhandlungen zu fordern, und dann nicht wieder rote Linien auszupacken. Bei der letzten Regierung waren diese roten Linien Bungee-Schnüre, die sehr situationelastisch auseinandergezogen wurden, bis sie erst in Ibiza gerissen sind. Hier muss klipp und klar gesagt werden: Wir haben jetzt ein Freihandelsabkommen auf den Tisch, das von Brüssel verhandelt wurde, und man hätte besser dieses Abkommen erst gar nicht verhandelt und es hätte verhindert gehört.

Grundsätzlich bietet unsere Interessenvertretung mit ihrem Kammergesetz eine gute Grundlage. In § 1 Abs. 2 heißt es: *„Ziel der Tätigkeit der Landwirtschaftskammer ist insbesondere eine ökologische, kreislauforientierte und flächendeckende Land- und Forstwirtschaft“*. Dieses Ziel haben wir nach wie vor nicht erreicht, aber wir können es erreichen, wenn du Frau Präsidentin den Mut und die Kraft hast, auch in diesem Haus Biobäuerin zu sein. Dann haben wir eine gute Voraussetzung, dem einen Schritt näher zu kommen. Ich hoffe, dass du dich nicht zum Feigenblatt des Bauernbundes machen lässt, sondern stark für das eintrittst, für das deine Familie und du zuhause arbeiten.

Weil heute über die Präsidentin logischerweise und nachvollziehbar von allen geredet wird und wir noch einen Antrag über das Kammergesetz in der Vollversammlung haben, hätte ich ganz gerne in Zukunft, dass man mit einer Reform des Kammergesetzes die Präsidentinnen- oder Präsidentenwahl in Zukunft als Direktwahl durchführt, ähnlich der Bürgermeisterwahl. Das wäre eine klare Funktionstrennung. Dann kann diese Präsidentin oder dieser oder jener Präsident für alle Bäuerinnen und Bauern da sein und kann sich zB wie die AK-Präsidenten gegen eine Krankenkassenfusion auflehnen, die den Bäuerinnen und Bauern in Wahrheit 35 Millionen Euro in der Ausbaustufe 2024 kosten wird. Wir sprechen von Geldern bei der neuen Steuerreform, wo die Bauern über die Sozialversicherungsbeiträge entlastet werden sollen. Die Wahrheit ist aber, dass wir 35 Millionen Euro bei der Einheitswertfeststellung an zusätzlichen Abgaben bekommen haben, da kommen 15 Millionen Euro wieder retour. Jetzt mit den neuen Kassenverträgen bzw. Ärzteverträgen kommen ab 2024 wieder 40 Millionen Euro jährlich dazu. Das wird man über kurz oder lang nur über Selbstbehalte oder abermalige Erhöhungen

hereinbringen. Die Leistungen werden sinken. Zu glauben man mache aufgrund einer Digitalisierung einen großen Sprung in der Verwaltung mit einer Ersparnis von einer Milliarde Euro, wie Bundesministerin Hartinger-Klein gemeint hat, das kommt bestenfalls aus dem Glücksrad von Peter Rapp und ist in Wahrheit nicht nachvollziehbar.

Dir Frau Präsidentin wünsche ich alles Gute und viel Mut auch in der eigenen Fraktion, den wirst du auch brauchen. Wo wir dich unterstützen können, wo es um die richtige Richtung auch für meine Wählergruppe geht, da werden wir dich unterstützen.

Landesrat Max Hiegelsberger:

Auch der Arbeiterkammer-Präsident wird nicht direkt gewählt.

KR Anna Prandstetter:

Ich bin Milchlieferantin der Berglandmilch. Schon 2017 wurde mit einem Fragebogen die Haltungsform der Kühe abgefragt. In der Generalversammlung im Jahr 2018 wurde dann gemeldet, dass die Rücklaufquote der Fragebogen nicht dementsprechend sei. In der heurigen Generalversammlung wurde ein freiwilliges Kuhwohlprogramm vorgestellt, das mit 1.7.2019 anlaufen wird. Es wird für Betriebe mit Kombinationshaltung, also Anbindehaltung für 120 Tage Weide oder Auslauf einen Zuschlag von 0,2 Cent geben. Betriebe mit Laufstall oder Anbindehaltung mit täglicher Weide und Auslauf erhalten 0,5 Cent und Betriebe, die Laufstall und 120 Tage Weide oder Auslauf anbieten, bekommen 1 Cent Zuschlag zum Milchpreis. Ende Mai 2019 kam dann eine Mitteilung der Berglandmilch per SMS auf mein Handy: Der Milchpreis wird per 1.6.2019 um 0,8 Cent netto verringert. Ich frage mich nun, ob man mir vorher schon mehr wegnimmt, als ich an Zuschlag ab 1.7.2019 bekommen werde? Wird es bei dieser Maßnahme wieder genauso werden wie bei der Gentechnikfreiheit? Nur Auflagen, Kontrollen und Kosten? Es muss endlich Schluss sein, von den Milchlieferanten immer höhere Standards zu fordern, ohne dass es auf den Erzeugermilchpreis Auswirkungen hat. Höhere Tierwohlstandards müssen wir uns von den Konsumenten bezahlen lassen, aber wie es jetzt aussieht, bezahlen das nur wir Bauern. Damit werden weiterhin wahrscheinlich noch mehr Bäuerin und Bauern das Milchliefern aufgeben und die Stalltüre für immer zusperren. Es muss doch möglich sein, dass sich die Molkereien nicht immer einem gegenseitigen Wettbewerb aussetzen, der eine bietet Heumilch oder Super-Premium-Milch an und die anderen noch etwas Besseres. So kann es für uns Bauern nicht mehr weitergehen.

Christian Kernecker:

Ich hoffe in Zukunft auf eine bessere Zusammenarbeit und darauf, dass die Anliegen des Unabhängigen Bauernverbands besser berücksichtigt werden. Vizepräsident Grabmayr hat von „Spuren hinterlassen“ gesprochen. Ich beziehe mich jetzt auf die Spuren unseres scheidenden Präsidenten Reisecker. Es hat eigentlich viele Sachen gegeben, wo er als Präsident schützend vor den Bauern hätte stehen müssen, zB als es um die Einheitswertfeststellung ging. Er hat einfach hingegenommen, dass Ausgleichszahlungen eingerechnet werden, die wir als Preisausgleich beim EU-Beitritt bekommen haben. Jetzt wird das als zusätzliches Einkommen

gerechnet. Im Beitrittsjahr hätten die Einheitswerte entsprechend gesenkt werden müssen, dann könnten wir sie allenfalls jetzt dazurechnen. So ist die Faktenlage, das kann auch die Finanz sicher nachvollziehen. Weiters war die Diskussion um die Abschaffung des Agrardiesels für mich unverständlich. Hier wurden unzählige Anträge von unserer Fraktion eingebracht und man hat den Agrardiesel beim Stabilitätspakt geopfert. Das ist für mich unverständlich, vor allem, weil es ihn in anderen Ländern der Europäischen Union noch gibt. Weitere Themen waren die Budgetkürzungen im Landtag, die Auflösung der Agrarbezirksbehörde – bei der Agrarbehörde hat die Landwirtschaft im Grundverkehr ja profitiert – und der Verlust des Landmaschinenfonds – im Gewerbe gibt es allerdings noch immer einen vergleichbaren Fonds. Bei der Steuerreform wurde uns die vorherige günstige Verrechnungsmöglichkeit bei der Beendigung der Umsatzsteuer-Option genommen. Es gab Steuererhöhungen bei den Betriebsmitteln. Es gab dazu zwar einen kleinen Ausgleich, in anderen Ländern gibt es überall günstigere Steuersätze.

Ich muss ganz klar feststellen, dass es keine wirkliche Entlastung durch die Steuerreform bei der Sozialversicherung gibt. Es ist ein allgemeines Paket wo alles um ein Prozent gesenkt wird. Aber ich muss dazu sagen, wenn man die Beitragsgrundlagen hernimmt und man schaut sich das an, kann sich das die Landwirtschaft natürlich leicht leisten. Es bestehen riesige Unterschiede gegenüber dem Gewerbe, von der Sozialversicherungsoption rede ich noch gar nicht. Hier sind wir noch meilenweit vom Gewerbe weg. Es kam bloß eine Reduktion von 3 Prozent. In der Krankenversicherung hat man sich einfach an das eigene pauschale System in der Landwirtschaft angeglichen, das Gewerbe liegt hier aber noch weit drunter. Das Gewerbe hat eine Absenkung auf das ASVG-Niveau im Jahr 2015 bekommen, wir in der Landwirtschaft aber nicht, obwohl wir die hohen Einheitswerte jetzt haben.

In der Option haben wir in der Krankenversicherung eine Mindestbeitragsgrundlage von 1.476 Euro, im pauschalen System jetzt 785 Euro. Das ist ca. um die Hälfte reduziert, aber in der Pensionsversicherung hat sich nichts getan. In der Pensionsversicherung haben wir im pauschalen System 425 Euro. In der Krankenversicherung bezahlen wir weitaus mehr als in der Pension. Natürlich hat das auch einen Nachteil, wenn man in die Pension geht. Bei einem niedrigen Einheitswert hat man automatisch auch eine niedrige Pension. Im Gewerbe hat man das eigentlich umgedreht und das verstehe ich nicht. Man zahlt in die Pension 654 Euro Mindestbeitragsgrundlage und wir in der Landwirtschaft 425 Euro. Das Gewerbe ist somit höher und es kommt dann eine bessere Pension heraus. Mir geht es nur darum, dass man sieht, dass wir in der Krankenversicherung einen wahnsinnig hohen Beitrag zahlen, besonders in der Beitragsgrundlagenoption. Krankenversicherung zahlen wir 785 Euro und das Gewerbe 446 Euro. Ich bin mittlerweile auch im Gewerbe versichert und es geht hier auch um die Leistungen, die man bekommt. Ich brauche ein Zahnimplantat und zu dem zahlt die landwirtschaftliche Versicherung nichts dazu, das Gewerbe zahlt 250 Euro dazu. Es geht hier um einen Vergleich der Leistungen. Es heißt immer, unsere Versicherung sei so gut. Das mag vielleicht bei manchen Dingen so sein, etwa bei Kuren, und diese Kureinrichtungen nutzen teilweise auch Berufskollegen aus dem Gewerbe. All das mit dem Einheitswert hat Spuren hinterlassen.

Es gab laufend dann Presseaussendungen unseres Präsidenten, dass die kleinen Landwirte das nicht mehr bezahlen können. Aber bei der Steuerreform ist wirklich für die kleinen Landwirte nichts geschehen.

Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger:

Wir sind grundsätzlich dem Präsidenten a.D. Franz Reisecker sehr dankbar, dass wir überhaupt ein Einheitswertsystem erhalten haben können. Es ist wichtig für die Bäuerinnen und Bauern und er hat sich persönlich sehr stark dafür eingesetzt. Die Entlastung bei der Sozialversicherung gerade im Bereich der Steuerreform, die auf Bundesebene angestanden wäre, wäre ein großer Schritt für die Bäuerinnen und Bauern mit gleichzeitiger Sicherung der Pensionen gewesen. Man wird sehen, wie sich die Zukunft entwickelt und ob man das noch umsetzen kann. Wir warten auf positive Vorschläge von eurer Fraktion für die Zukunft, denn nicht nur die Rückschau ist wichtig, sondern auch die positiven Vorschläge für die Zukunft.

KR ÖR Johann Großpötzl:

Vor kurzem hat LR Hiegelsberger bei einem Interview gemeint, dass die derzeitigen Förderungen zu wenig sind, damit etwas bleibt. Das Landwirtschaftsgesetz besagt, dass den Bauern das gleiche Einkommen zusteht wie den anderen Berufsgruppen. Dieses Ziel haben wir bis jetzt aber noch nie erreicht. Vor drei Wochen wurde das Durchschnittseinkommen aller Unselbständigen in Österreich bekannt gegeben. Es beträgt brutto 49.000 Euro pro Arbeitskraft. Wir haben 145.000 Höfe und brutto 2,5 Milliarden Euro landwirtschaftliches Einkommen. Das ergibt brutto rund 17.200 Euro pro Betrieb, im Jahr davor hatten wir 2,6 Milliarden Euro, vorher 2,5 Milliarden Euro. Die heurigen Zahlen werden wohl nicht viel besser werden. Ein Bruttoeinkommen von 17.200 Euro ist einfach zu wenig, um die Leute auf den Höfen zu halten. Wir haben schon viele Betriebe verloren und aktuell nur mehr 145.000 Betriebe. 1950 hatten wir 430.000 Betriebe, 1990 282.000 Betriebe. Da haben wir im Durchschnitt 3.700 Betriebe pro Jahr verloren. Wir verlieren seit 1990 pro Jahr 4.900 Betriebe im Schnitt. Prozentuell ist dieser Anteil natürlich immer mehr geworden. Ein Durchschnittseinkommen von 38.000 Euro brutto pro Betrieb muss möglich sein. Ansonsten wird es sehr schlimm ausschauen, wir hätten bald nur mehr 40.000 oder 50.000 Betriebe in Österreich. Wenn wir in Oberösterreich nur mehr 5.000 Betriebe haben, dürfen dann wohl weiter 137.000 Personen in Oberösterreich zur Wahl gehen.

Uns fehlen drei Milliarden Euro, wir brauchen insgesamt über fünf Milliarden Euro Einkommen für die Bauernschaft. Der Tourismus erwirtschaftet einen Umsatz von 40 Milliarden Euro. Der Tourismus nützt gratis die schöne Landschaft und der Landwirt soll auch die Wege freihalten. Es wird die Landschaft von den Touristen genutzt, nicht zuletzt von Spaziergängern mit den Hunden, die dann die Flächen verunreinigen. Es kann nicht so weitergehen, dass der Tourismus auf Kosten der Landwirtschaft jährlich einen gewaltigen Zuwachs hat. Der Tourismus muss daher zur Kasse gebeten werden. Auch wenn es nur fünf Prozent vom Umsatz als Tourismusabgabe für die Landwirtschaft für Landschaftsleistungen sind, wären das für die Landwirtschaft schon zwei Milliarden Euro. Von dort muss das Geld auch kommen, vom

Konsumenten und vom Tourismus. Ich sehe sonst keine Möglichkeit, dass die Leute auf den Höfen gehalten werden. Brüssel wird nicht mehr für uns zahlen. Es liegt sehr viel Kapital brach, wenn Höfe verlassen werden. Wenn in den Dörfern der erste Betrieb aufhört, dann hören immer mehr Betriebe auf. Ich bin schon durch viele Ortschaften durchgefahren, wo die Entwicklung so gelaufen ist. Diese Ortschaften waren dann wirklich mausetot.

Mir gefiel vom Landesrat die Bezugnahme auf Holland als Vorbild. Ich habe schon vor 25 Jahren gesagt, dass Holland ein Vorbild sein soll, damals wurde ich dafür noch belächelt. Die Holländer haben etwa die Hälfte unserer Fläche, sie produzieren dort aber viel mehr als wir, es geht dort um ein Volumen von fast 40 Milliarden Euro. Haben wir hier etwas versäumt? Was ist denn hier in Österreich falsch gelaufen und wer hat hier falsch reagiert? Diese holländischen Werte werden wir wohl nie erreichen. Die Holländer sind auf vielen Märkten die Ersten, wir sind aber weit hinten dran. Wir glauben zwar, wir würden weltweit die Ersten sein, das glauben auch die Bayern, die Schweizer und die Südtiroler. Wir sind von der Produktion her vielleicht durchaus gleich gut, wir können aber nicht behaupten, dass wir die Besten seien.

Der scheidende Präsident Reisecker hat in einem seiner letzten Interviews gemeint, wir Bauern können uns die Sozialversicherungsbeiträge nicht mehr leisten. Vor mindestens 18 Monaten haben wir den Antrag gestellt, die Beitragsgrundlage bei den optierenden Betrieben auf das Niveau der Gewerbebetriebe zu senken. Das wurde damals abgelehnt, jetzt ist man aber dafür. Damals war unser Antrag ein Zweizeiler der es nicht wert ist, dass man darüber spricht. Die meisten von euch haben das Anliegen schon damals verstanden, aber ihr habt nicht mitstimmen dürfen. Ich hoffe, dass wir uns mit der neuen Präsidentin in diesem Bereich leichter tun als es in der Vergangenheit war. Ich habe oft mit Franz Reisecker recht gut zusammenarbeiten können. Wenn ich ihn wirklich gebraucht habe, dann ist er auch tatsächlich gekommen. Präsident Reisecker und Hofrat Huber von der Agrarabteilung des Landes sind auch einmal gemeinsam zu einer Veranstaltung in meiner Gegend gekommen und haben sich einer Diskussion mit einer mongolischen Gruppe gestellt.

Ich gebe der Präsidentin noch eine Aufgabe mit: 80 Prozent unserer Betriebe sind ja konventionelle Betriebe. Sie möge dafür sorgen, dass die konventionellen Produkte in Zukunft in den öffentlichen Küchen genauso berücksichtigt werden wie die Produkte aus biologischer Produktion. Die Johannes-Kepler-Universität wirft beispielsweise alle konventionellen Produkte hinaus und verwendet nur mehr Bioprodukte. Das ist auch nicht der richtige Weg. Man muss sich auf Augenhöhe begegnen, die Biobauern sind genauso wichtig wie die konventionellen Betriebe und umgekehrt. Wenn man das nicht mehr sagen darf, dann ist man als konventioneller Betrieb schlecht dran. Jene Biobauern, die ursprünglich schon von Anfang an Biobauern waren, zahlen jetzt drauf. Wenn eine gesamte Jahresproduktion auf Lager liegt, dann zahlen die Biobauern drauf. Ursprünglich haben die Biobauern beim Aufbau noch einen guten Preis gehabt.

KR Norbert Ecker:

Ich habe noch eine Anmerkung zu KR Großpözl: Ich fahre viel durch Dörfer die blühen und in denen es viele motivierte Leute gibt. Diese Leute benötigen den technischen Fortschritt, Landwirtschaft 4.0, und es gilt dabei, ein paar Rahmenbedingungen zu regeln. Bei der gestrigen Arbeitstagung gab es von Herrn Dr. Gandorfer von der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft und Herrn DI Prankl von der HBLFA Wieselburg hochkarätige Referate und es wurde dort sehr gut dargestellt, wo die Stärken und Schwächen des Systems sind. Eine ganz klare Schwäche ist der Ausbau der Mobilfunk-Netze. Die derzeitige Mobilfunksituation ist ausgelegt, Menschen zu erreichen in den Ballungszentren. In der Landwirtschaft in den entlegenen Gebieten brauchen wir auch Mobilfunk, um dort auch stabile Datenübertragungen zu gewährleisten. Das ist ein wesentlicher Punkt. Der zweite Punkt war das Thema was mit den Daten passiert und wer die Hoheit darüber hat. Das ist eine offene Frage, an der wir interessenspolitisch künftig ganz massiv arbeiten müssen. Wir produzieren tagtäglich Daten mit unserem Tun, wir wissen jedoch nicht, wie diese Daten weiterverarbeitet werden und was damit künftig geschieht. Es muss dieser Bereich der Entwicklung und Digitalisierung mit allen Stärken und Schwächen ein Schwerpunkt werden. Für unser Haus heißt das mit Sicherheit, dass wir uns mit diesem Thema intensiv auseinandersetzen müssen. Die neue Präsidentin hat ja davon schon gesprochen.

Des Weiteren stellt sich die Frage, was in Oberösterreich richtig Geld kostet? Richtig viel Geld kosten Beiträge von Personen in Fachmedien, die Forderungen in den Raum stellen und kolportierten, dass der Landwirtschaft 900 Euro pro Hektar Flächenprämie zustehe. Aufgrund meiner Funktion und meiner Tätigkeit als Gutachter rufen mich viele Leute an und fragen nach den Pachtpreisen in der jeweiligen Region. Ich meide es tunlichst, dass ich einen Pachtpreis bekannt gebe, denn Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Es ist wirtschaftlich nicht mehr darstellbar, was in manchen Gemeinden hier passiert. Was darstellbar ist waren allerdings über 20 Anrufe an mich, aufgrund eines Artikels, der auf KR Keplinger zurückgeht. Diese 20 Anrufer waren verpachtende Betriebe. Sie haben gelesen, dass es jetzt anscheinend 900 Euro pro Hektar Flächenprämie gibt. Die verpachtenden Betriebe stellen sich plötzlich die Frage, ob sie viel zu billig verpachten. In Oberösterreich sind rund 200.000 Hektar verpachtet und wenn der Pachtpreis um 100 Euro pro Hektar steigt, dann sind das jährlich 20 Millionen Euro, was den produzierenden bäuerlichen Betrieben abgehen. Wenn es 200 Euro pro Hektar mehr sind, dann sprechen wir von 40 Millionen Euro jährlich und die Tendenz wird steigend sein. Wir werden von euch hier wegen ein paar Abgabegeschichten kritisiert, die nicht mehr zu halten waren, aber das sind die echten Kosten, die produziert werden über eine Selbstdarstellung in einem Beitrag wo es auch heißt: „Wir haben die Ideen und die anderen die Macht“. Dann muss ich ganz klar sagen, solche Ideen sind entbehrlich und das können wir uns in Zukunft sparen.

KR ÖR Karl Keplinger:

Wer hat denn die Pachtpreise nach oben getrieben? Das waren diejenigen, die die Tierprämien abgeschafft haben. Die, die alle Prämien auf Fläche umgelegt haben, sind die Verursacher der

höheren Pachtprämien. Nur weil ein guter Vorschlag kommt, wird er von KR Ecker wieder schlechtgeredet.

KR ÖR Walter Lederhilger:

KR Stammler, du hast mehr oder weniger die österreichische Veredelung so dargestellt, dass sie auf abgeholzten Urwäldern fußt. Da muss ich dir ganz klar eine Gesamtrechnung darlegen und ich bitte wirklich darum, diese Dinge so zu kommunizieren, wie sie tatsächlich sind. In Österreich werden 82 Prozent des Eiweißbedarfs durch Grundfutter abgedeckt, 18 Prozent werden importiert. Oft wird ja dargestellt, dass beinahe alles importiert werde. Wir haben beim Sojaanbau und den Eiweißkomponenten in den letzten Jahren viel erreicht. Wir haben jetzt 65.000 Hektar Sojafläche, das Ziel sind 100.000 Hektar und dann könnten wir Richtung 90 Prozent Eigenversorgung kommen. Ich bitte wirklich darum, die Zahlen so darzustellen, dass sie der Wahrheit entsprechen.

Im heurigen Jahr wurde beim AMA-Gütesiegel im ersten Quartal endlich erreicht, dass das Ziel von 100 Prozent Rohstoff bei der Verarbeitungsware mit Ende des Jahres umzusetzen ist. Im Juni dieses Jahres ist es gelungen, bei der Österreichbörse die Zuschläge bei Gütesiegel von 3,6 auf 4,4 Cent pro Kilo zu erhöhen. Für die AMA-V-Ware, das ist die verifizierte Ware von 102 bis 120 Kilo, gibt es ein Plus von 1 Cent. Das ist immerhin 1 Euro mehr pro Schwein. Für die Altsau gibt es ein Plus von 5 Cent pro Kilo. Geschlossenheit am Markt lohnt sich und es müssen auch solche Dinge einmal erwähnt werden.

Vorgestern gab es die letzten Beschlüsse, dass es künftig eine österreichweite Zusammenarbeit in der Schweinezucht geben wird. Die Zuchtverbände Oberösterreich, Niederösterreich und Steiermark werden künftig einen gemeinsamen Verband bilden. Es wird eine Genossenschaft gegründet und das operative Geschäft wird in einer GmbH abgewickelt. Es wird sich um die Geschäftsbereiche Zuchttiere, Besamungsstationen und Zubehör handeln. Der Grund ist der Strukturwandel und dass man damit die züchterischen Herausforderungen und den Zuchtfortschritt noch besser koordinieren kann und dass bei Besamungsstationen die Risikostreuung eine viel Bessere wird. Es geht um die Wettbewerbsfähigkeit der bäuerlichen Zuchtbetriebe und mit diesem Schritt ist das gewährleistet. Ich möchte mich ganz herzlich beim Raiffeisenverband bedanken, der diese Konstruktion professionell begleitet und versucht, steuerschonende Lösungen zustande zu bringen. Auch bei den Landwirtschaftskammern möchte ich mich bedanken, denn es haben sich Steiermark und Niederösterreich von ihren Besamungsstationen getrennt und bringen ihre Unternehmen hier ein. Dieses Beispiel zeigt: Eigeninitiative ist auch notwendig und es reicht nicht, immer nur Forderungspakete auf den Tisch zu legen.

Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger:

Ich gratuliere den Schweinezuchtbetrieben zu diesem großen, zukunftsweisenden Schritt und freue mich auf die gute Zusammenarbeit.

KR Hannes Winklehner:

In den Medien wurde ja schon lange mitgeteilt, dass wir eine neue Präsidentin bekommen werden. Mich haben einige Bäuerinnen und Bauern gefragt, wer denn das sei und wer jetzt die neue Präsidentin sein wird? Manche haben aufgrund der medialen Berichterstattung vorher sogar gemeint, LR Hiegelsberger würde Kammerpräsident. Es hat dazu jemand gemeint: „Der wird nicht Präsident, sondern er schafft nur der Kammer an, was dort zu tun sei!“ Im Neuen Volksblatt verfolgt man ja die treue Parteilinie. Es heißt dort in einem Bericht über den Präsidenten, er sei stolz auf die neue Hauptfeststellung der Einheitswerte. In einer Presseaussendung hat er allerdings gemeint, die Bauern würden aufgrund der neuen Einheitswerte die Sozialversicherungsbeiträge nicht mehr zahlen können. Er ist aber dafür maßgeblich verantwortlich, dass es zu diesen neuen hohen Einheitswerten gekommen ist, die zu Unrecht so hoch sind.

Die Forstwirtschaft trifft es derzeit so hart, wie soll die in der derzeitigen Situation etwas herauswirtschaften? Die Bauern sind ja verpflichtet, ihre Wälder zu pflegen und Schadholz wegzuräumen. Das alles geschieht hier zum Wohle der Gesellschaft. Die Belohnung dafür sind für die Forstwirtschaft höhere Einheitswerte. Im Volksblatt heißt es: Präsident Reisecker liebt Reisen mit seiner Ehefrau. Das ist ja alles gut und schön. Es heißt dann weiter, dass er nach Australien und Neuseeland fliegen werde. Ich hoffe, dass er in Österreich bleibt und nicht nach Australien fliegen wird, das wäre ja eine zusätzliche Klimabelastung. Ich hoffe, dass er in Österreich bei den Bauern einen Urlaub macht. Herr KR Kogler, es wäre ganz schön, wenn der scheidende Präsident bei dir auf deinem Bauernhof Urlaub machen würde.

Man kann es auf den Punkt bringen: Präsident Reisecker war wirklich ein ausgezeichneter Sterbebegleiter für die Bauern.

Es tut mir persönlich leid, wenn ich bei der Wahl einer Frau zur Präsidentin gegen sie stimmen muss. Ich habe recherchiert, was die neue Präsidentin bisher so alles für die Bauern geleistet hat. Frau Präsidentin, in der Wirtschaftspartei ÖVP warst du ja wirklich gut, du hast es schnell geschafft, zielstrebig in den Landtag zu kommen. Mich hat erschüttert, dass du im Landtag dem Antrag auf Budgetkürzung für die Bauern auch zugestimmt hast. Das tut weh. Die Bauern bräuchten eine starke Stimme im Landtag. Ihr sagt ja, der UBV habe ja im Landtag keine Leute drinnen. Allerdings stehen Budgetkürzungen auch dann ins Haus, wenn bäuerliche Vertreter vom Bauernbund im Landtag vertreten sind.

Es gab heute tolle Vorschläge von Präsident Moosbrugger. Ich kann ihm zu seiner Rede wirklich gratulieren. Er hat die Dinge tatsächlich auf den Punkt gebracht und auch die Partei hinten angestellt. Wenn wir in diese Kerbe gemeinsam schlagen, dann geht das in die richtige Richtung. Ich deute auch Aussagen der Präsidentin so, dass der Mut vorhanden ist, dass sich in dieser Richtung etwas ändern soll. Ich hoffe, dass Forderungen nicht nur in diesem Saal erhoben werden, sondern überall, und dass tatsächlich in eine Kerbe geschlagen wird. Da sind wir dann als UBV auch mit dabei. Wir wollen nicht irgendjemandem etwas auswischen. Wir

wollen bloß jenes reparieren, was von euch aus Parteitreu den Bauern angetan wird. Ich hoffe, dass eure guten Vorschläge und eure guten Vorsätze nicht bloß nur heiße Luft sind. Frau Präsidentin, du hast jetzt bei vielen Verhandlungen sehr viel Einfluss. Ich hoffe, dass sich vieles ändert und dass man nicht nur immer an der Landwirtschaft verdient, sondern dass auch in der Landwirtschaft verdient werden kann. Wenn die ökonomischen Verhältnisse passen, kann der Bauer bestehen und überleben. Ich hoffe, dass du bei entscheidenden Verhandlungen einen langen Atem hast und dass nicht am Ende einer Verhandlung weniger für die Bauern herauskommt. Ich hoffe, dass wir eine gute Zusammenarbeit finden. Wenn wir spüren, dass es besser wird und dass wir und unsere Anträge ernst genommen werden, dann werden wir sicher zum Wohle von uns Bauern miteinander etwas erledigen können.

KR Klaus Wimmesberger:

Ich muss heute wieder einmal der Partycrasher sein. Das war heute wirklich eine Selbstbeweihräucherung. Ein wirklicher Lichtblick war Präsident Moosbrugger. Ich habe mit dem Präsidenten noch gesprochen und ihm viel Energie gewünscht. Man hat ja die Reaktion des Bauernbundes gesehen, der nicht einmal applaudiert hat und wirklich sehr trüb geschaut hat. Was Präsident Moosbrugger gefordert hat waren sehr viele Forderungen des UBV. Dann glaube ich, dass die Zukunft eher schwierig wird.

Zum Klimaschutz: Ich sehe den Klimaschutz als große Chance für unsere Bäuerinnen und Bauern, doch wir müssen aktiv werden. Der Bauernbund plakatiert: „Wir lieben unser Land, wir ackern für ihr Schnitzel“. Wart nicht ihr es, die uns bei unserem Bemühen nach heimischen Produkten immer wieder in den Rücken gefallen seid? Stichwort Herkunftskennzeichnung: Weiß der Präsident, dass ihr vor einigen Monaten gegen die Herkunftskennzeichnung gestimmt habt? Palmöl, Soja, CETA... Ich habe damals vor allem den Frauen gesagt, dass ich euch nie verzeihen werde, dass ihr für CETA gestimmt habt. Euch trifft dadurch auch eine Mitschuld. CETA, TTIP, Mercosur, jetzt redet man, dass Mercosur so schlimm ist. Ich kann mich aber noch an ein Interview mit Paul Rübiger erinnern, der noch trauerte, weil die Verhandlungen mit den USA abgebrochen wurden. Ich erinnere mich an eine Aussage unseres BBK-Obmanns Martin Dammayer, der meinte: Vielleicht würde es nach Trump bei TTIP wieder weitergehen. Durch eure Zustimmung zu den Handelsabkommen seid ihr Mitschuld an der weiteren Zerstörung des Regenwaldes. Allein in Brasilien wurde in einem Monat ein Regenwald in der Größe Wiens abgeholzt. Jährlich werden 8,8 Millionen Hektar Wald und davon 80 Prozent für die Landwirtschaft gerodet. Da muss ich KR Stammler Recht geben, es ist nicht für alle Platz. Die Größe des Mittelmeers in einem Jahr, vieles für Importe von Palmöl und Soja nach Europa. Hier braucht es ein radikales Umdenken, wir zeigen hier schon lange Wege auf, sind aber nur belächelt worden. Stichwort: regionale Selbstversorgung, strenge Einfuhrbestimmungen usw.

Zur Einheitswert-Neufeststellung: Wir haben immer gesagt, dass das eine Selbstaufgabe unserer Landesvertretung ist. Hier habe ich zB eine andere Meinung als unsere neue Präsidentin, die den Slogan von Präsident Reisecker übernommen hat. Es hat uns diese Neufeststellung eine enorme Erhöhung des Hektarhöchstsatzes für Forst und höhere

Einheitswerte für die Landwirtschaft gebracht, sowie eine höhere Gewichtung der Viehzuschläge, höhere Steuern und höhere SVB-Beiträge. Was sagt unser Präsident und unser Vizepräsident: „Das war wichtig und richtig, es kann ja eh jeder optieren“. Jetzt, weil er zurücktritt, sagt der scheidende Präsident, dass sich die Bauern die Beiträge nicht mehr leisten können. Das erste was mir eingefallen ist war das Mitterlehner-Syndrom. Mitterlehner ist zurückgetreten und plötzlich hat er gewusst was los ist. Plötzlich war er auch für das Erdkabel. Ich erwarte mir von einem Präsidenten, dass er die Stimme erhebt, wenn es wichtig ist und nicht dann, wenn er nichts mehr zu sagen hat.

Die Bauern bekommen prozentuell vom Endprodukt weniger Geld als früher. Früher waren es 31 Prozent, jetzt sind es 21 Prozent. Der Handel hatte 38 Prozent, jetzt hat er 51 Prozent. KR Hosner hat das sehr gut bei der Milch dargestellt. Das ist nur möglich, wenn man eine schwache Vertretung hat und wir haben eine wirklich sehr schwache bis gar keine Vertretung. Ausnahme ist der Herr Moosbrugger, der ist ein Lichtblick. Wir brauchen eine Vertretung, die sich nicht über den Tisch ziehen lässt und sich dann sogar noch für die Ergebnisse rühmt. KR Hosner hat das Ende der VÖM und die Gründung eines Branchenverbandes gefordert, wo Vertreter, Landwirte, Molkereien und Handel an einem Tisch sitzen. Das ist absolut richtig. Als ich vor knapp fünf Jahren in die Kammer gekommen bin, kritisierte ich bei meiner Antrittsrede die Kammerführung und unseren Landesrat Hiegelsberger und forderte deren Rücktritt. Der erste tritt fünf Jahre zu spät zurück, aber es ist OK. Wer so viel Vertrauen sogar im eigenen Ort bei der Kammer verliert, sollte die Zeichen der Zeit verstehen und sich zurückziehen. Ich schaue nochmal zurück: Vizepräsident Grabmayr erreichte in seinem Ort 11 Prozent, LR Hiegelsberger 19 Prozent, Präsident Reisecker 27 Prozent. Was bleibt beim Präsidenten übrig? Fünf Jahre zu spät zurückgetreten, als Lehrer muss ich sagen: Ein eindeutiges Nicht genügend! Natürlich hat er ein paar Sachen gemacht, aber ich kann nicht bei einer Schularbeit, bei der es 20 Punkte gibt und ein Schüler hat 3 Punkte dann sagen, na ja das ist noch ein Vierer. Nein, das ist ein Nicht genügend. Ein Nicht genügend, obwohl wir das Frühwarnsystem eingeschaltet haben, so wie wir es in der Schule brauchen. Du musst schon bald sagen, wenn es so weitergeht, dann wird es ein Fünfer. Wir haben es fünf Jahre lang probiert und es hat keine Früchte getragen.

Zum Erdkabel: Zwei Jahrzehnte hat die Kammerführung und die größte Bauernorganisation das laute Schreien und Protestieren der betroffenen Bäuerinnen und Bauern ignoriert und sich auf die Seite der Wirtschaft und der Landesregierung gestellt. Erst seit kurzem gab es ein halbherziges Umschwenken, weil ein Kammerrat aus den eigenen Reihen persönlich betroffen war. Trotzdem gab und gibt es noch immer viele Stimmen im Bauernbund, die nach wie vor Stimmung gegen das Erdkabel machen. Hier sind KR Ecker, KR Burgstaller und der ÖVP-Bürgermeister von Rohrbach, Andreas Lindorfer zu nennen. 60 Bäuerinnen und Bauern sind in den letzten Monaten im Innviertel enteignet worden. Diese wurden wie Verbrecher behandelt. Eine Bäuerin hat mir erzählt, dass sie in die BH nach Schärding gekommen ist, dann war die Polizei da und die Bäuerinnen und Bauern wurden durchsucht. Es fühlen sich auch die Bürgermeister und die Bauern im Stich gelassen. Es war niemand da von unserer Vertretung. Wenn ich mit den Bauern spreche fragen sie mich, wo unsere Vertreter sind, wenn wir sie

brauchen? Die sind nicht bei den Bauern, sondern bei der Partei. Wir haben eine Demonstration in Geinberg gehabt und ich machte Herrn Diermayr darauf aufmerksam, denn es gab gleichzeitig auch eine Bezirksversammlung. Ich habe ihn gefragt, ob er denn nicht auf der Seite der Bauern stehen sollte und nicht auf der Seite der Partei? Daraufhin meinte Herr Diermayr, dass er sich von mir nicht sagen lässt, auf welcher Seite er zu stehen habe.

Zu den Bauerneinkommen: Viele Bauern sagen, dass es in ihrem Sektor noch nie so schlecht gelaufen sei wie jetzt. Landesrat Hiegelsberger hat vor kurzem in den OÖ Nachrichten aber dazu gesagt: „Wenn wir die Gesamtheit betrachten, dann leben wir in einem Umfeld, das noch nie so gut gewesen ist“. Das ist weit weg von der Basis. Wir haben Preise wie vor 40 Jahren, wir haben ein durchschnittliches Einkommen von 6 Euro, die Hälfte der Bauern hat aufgehört. Wir haben daheim einen Einheitswert von 20.000 Euro. Im Jahr 1981 zahlte mein Vater an Sozialversicherung 2.708 Euro und jetzt zahle ich 10.440 Euro, das ist viermal so viel bei gleichem Einkommen. Ist das gerecht? Zum Lehrergehalt: Ich habe im Dezember 1998 989 Euro verdient, im Juni 2019 waren es 2.184 Euro, das ist ein Plus von 120 Prozent. Wenn wir Bauern das auch hätten, dann wäre das super.

Frau Präsidentin, wenn Sie es wirklich ernst meinen, dass Sie einen neuen Weg einführen, dann müssen Sie sich eine neue Linie suchen. Vizepräsident Grabmayr wurde gegenüber mir ausfällig mit Aussagen die nicht stimmen und hat sich auch anschließend nicht entschuldigt. Es werden nur immer Unwahrheiten in die Welt gesetzt, wie auch zB von Frau Burgstaller, die hat sich auch bis heute nicht entschuldigt. Dann denke ich an den Kommissionspräsidenten Juncker, der meinte: „Wenn es ernst wird, muss man lügen!“ Wenn Sie als Präsidentin es wirklich ernst meinen, dann entledigen Sie sich von diesem Klotz und machen wir den Weg für eine neue Linie frei. Wir haben eine riesige Chance in der Landwirtschaft, Präsident Moosbrugger ist ein Licht am Horizont. Arbeiten wir gemeinsam und nicht für eine Partei oder für die Wirtschaft, sondern für die Bäuerinnen und Bauern. Landwirtschaft ist mehr wert als die Wirtschaft. Lassen wir die Sozialpartnerschaft wieder neu auferstehen. Schließen möchte ich mit den Worten eines sehr geschätzten Kollegen, KR Fragner, der in seinem Leitartikel schreibt: „Wer fordert Klimaschutz, wer sind die Schuldigen? Warum stellt sich die Landwirtschaft nicht in die erste Reihe für Klimaschutz? Wertgeschätzte natürliche Lebensmittel, Biodiversität, tolle neue Produkte ohne Erdöl können wir bieten. Klimaschutz ein Thema für unsere Bauern, gehen wir aktiv damit an die Öffentlichkeit. Klimaschutz darf auch etwas kosten.“

LR Max Hiegelsberger:

Es ist schon interessant, das Demokratieverständnis einer wahlwerbenden Gruppe hier mitzuerleben. Es hat keiner dieser Redner der neuen Präsidentin gratuliert. Man muss sie nicht wählen, aber zu einem Demokratieverständnis gehört dazu, dass man zumindest gratuliert. Anton Schlager, unser früherer Nationalrat in Grieskirchen hätte zu deiner Rede, KR Wimmesberger gesagt: „Herr Kollege haben Sie einen Neuen, der ihnen die Reden schreibt? Warum? Sie waren noch nie so schlecht!“ Genau dort sind wir jetzt auch gelandet. Wenn ein System, das in seiner Gesamtheit funktioniert, von dir und von anderen nur schlecht geredet

wird, dann bist du entweder nicht in Österreich zuhause, oder du erlebst nicht dein Umfeld. Wir gehören zu den vier reichsten Nationen in der Welt und wir haben einen Wohlstand erreicht, der sich sehen lassen kann. Und es gibt auch Menschen, die das negieren.

Der zweite Punkt: Ja wir nehmen es zur Kenntnis, man muss nicht alles verstehen. Aber man könnte sich zumindest bemühen, dass man einige Dinge versteht. Es ist das gleiche hier wie bei deiner Wortmeldung in der letzten Vollversammlung. Nein, du willst es nicht verstehen. Manche fragen sich schon, kannst du es verstehen? Es ist dieser Vollversammlung unwürdig, in dieser Form hier heraußen zu sprechen. Und wir haben heute erwähnt, dass es uns darum geht, dass wir nicht nur Themen aufreißen, sondern bemüht sind, zu Lösungen zu kommen. Es war kein einziger Ansatz von eurer Fraktion heute dabei zu irgendeiner Lösung eines Problems.

Es ist das „Nobelste“ was es überhaupt gibt, über jemanden schlecht zu reden, der heute aufhört und nicht mehr da ist. Das sagt einiges über den Charakter des Menschen aus, der so etwas sagt. Es ist beschämend hier herinnen so etwas zu hören an dem Tag, wo wir neu wählen. Indem du für deine Gruppe sprichst ist es auch beschämend für die Mitglieder, die du vertreten solltest. Wir aber versuchen Lösungen bereitzustellen, die der Zukunft der bäuerlichen Betriebe dienen. Das was hier passiert ist eindeutig kontraproduktiv und ich wünsche mir wirklich, dass es eine andere Gesprächskultur hier herinnen gibt. So etwas dient niemandem. Es gibt immer wieder welche, die bei deinen Ausführungen klatschen. Es ist schade was hier gelaufen ist. Zu so etwas dient diese Bühne nicht.

KR Josef Kogler:

Liebe Frau Präsidentin, ich darf dir als Landwirtschaftskammerrat aus deinem Nachbarbezirk Gmunden alles Gute wünschen und hoffe auf gute Zusammenarbeit. Wir kennen uns auch schon lange und ich glaube, du bist die richtige Frau für diesen Job. Nochmals die herzlichsten Glückwünsche vom gesamten Bezirk Gmunden und ich hoffe, dass du dich für das Berggebiet besonders einsetzt.

Vom Landesrat wurde schon alles gesagt und ich werde mich da jetzt nicht mehr einmischen, denn sonst könnte es sein, dass ich die Kontrolle über mich verliere. Ich war sechs Jahre Leichenbestatter und da ist mir sehr viel untergekommen, aber so etwas Tiefes was ich heute gehört habe und so etwas Beschämendes ist mir noch nie untergekommen.

Es gibt auch einige positive Dinge zu berichten: Ich als Urlaub am Bauernhof-Betreiber aus der Tourismusregion St. Wolfgang habe schon ein bisschen das Problem, das KR Großpötl angeschnitten hat. Natürlich könnte man sich vorstellen, so eine Art Kurtaxe für die Landschaft einzuführen. Eine Kurtaxe gibt es ja schon und die Gemeinden und die Tourismusverbände leben ja auch von diesen Kurtaxen. Soweit ich Bescheid weiß ist das Gesetz so eingerichtet worden, dass oberösterreichweit 2 Euro pro Person zu zahlen sind. Dieses Geld kommt den Tourismusverbänden zugute, die mit diesem Geld auch die Wege miterhalten und die für Ausgaben die den Gemeinden beim Tourismus entstehen, zuständig sind. Natürlich ist es auch

oft unser Grund, der benützt wird. Ich wohne neben einem Wanderweg und ich habe vier Ferienwohnungen und natürlich kommen auch Leute mit Hunden. Da kann man sich manchmal fast gar nicht helfen, man darf den Hund mitunter nicht einmal schief anschauen. Du musst halt für einen Hund genug verlangen, man muss halt 50 Euro dazurechnen, das wird von den Besitzern auch bezahlt.

Urlaub am Bauernhof ist heuer sehr gut angelaufen, wir haben eine Saison wie schon lange nicht mehr. Es ist das ein Betriebszweig, wo man als landwirtschaftlicher Betrieb sehr gut verdienen kann, aber es ist auch harte Arbeit. Es ist nicht nur so, dass die Leute kommen und dann wieder weg sind, sondern man muss sich um die Gäste kümmern. Die Urlaub am Bauernhof Betriebe geben auch den Gästen und damit der Gesellschaft viele Informationen über die Landwirtschaft. Ich fordere euch auf, Urlaub am Bauernhof zu unterstützen, denn dieser Betriebszweig ist sehr wichtig.

KR Ecker, herzlichen Dank, dass du dich bei uns im Bezirk des Themas Engerlingsproblematik angenommen hast. Du warst Vortragender beim Grünlandtag, wo es um Grünland und Engerlinge gegangen ist und ich habe selten so einen guten Vortrag gehört. Das hat in St. Wolfgang auch etwas bewirkt. Wir sind momentan mit 70 Hektar betroffen und wir haben etwas sehr Positives von deinem Vortrag mitgenommen, denn wir sind erstmals als Bauernschaft so eng wieder beieinander gewesen, egal von welcher Partei man war. Wenn man ein Problem hat, müssen wir zusammenhelfen und das sollte unser oberstes Motto sein, liebe Kammerräte vom UBV. Nicht gegeneinander, sondern miteinander! Danke, KR Ecker, nochmals für deinen Vortrag, der hat vielen Leuten Augen und Ohren geöffnet und ich habe sehr viel Positives in meine eigene Gemeinde mitnehmen können.

Zur Digitalisierung wurde alles oder zumindest sehr viel gesagt, ich selbst habe mich auch schon mit diesem Thema befasst. Vielleicht bin ich der einzige Almbauer heute hier herinnen, und die Digitalisierung ist wirklich auch ein Thema gerade für die Almbauern. Man kann damit kontrollieren, was auf der Alm mit den Tieren passiert. Ich habe heute um 5:24 Uhr die Meldung bekommen, dass die Kälber entlaufen sind. Es war aber zum Glück so, dass ein Satellit gerade ein wenig spinnt und die Kälber eh noch da waren.

Zum Thema Maschinenringe: Unser Altpräsident war früher Hauptfunktionär im Maschinenring. Die Maschinenringe Schwanenstadt, Vöcklabruck und Gmunden haben sich fusioniert. Es gab eine Gründungsjreshauptversammlung und der Maschinenring will durch die Fusion noch intensiver für die Bäuerinnen und Bauern zur Verfügung stehen. Früher hat man im Maschinenring vielleicht nur eine Agrarfachkraft gehabt, und jetzt sind es dann drei oder vier Leute für diesen Bereich. Durch diese Fusion entsteht ein schlagkräftiger Maschinenring Salzkammergut.

KR Walter Scheibenreif:

Auch ich darf dir, liebe Präsidentin, ganz herzlich zu deiner Wahl gratulieren und freue mich in deinem Team mitzuarbeiten. Wir haben gerade 100 Jahre Bauernbund gefeiert und ich bin stolz darauf. Das ist Nachhaltigkeit, die die Bäuerinnen und Bauern gebraucht haben und die sie beim Bauernbund haben.

Zum Einheitswert: Ich bin jetzt seit 20 Jahren bei den Erhebungen für den Grünen Bericht dabei. Mir kommt fast so vor, dass der UBV noch nicht begriffen hat, was es bedeutet, dass man den Einheitswert erhalten hat können. Ich sehe ganz genau in meinen Aufzeichnungen, was ich ansonsten an Einkommensteuer bezahlt hätte und was ich mir gespart habe, weil ich die betrieblichen Einkommen ja genau weiß. Es wird davon gesprochen, dass die Sozialversicherungsbeiträge nicht mehr leistbar sind. Wir haben uns dazu im Bergbauern-Ausschuss im November 2016 angeschaut, wie wir mit den Einkünften und mit den Sozialversicherungsbeiträgen liegen. Dort kam heraus, dass rund ein Viertel des Einkommens für die Sozialversicherung ausgegeben wird. Natürlich gibt es welche die mehr bezahlen und welche die weniger bezahlen. Ich habe mir das auch am eigenen Betrieb angeschaut. In den letzten zehn Jahren zahlten wir durchschnittlich 21,16 Prozent Sozialversicherungsbeiträge. Wenn ich 15 Jahre zurückgehe, dann sind das 19,01 Prozent. Wir haben gerade den Jahresabschluss 2018 bekommen und da betragen die Sozialversicherungsbeiträge 13 Prozent. Es war 2018 ein bisschen ein Ausnahmejahr und dass es uns auch durchbeutelt, das möchte ich überhaupt nicht beschönigen. Aber als Landwirt sind wir Unternehmer und wir haben die Werkstätte unter freiem Himmel. Wir haben Risiken, die uns treffen und die wir nicht beeinflussen können. Bei der von der früheren Regierung vorbereiteten Steuerreform würde tatsächlich eine Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen kommen, der frühere Präsident und KR Franz Graf haben darüber ja auch schon gesprochen. Ich hoffe noch immer, dass es zu dieser Steuerreform kommt. Ich lade wirklich ein, nicht alles immer nur negativ darzustellen. Der Grüne Bericht ist ein wesentlicher Bericht, der die Fakten widerspiegelt und den stellt ihr auch immer wieder in Frage. Ihr müsst euch mit den Fakten auseinandersetzen!

KR Michael Schwarzlmüller:

Die heutige Vollversammlung soll heute unter einem anderen Stern stehen, nämlich der Wechsel an der Kammer Spitze sollte heute im Vordergrund stehen. LR Hiegelsberger hat aufgezeigt, dass der neuen Präsidentin vom UBV nicht gratuliert worden ist. Ich habe Verständnis für euch vom UBV, denn wenn ihr sie nicht wählt könnt ihr ihr auch nicht gratulieren. Ich habe sie gewählt und deswegen möchte ich dir, liebe Frau Präsidentin, seitens der SPÖ-Bauern ganz herzlich gratulieren und die Zusammenarbeit anbieten. Wir haben beim Fraktionengespräch sehr vernünftig gesprochen und wir haben keine Forderungen oder Bedingungen für die Wahl gestellt. Man soll der neuen Präsidentin Vorschusslorbeeren geben und dann sehen wir wie die Zusammenarbeit auch passt. Mein Angebot und das Angebot der SPÖ-Bauern gilt und wenn du dieses Angebot annimmst, würde es mich freuen.

Ihr vom UBV verlangt von ihr einen neuen Weg zu gehen aber ihr kennt sicher das Sprichwort: „Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus!“ Was heute von euch an Aussagen gefallen ist, ist unter der Gürtellinie. Der scheidende Präsident Franz Reisecker hat es nicht verdient, dass er als Sterbebegleiter für die Bauern bezeichnet wird. Das ist wirklich beschämend.

Zur gestrigen Arbeitstagung: Ich habe schon seit 36 Jahren einen vollautomatischen Stall ohne Digitalisierung, denn, wenn ich nicht in den Stall gehe, geht automatisch meine Frau.

KR Mag. Daniela Burgstaller:

Ich finde es schade, dass heute Elfriede Hemetsberger nicht da ist, denn wenn eine Frau in ein so ein hohes Amt gehoben wird, wäre es schön gewesen, dass sie dabei gewesen wäre. Auch das ist ein Zeichen des UBV. Bitte richtet ihr zu ihrem Kommentar folgendes aus: Dass von ihr gleich so eine Kritik kommt, bevor man miteinander spricht und bevor man sich das erste Mal überhaupt miteinander unterhält, hätte ich nicht erwartet. Ich finde das beschämend und charakterlos. Gerade von einer Frau finde ich solche Worte sehr schlimm. Frau KR Hemetsberger agiert in ihrem Kommentar in Bezug auf die neue Präsidentin wie jemand, der einem bei einer Begegnung bei der Haustür noch vor dem Grüßen schon sicherheitshalber mit der Faust draufschlägt. Dieser Kommentar ist unter der Gürtellinie.

Neubestellung Ortsbauernausschussmitglied

Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger:

Vom UBV wird die Bestellung von zwei Mitgliedern für den Ortsbauernausschuss St. Stefan-Afiesl vorgeschlagen:

Lindorfer Thomas, geb. 15.10.1989, Köckendorf 17, 4184 Helfenberg

Anzinger Hugo, geb. 17.10.1953, Oberafiesl 8, 4170 Haslach

(Keine weitere Wortmeldung)

Abstimmung über diesen Antrag:

Einstimmige Annahme

Resolutionsanträge:

1. Antrag des OÖ Bauernbundes:

„Glyphosat-Totalverbot im Sinne von EU-Rechtskonformität, Verhältnismäßigkeit und Wettbewerbsfähigkeit überdenken

Der Antrag lautet wie folgt:

„Glyphosat-Totalverbot im Sinne von EU-Rechtskonformität, Verhältnismäßigkeit und Wettbewerbsfähigkeit überdenken

Ein am 12. Juni 2019 in den Nationalrat eingebrachter Fristsetzungsantrag der SPÖ für ein Glyphosat-Totalverbot sorgt für Verunsicherung in der Bauernschaft. Die Zulassung des Wirkstoffes Glyphosat wurde im Herbst 2018 von der EU-Kommission für fünf Jahre bis Ende des Jahres 2022 verlängert. Vorausgegangen ist eine intensive und lange Diskussion. Die mit der Bewertung des Wirkstoffes auf EU-Ebene befassten Behörden (EFSA-Europäische Lebensmittelagentur und BfR, Deutsches Bundesinstitut für Risikobewertung) haben nach kritischer Prüfung aller vorliegenden Studien eine Zulassung befürwortet. Experten wie der Europarechtsexperte Univ.-Prof. Dr. Walter Obwexer sehen ein nationales Totalverbot mit dem geltenden Unionsrecht nicht vereinbar.

Gezielte Einschränkungen des Glyphosateinsatzes denkbar

In Österreich wird in Kürze eine von der letzten Bundesregierung in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie zum Glyphosatausstieg fertiggestellt. Ohne diesen Ergebnissen vorgreifen zu wollen, kann sich die Landwirtschaft aber bereits jetzt vorstellen, dass gezielte Einschränkungen in der Anwendung (auch im nicht landwirtschaftlichen Bereich, wie auf öffentlichen Flächen oder in der Nähe von Krankenanstalten und Kindergärten) gemacht werden.

In Österreich wird Glyphosat auf weniger als 1 Prozent der Ackerfläche eingesetzt. Es kommt niemals mit dem späteren Erntegut in Berührung. Es wird dort verwendet, wo der Bauer auf das Pflügen bewusst verzichtet, um den Boden vor Erosion zu schonen und den Humusgehalt aufzubauen. Konkret ist der Einsatz in der Landwirtschaft dann notwendig, wenn vor dem Auflaufen der Saat unkrautfreie Flächen wichtig sind, hartnäckige Unkräuter anders kaum zu bekämpfen sind oder im Sinne des Bodenschutzes die Mulch- oder Direktsaat für Erosionsvermeidung bei Starkregen oder Wind nützlich sind. Ein völliger Verzicht ist folglich schwierig, ohne die positiven Effekte dieser Maßnahmen wieder zunichte zu machen.

Totalverbot gefährdet Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Lebensmittelproduktion

Konsequenterweise müssten bei einem nationalen Glyphosatverbot auch alle mit Glyphosat produzierten importierten Lebensmittel aus den heimischen Regalen verbannt werden. Ansonsten ginge das Verbot einseitig zulasten der inländischen Lebensmittelproduktion und würde eine unverhältnismäßige Wettbewerbsverzerrung darstellen.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert die im Nationalrat vertretenen Parteien auf, vom Plan eines unverhältnismäßigen und EU-rechtswidrigen Glyphosat-Totalverbots Abstand zu nehmen.

gez. Grabmayr, Lehner“

KR ÖR Ing. Reinhart Lehner:

Liebe Frau Präsidentin, ich habe dich sehr gerne gewählt, auch weil du versprochen hast, dich für alle Betriebszweige einzusetzen und du für alle da sein möchtest, egal ob sie konventionell oder biologisch wirtschaften.

Zum Totalverbot: Ein am 12. Juni in den Nationalrat eingebrachter Fristsetzungsantrag der SPÖ für ein Glyphosat-Totalverbot sorgt für Verunsicherung in der Bauernschaft. Die Zulassung des Wirkstoffs Glyphosat wurde im Herbst 2018 von der EU-Kommission für fünf Jahre – das ist bis Ende 2022 – verlängert. Vorausgegangen ist eine intensive und lange Diskussion mit der Bewertung des Wirkstoffes durch auf EU-Ebene befassende Behörden und Experten. Es wurde die Zulassung bis 2022 befürwortet.

In Österreich wird in Kürze eine von der letzten Bundesregierung in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie zum Glyphosat-Ausstieg fertiggestellt. Ohne diesen Ergebnissen vorgreifen zu wollen, kann sich die Landwirtschaft aber bereits vorstellen, dass gezielte Einschränkungen in der Anwendung auch im nichtlandwirtschaftlichen Bereich gemacht werden. Glyphosat wird in Oberösterreich im landwirtschaftlichen Bereich nur mehr in zwei Bereichen eingesetzt, das sind erstens die Mulchsaaten im Frühjahr vor Zuckerrübe und Soja und fast nicht mehr im Mais. Der zweite Bereich betrifft die Bekämpfung der Wurzelunkräuter auf den abgeernteten Feldern, hier noch nur mehr punktuell. Die Anwendung reduzierte sich im letzten Jahr um fast ein Viertel. Bei einem Wegfall der Zulassung sehen wir folgendes Szenario: Die Gefahr eines starken Rückgangs der ÖPUL-Maßnahme Mulchsaat und damit verbunden ein massiver Einbruch an der Teilnahme „Begrünung“ vor dem Anbau von Zuckerrübe und Soja. Man hat in den letzten drei Jahren gesehen, dass durch die trockenen und heißen Frühjahrsmonate nur mehr auf zwei, drei oder vier Zentimeter Tiefe gearbeitet wird, um den Wasservorrat aus den Wintermonaten zu erhalten. Wenn ich mit der Kreiselegge nur mehr mit 3 Zentimeter Tiefe über das Feld fahre, werden Unkräuter wie zB die Kamille, die sehr große Wurzelstöcke hat, nur mehr geköpft. Diese Unkräuter sind in Zuckerrübe und Soja später mit nichts mehr bekämpfbar. Die Folge wird sein, dass keine Begrünung vor diesen Kulturen angebaut wird oder es wird im Sommer zwar noch

angebaut, aber spätestens Mitte November wird der Pflug wieder zum Einsatz kommen. Ein Problem wird bei einer Maßnahme auftreten, die bisher wirklich großartig gegriffen hat, nämlich beim Erosionsschutz zur Vermeidung von Bodenverlust bei extremen Niederschlagsereignissen.

Das Totalverbot gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Lebensmittelproduktion. Konsequenterweise müssten bei einem nationalen Glyphosatverbot auch alle mit Glyphosat produzierten und importierten Lebensmittel und Produkten aus den heimischen Regalen verbannt werden. Ich denke hier zB an verschiedene Schokoladeprodukte wie Mars, Nuts, Snickers und vieles andere mehr. Diese Produkte enthalten Sojalecithin und Sojaweiß aus GVO-freiem Soja- oder auch aus GVO-Soja. Es wird auch nicht geachtet, ob das verarbeitete Soja nicht mit Glyphosat behandelt wurde. Der Großteil der Inhaltsstoffe dieser Produkte kommt aus Südamerika. Dort wird eine vielfache Aufwandmenge dessen ausgebracht, was in Österreich erlaubt ist und verwendet wird. In Österreich wird Glyphosat auf weniger als einem Prozent der Ackerfläche eingesetzt und es kommt zum Unterschied von Soja aus Südamerika niemals mit dem späteren Erntegut in Berührung. Ein großer Einsatzbereich von Glyphosat ist auch in der Baumwollproduktion für Kleidung, Verbandsmaterial, Kosmetik, Windeln und viele Hygieneprodukten. Diese Produkte müssten konsequenterweise alle aus den Regalen verschwinden, aber wir halten es so wie bei den Kartoffeln: Es wird in Österreich verboten die Kartoffeln mit irgendetwas zu behandeln, jedoch importieren wir über Monate aus Ägypten oder Israel die Kartoffeln. Niemand prüft, mit welchen Standards dort produziert wurde. In gleicher Weise ginge das Verbot von Glyphosat einseitig zu Lasten der inländischen Lebensmittelproduktion und würde eine unverhältnismäßige Wettbewerbsverzerrung darstellen. Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert die im Nationalrat vertretenen Parteien auf, vom Plan eines unverhältnismäßigen und EU-rechtswidrigen Glyphosat-Totalverbots Abstand zu nehmen.

KR ÖR Karl Keplinger:

Es freut mich, dass ihr unsere Vorschläge übernommen habt. Wir können dem nur zustimmen.

KR Clemens Stammer:

KR Lederhilger, bei deiner Eiweißrechnung solltest du fairnesshalber dazusagen, dass in dieser Grundfutterrechnung logischerweise auch das Grünlandeiweiß miteingerechnet ist. Ich finde das immer sehr spannend, wenn man ordentlich wirtschaftende Milchkuhhalter mit wenig Kraffuttereinsatz braucht als Rechengröße für die Schweinemäster, damit die Rechnung wieder stimmt. Rechne mit den Daten aus deinem Stall, dann kommst du hier auf ganz andere Zahlen. Ich glaube, dass es nicht legitim ist, alles in Bausch und Bogen zu behandeln. Genauso ist es bei Glyphosat. Klar ist der enorme Glyphosateinsatz in Baumwollfeldern in Ägypten schlimm, es rechtfertigt aber das eine das andere nicht. Bitte streut den Bauern nicht Sand in die Augen! Die Diskussion wird ohnehin nicht abreißen, die Frage ist immer: Wer hat den Fuß als erster in einer innovativen Produktion? Und genau das können wir in Österreich. Wettbewerbsfähigkeit werden wir mit unserer Topographie und unseren Betriebsgrößen nicht erreichen, auch wenn

das ein Wunschgedanke für viele ist. Es wäre viel klüger, Forschung treibende Stellen vom Landwirtschaftsministerium mit Mitteln auszustatten, um Alternativen auch im biologischen Landbau und im integrierten Landbau zu erforschen. Das macht viel mehr Sinn, als an Technologien festzuhalten von denen wir schon wissen, dass bei ihnen in einem anderen Kontinent ein Schadenersatzprozess nach dem anderen bei Gericht verloren wird. Wir können jetzt zwar noch an Glyphosat festhalten, aber irgendwann wird der Hersteller Bayer sagen, dass er es vom Markt nehmen wird, weil er sich die Kosten der Gerichtsverfahren nicht mehr leisten kann.

KR Michael Schwarzmüller:

Was mich bei der Debatte aufregt ist die Schlagzeile: „Wahrscheinlich krebserregend“. Ist Glyphosat jetzt krebserregend oder nicht? Freilich wurde der Wirkstoff von der EU für fünf Jahre verlängert, aber warum wurde es nicht gleich für zehn Jahre verlängert? Bei dem einen Prozent, wo es jetzt noch eingesetzt wird, müsste man es zusammenbringen, ohne Glyphosat auszukommen. Bei dieser Resolution können wir nicht mitgehen.

KR Norbert Ecker:

Ich bin überzeugt, dass das Thema Glyphosat auch ein Ende hat, weil es einfach totgefahren wurde. Ich möchte noch ein paar Querinformationen geben: Dieses eine Prozent betrifft Flächen, die die Betriebe sehr notwendig brauchen. Es sind Flächen, die meistens nicht in der Ebene sind. Betriebe machen heuer sehr viele Biodiversitätsflächen und Greeningflächen und zwar chemiefrei, weil es dort nicht mehr erlaubt ist. Die größten Erosionsschäden haben wir bei Soja und auf gehackten Greeningflächen, wenn dort Starkregenereignisse auftreten. Was ist nachhaltiger? Wenn wir Glyphosat auf die Flächen aufbringen, die leider nicht anders zu bewirtschaften sind, oder wenn wir sonst massive Erosionsschäden in Kauf nehmen? Ich bin überzeugt, dass wir aufgrund der Forschung mit „field robots“ das Thema Glyphosat bald nicht mehr diskutieren brauchen. Es soll jetzt nicht der Eindruck entstehen, dass wir an etwas festhalten wollen, was ein totgerittenes Pferd ist. Es geht darum, dass wir uns nicht selbst beschneiden, wenn wir nicht gleichzeitig die Gewähr haben, dass der Import von mit Glyphosat erzeugten Waren auch gestoppt wird. Das ist unser Zugang. Wir sind für ganz massive Einschränkungen, für dementsprechende Mulchsaaten in Hanglage, für die Einschränkung der Punktbekämpfung im Grünland, für Neophytenbekämpfung und dementsprechend für stockräumende Kulturen im Dauerkulturbereich. Wir sind auch für ein Verbot, aber mit Ausnahme dieser drei vorhin angesprochenen Wirkungsbereiche. Es gehört die Forschung maßgeblich weiterentwickelt und es gibt sehr viele gute Ansätze auch hier im Haus mit der Boden- und Wasserschutzberatung. Eine Zahl möchte ich noch nennen: Es gibt ein Braugerstenmonitoring in ganz Österreich über die letzten drei Jahre. Letztes Jahr wurde jede angelieferte Charge der Braugerste Österreichs auf Glyphosat untersucht und es ist höchst erfreulich, dass keine einzige Probe positiv war. Darauf können wir sehr stolz sein.

KR Alois Ganglmayr:

Bei einem Totalherbizidverbot, das von KR Stammler angeregt wird, muss man bedenken, dass wir zB auch Christbaumkulturen haben. Die Wettbewerbsverzerrung ist viel zu groß, wenn wir ein Totalherbizid von Glyphosat machen. Wenn das Glyphosat krebserregend ist und es ist das bewiesen, dann wäre ich auch für ein Glyphosatverbot, jedoch in der ganzen EU und auf dem gesamten Lebensmittelmarkt. Es kann nicht sein, dass wir nicht einmal die Sikkation haben und andere Länder haben die Sikkation und bringen dann die Lebensmittel nach Österreich. Das ist doch nicht sachlich fundiert! Das muss man dem Konsumenten erklären. Wir werden diesem Antrag zustimmen.

Abstimmung über diesen Antrag:**Ja-Stimmen von BB, UBV, FB****Gegenstimmen von SPÖ und Grüne****Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.****2. Antrag des Unabhängigen Bauernverbandes:****„Dokumentation des Inhalts von Beratungsgesprächen“**

Der Antrag lautet wie folgt:

„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer fordert das Präsidium und die Leitung der Landwirtschaftskammer auf, den Inhalt/Gegenstand von Beratungsgesprächen der Landwirtschaftskammer nicht zu dokumentieren.

gez. Keplinger, Winklehner, Wimmesberger, Hemetsberger, Großpötzl“

KR ÖR Karl Keplinger:

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer fordert das Präsidium und die Leitung der Landwirtschaftskammer auf, den Inhalt/Gegenstand von Beratungsgesprächen der Landwirtschaftskammer nicht mehr zu dokumentieren und zwar deshalb, weil der scheidende Präsident Reisecker gesagt hat, er könne nicht garantieren, dass diese Inhalte doch an die Öffentlichkeit geraten. An die Bezirksstellen werden diese Inhalte weitergegeben und ich glaube, unseren Kammermitgliedern kann man das nicht zumuten. Es haben sich auch schon Kammermitglieder darüber beschwert, dass andere erfahren, dass sie wegen bestimmter Anliegen eine Beratung durch die Kammer in Anspruch genommen haben. Es genügt, dass man dokumentiert, wer beraten worden ist und wie lange, aber es muss nicht unbedingt sein, dass der Inhalt dokumentiert wird. Ich habe es selbst erlebt: Ihr habt ja gerade selbst behauptet, wie unverschämt der UBV agiere. Ihr vom Bauernbund seid diejenigen, die so agieren. Das erlebe ich schon jahrelang. Es ist euch völlig egal, ob das, was ihr verbreitet, stimmt oder nicht.

Und dann regt ihr euch auf, wenn ihr eine Zustimmung nicht bekommt oder wenn ihr einmal die Wahrheit erfährt. Es wird über Familienmitglieder, die damit überhaupt nichts zu tun haben, vom Bauernbund etwas schlecht gemacht. Bis vor ein paar Wochen habe ich es in diesem Haus erlebt, dass Sachen weitergegeben werden und dass ihr euch mehr um Gegner kümmert, als um die eigenen Mitglieder.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Lieber KR Keplinger und ich adressiere das gleich an den ganzen Unabhängigen Bauernverband: Es passt ganz genau in die Abfolge der heutigen Sitzung, und es wurde heute schon mehrmals zum Ausdruck gebracht: Was sich hier in der Vollversammlung abspielt ist auf sehr niedrigem Niveau einzustufen. Dann wird noch ein Antrag formuliert, der an grundsätzlichen Dingen rüttelt, die in einem Dienstleistungs- und Beratungsunternehmen überall Standard sind, nämlich, dass Leistungen dokumentiert werden. Wir als Landwirtschaftskammer Oberösterreich unterliegen dem Datenschutzrecht und wir nehmen das wirklich sehr ernst. Ihr stellt euch dann her und behauptet, dass die Landwirtschaftskammer ganz leichtfertig Daten preisgebe. Bitte nenne mir die Adressen und die Namen, die dich anrufen und so etwas behaupten. Für mich gehört es zur Grundpraxis in einem Beratungsunternehmen, dass der Inhalt dokumentiert wird. Wenn ein Herr Keplinger oder sonst jemand bei uns eine Beratung in Anspruch nimmt, wird der Inhalt dokumentiert. Selbstverständlich ist, dass das mit einer großen Vertraulichkeit behandelt wird. Deine Behauptungen sind ein Affront gegen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und gegen die gesamte Landwirtschaftskammer. Auch in der Bildungs- und Beratungsfinanzierung ist die Dokumentation die Grundlage für den Erhalt öffentlicher Gelder. Wenn wir deine Forderungen umsetzen, dann entziehen wir diese Grundlage und dann ist aber das Geld auch weg. Der Antrag geht genau in diese Richtung und rüttelt an den Grundfesten eines Beratungsunternehmens. Unsere Fraktion wird diesen Antrag ablehnen.

Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger:

Unser Haus unterliegt der Datenschutzgrundverordnung. Die Landwirtschaftskammer Oberösterreich geht sehr streng und sehr restriktiv mit Daten um.

KR LAbg. ÖR Ing. Franz Graf:

Wenn hier offensichtlich aufgezeigt wird, dass es Probleme bei der Datenweitergabe in den Bezirksstellen gab und etwas an die Öffentlichkeit gelangt ist, dann muss man zumindest über die Weitergabe der Daten an die Bezirksstellen diskutieren. Das Vertrauen in den Datenschutz ist weitgehend vorhanden. Dieses Vertrauen käme aber schnell abhanden, wenn man hier Probleme hätte. Jetzt zu meinen, die Dokumentationspflicht sei nicht erlaubt, das geht natürlich nicht. Das geht schon alleine wegen des Gewährleistungsrechts nicht. Wenn ein Gespräch stattgefunden hat, muss es dokumentiert werden. Über die Weitergabe muss man – falls das öfters vorkommt – aber diskutieren.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Wir sind ein Beratungsunternehmen, da zählen alle unsere Dienststellen zu diesem einen Unternehmen dazu. Natürlich kann auch von den Dienststellen auf diese Beratungsdaten zugegriffen werden, und zwar nur von jenen Beratern, die in den jeweiligen Beratungsfall involviert sind. Das ist nachvollziehbar. Wenn jemand ein zweites, drittes oder viertes Mal zu einem Beratungsgespräch kommt, dann muss man auch Einblick haben, was in den vorigen Gesprächen beraten wurde. Unser Datenschutz ist sehr streng. Ich weiß nicht, wo eure Vorwürfe herkommen. Wenn es wirklich irgendwo zu einer Datenweitergabe gekommen ist, dann ersuche ich um Bekanntgabe des Falls und des Betroffenen, damit wir uns das im Sinne des Datenschutzrechts ganz genau ansehen können.

Abstimmung über diesen Antrag:

Ja-Stimmen von UBV

Gegenstimmen von BB, FB, SPÖ und Grüne

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

**3. Antrag des Unabhängigen Bauernverbandes:
*„Kinderbonus für pauschalierte Landwirte“***

Der Antrag lautet wie folgt:

„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer fordert die Bundesregierung und alle Nationalratsabgeordneten (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Neos und JETZT) auf, den Kinderbonus auch für pauschalierte Landwirte zu gewähren.

gez. Keplinger, Winklehner, Wimmesberger, Hemetsberger, Großpötzl“

KR Klaus Wimmesberger:

(KR Wimmesberger verliest den Text des Antrages).

Bäuerinnen bekommen vom Kinderbonus nur ganz wenig. Wenn ich den Kinderbonus als Lehrer beantrage, bekomme ich an Kinderbonus für drei Kinder im Monat 291 Euro netto mehr. Das ist eine unglaubliche Summe! Wenn meine Frau als Bäuerin den Kinderbonus beantragt hätte, wären das zwischen 400 und 500 Euro im Jahr gewesen. Mehr ist es nicht. Wir sind auch Leistungsträger in der Gesellschaft. Da hat die SPÖ sicher recht, es fallen wieder sehr viele Leistungsträger durch den Rost und das wollen wir ändern.

KR Alois Ganglmayr:

Der Kinderbonus Plus wurde auf die Lohn- und Einkommensteuer bezogen. Es wird jedem pro Kind 1.500 Euro Steuer rückerstattet. Wenn der Kinderbonus nach dem Steuersystem und den bezahlten Steuern berechnet wird, dann ist natürlich durch einen, der keine Einkommensteuer zahlt, nichts oder zumindest nicht der hohe Betrag zu holen. Es gibt mit dem Kinderabsetzbetrag eine Art Negativsteuer, dh auch die, die keine Steuern bezahlen bekommen den Absetzbetrag (derzeit 58,40 Euro pro Kind und Monat). Wir sind auch für die Bauern da und ich hätte es gerne auch in meiner eigenen Partei gesehen, dass man den Familienbonus nicht auf die Lohn- oder Einkommensteuer bezieht. Der Familienbonus sollte nicht davon abhängen, wie viele Kinder man hat oder wie die Höhe des Familieneinkommens ist. Ich sehe das grundsätzlich anders. Nur wir haben hier eine gesetzliche Grundlage. Die Frage ist, wie man dann mit einer Nichtbäuerin umgeht, die alleinerziehende Mutter ist und 20 Stunden pro Woche arbeitet. Sie bezahlt sicher keine Lohnsteuer und dann müsste man dieser Frau das genauso geben. Ich glaube, ihr macht es euch mit den Anträgen ein bisschen zu einfach. Ihr schreibt in euren Antrag keine konkrete Höhe hinein. Wenn ich eine Negativsteuer von 400 Euro habe, gilt das dann auch schon als Kinderbonus? Ich erwarte mir in den Anträgen mehr Präzision und mehr Ehrlichkeit. Wenn wir dann gegen diese Anträge stimmen, weil sie sachlich nicht richtig fundiert sind, dann heißt es von eurer Seite, dass die Freiheitlichen Bauern gegen die Bauern und die bäuerlichen Familien sind. Ich hoffe, dass das nicht wieder so dargestellt wird, darum wiederhole ich mich hier noch einmal: Ich möchte gerne, dass jedes Kind in Österreich 1.500 Euro Familienbonus bekommt und das soll nicht auf eine Lohn- oder Einkommensteuer bezogen sein.

KR Mag. Daniela Burgstaller:

Ich schließe mich den Ausführungen von KR Ganglmayr an. Wie ich diesen Antrag gelesen habe, habe ich mir gedacht, dass ihr nicht verstanden habt, um welches System es sich handelt. Es ist der Familienbonus keine Reduktion der Steuerbemessungsgrundlage, sondern eine Reduktion der tatsächlich bezahlten Steuer. Wir wissen alle, dass wir zur Einkommensteuer relativ wenig beitragen, sobald wir in der Vollpauschalierung sind. Es geht um die Einkommensteuer und nicht um die Sozialversicherung! Wenn ich keine Einkommensteuer bezahle, von welcher Steuer ziehe ich dann das ab? Wenn ich weniger als 1.500 Euro Einkommensteuer bezahle, dann wird auch der entsprechende Betrag angerechnet. Jeder Landwirt bekommt diesen Kinderbonus, sobald er Einkommensteuer zahlt. Jeder Nebenerwerbsbauer und jeder vollpauschalierte Bauer bekommt diesen Kinderbonus, wenn er Einkommensteuer bezahlt. Euer Antrag ist obsolet, denn die gesetzliche Grundlage ist ja vorhanden. Was sollen wir dann noch beantragen? Dieser Antrag ist Zeitverschwendung.

KR Clemens Stammner:

Das einzige was diese Debatte aussagt ist, dass das Steuer- und Entlastungspaket verhunzt ist und zwar, weil – wie angeführt – die alleinerziehende Mutter leer ausgeht oder benachteiligt wird. Wenn beide Partner arbeiten gehen und ein Nettoeinkommen pro Ehepartner von ca. 1.800 Euro bekommen, dann werden diese relativ gut bedient. Der Familienbonus ist ungerecht,

aber nicht nur für Bauern. Es gibt Personen, die werden noch viel mehr gestraft. Es sind immer diese tollen Errungenschaften der früheren Regierung, wo sich im Nachhinein herausstellt, dass diese aus der Hüfte geschossen wurden und wir jetzt eine Expertenregierung benötigen, damit diese Entscheidungen wieder repariert werden.

KR ÖR Karl Keplinger:

Es hat mich die Wortmeldung des Bundeskanzlers Kurz gefreut, der gemeint hat, alle, die viel arbeiten, sollten entlastet werden. Da gehören die Bauern doch dazu. Ich bin enttäuscht von der Wortmeldung von KR Burgstaller. Steuern kann man nur zahlen, wenn man viel verdient. Leider drücken uns auch die Handelsabkommen den Preis, jene Handelsabkommen, die nach deinen Ansichten ja so gut sind. Wir würden gern mehr Steuern zahlen. Es geht halt nicht, derzeit mehr Einkommen zu erwirtschaften. KR Ecker, du sollst einmal den Stierbauern erklären, wie sie ihr Einkommen erwirtschaften sollen. Sie verdienen derzeit nichts. KR Ganglmayr, du gehörst hier im Haus zu den wohlhabenden Kammerräten. Daher wird es wohl so sein, dass du Steuern bezahlst. Du hättest vielleicht mehr Kinder gebraucht, dann würdest du auch mehr an Familienbonus haben. Wir als UBV vertreten die Bauern. Für die Vertretung der Interessen der Alleinerziehenden oder Unselbständigen ist ohnedies die Arbeiterkammer da. Die fordern dies ohnehin, unsere Aufgabe ist das nicht. Unsere Aufgabe ist es, dort aufzuzeigen, wo ein Missstand entstanden ist und wo wir Änderungen einfordern müssen. Wenn man gewillt ist, den Bauern hier etwas zukommen zu lassen, dann muss das halt im Nationalrat entsprechend behandelt und umgesetzt werden. Wir möchten, dass die 1.500 Euro pro Kind auch die Bauern bekommen.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Wir sitzen alle hier in der Vollversammlung, um für die Anliegen der Bäuerinnen und Bauern einzutreten. Wir sind aber alle miteinander gefordert, die Anträge so zu formulieren, dass sie fachliche und rechtliche Grundlagen haben. Das hat dieser Antrag mit Sicherheit nicht. Man muss hier wirklich sagen, dass das System nicht verstanden wurde.

Christian Kernecker:

Nach meinem Empfinden ist es in der Landwirtschaft so, dass etwa 80 Prozent der Landwirte auch bei einer Einnahmen-Ausgaben-Rechnung oder einer Buchhaltung anstelle des pauschalen Systems keine Einkommensteuer bezahlen würden. Bitte rechnet einmal nach, wie sich das darstellt. Ich halte es für eine Abwertung, dass der Kinderbonus nur jenen gewährt wird, die Steuern bezahlen. Damit werden die Kinder abgewertet und es werden Frauen beleidigt. Ein Kind ist gleich viel wert unabhängig davon, ob und wieviel die Eltern Einkommensteuer bezahlen oder nicht.

Abstimmung über diesen Antrag:

Ja-Stimmen von UBV, Grüne

Gegenstimmen von BB, FB und SPÖ

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

**4. Antrag des Unabhängigen Bauernverbandes:
„Steuer-, Abgaben und Beitragsbefreiung für Betriebe mit Forstschäden“**

Der Antrag lautet wie folgt:

„Die Vollversammlung fordert das Finanzministerium und alle Nationalratsabgeordneten (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Neos und JETZT) auf, Betriebe mit forstwirtschaftlichen Flächen die durch Sturm, Schneedruck und Schädlinge geschädigt wurden, diese Waldgrundstücke von Steuern und Abgaben sowie der Sozialversicherungsbeitragspflicht zu befreien. Dabei ist festzuhalten, dass die Beitragsreduktion bei der SVS keine Auswirkung auf die Pensionshöhe des Pflichtversicherten haben darf.

gez. Keplinger, Winklehner, Wimmesberger, Hemetsberger, Großpötzl“

Christian Kernecker:

(Herr Kernecker verliest den Text des Antrages).

Man weiß, dass die Situation im Wald problematisch ist. Wenn man heute so enorme Schäden im Wald hat weiß man genau, dass auf die nächsten 70 Jahre das Einkommen geschädigt ist. Man muss jetzt das geschlägerte Holz nach diesem Schaden verkaufen und man bekommt kaum die Bringungskosten. Noch dazu muss man wieder aufforsten und der Wald leistet einen großen Beitrag zur CO₂-Reduktion. Die Allgemeinheit schuldet uns meines Erachtens auch diese Gegenleistung dafür.

KR Dominik Revertera:

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, dir liebe Michaela nicht nur im Namen der Land- sondern auch der Forstwirtschaft ganz herzlich zu gratulieren. Die Dramatik der Situation ist unbestritten. Umso mehr ist es notwendig, mit den vorhandenen Mitteln entsprechend sorgsam umzugehen. Im Vergleich zur Landwirtschaft bekommt der Forst traditionell nur einen Bruchteil. Aufgrund der rechtlichen Aussichtslosigkeit dieses vom UBV formulierten Antrages müssen wir diesen leider ablehnen. Es hat überhaupt keinen Sinn etwas zu fordern, was schlicht und einfach rechtlich nicht möglich ist. Dafür gibt es einen Antrag, den heute vorliegenden Dringlichkeitsantrag des Bauernbundes, der durchaus Aussicht auf Durchsetzung hat. Er hat deshalb Aussicht auf Durchführung, weil es um den Katastrophenfonds geht. Trotz der Bemühungen, die alle Waldbesitzer im vergangenen Jahr unternommen haben, haben wir auch 2019 ein extremes Borkenkäferproblem. Der Holzmarkt kann das Schadholz so nicht mehr aufnehmen, ein massiver Preisverfall ist die Folge. Für Sturmereignisse und Schneebruchschäden gibt es aus den Mitteln des Katastrophenfonds Zuschüsse, jedoch für Schäden durch Borkenkäfer bisher nicht. Eine Entlastung für die Forstwirtschaft würde die Wertfortschreibung bringen, vor allem

für Betriebe deren forstlicher Einheitswert um mehr als zehn Prozent gestiegen ist. Viele Wälder sind derzeit praktisch wertlos bzw. erst in der zweiten bzw. dritten Generation der Eigentümer wieder mit einem entsprechenden Einkommen nutzbar. Die Änderungen im Katastrophenfonds wird und wurde gefordert, fand jedoch bisher keine Mehrheit. Aufgrund der Tagung des Fachbeirates der Landwirtschaftskammer Österreich, die vor zwei Tagen stattgefunden hat und bei der die Borkenkäferproblematik ausführlich behandelt wurde, wird ein Dringlichkeitsantrag seitens unserer Fraktion gestellt, um Mittel aus diesem Katastrophenfonds freizumachen. Ich bitte unseren Dringlichkeitsantrag zuzustimmen.

Abstimmung über diesen Antrag:

Ja-Stimmen von UBV, FB und Grüne

Gegenstimmen von BB und SPÖ

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

5. Antrag des Unabhängigen Bauernverbandes:

„Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln in der öffentlichen und privaten Gemeinschaftsverpflegung“

Der Antrag lautet wie folgt:

„Die Vollversammlung der OÖ Landwirtschaftskammer fordert alle Nationalratsabgeordneten (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Neos und JETZT) und das Sozialministerium auf, die Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln nach dem französischen Vorbild zu beschließen und umzusetzen. Eine klare und durchgehende Herkunftskennzeichnung in der öffentlichen, wie auch in der privaten Gemeinschaftsverpflegung muss umgehend verpflichtend werden, um den Konsumenten die notwendige Sicherheit und Fairness zu gewähren.

gez. Keplinger, Winklehner, Wimmesberger, Hemetsberger, Großpötl“

KR Hannes Winklehner:

Eine entsprechende Herkunftskennzeichnung soll endlich einmal durchgesetzt werden, wir brauchen das ganz dringend! Der Freihandel wird immer mehr. Den Medien entnimmt man, dass die Verhandlungen bei Mercosur schon weit fortgeschritten sind. Es ist unabdingbar, dass wir nicht weiter auf eine Herkunftskennzeichnung nur warten. Die Grenzwerte nach dem französischen Modell ab acht Prozent Fleischanteil und ab 50 Prozent Milchanteil bei be- und verarbeiteten Produkten sollen eingehalten werden. Das muss allerdings für alle Lebensmittel gelten, die in Österreich verkauft werden, unabhängig davon, wo die Be- und Verarbeitung geschieht. Aufgrund des ständig zunehmenden Freihandels ist eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung unverzichtbar. Nur damit können wir auch den aktiven Bauern und den

Konsumenten den entsprechenden Schutz einräumen. Ein unfairer Freihandel auf dem Rücken der Bauern ist verantwortungslos. Er ruiniert unsere regionale Lebensmittelproduktion, schädigt das Klima, ständig steigende Exporte und Importe sind dafür ja verantwortlich. Entscheiden wir für unsere wichtigste Lebensgrundlage, gesunde Luft, Wasser und Lebensmittel. Es gilt, dies zum Wohle unserer Kinder zu erhalten. Ich hoffe, ihr stimmt diesem Antrag zu. Die Grenzwerte nach dem französischen Modell sollen dann entsprechend umgesetzt werden. Das ist für uns ganz besonders wichtig.

Abstimmung über diesen Antrag:

Einstimmige Annahme

6. Antrag des Unabhängigen Bauernverbandes:

„Erhöhung der Tierwohl-Prämie für Rinder und Schweine auf 300 Euro pro GVE“

Der Antrag lautet wie folgt:

„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer fordert den Finanz- und Landwirtschaftsminister sowie alle Nationalratsabgeordneten (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Neos und JETZT) auf, die Tierwohl-Prämie für Rinder und Schweine auf 300 Euro pro GVE zu erhöhen.

gez. Keplinger, Winklehner, Wimmesberger, Hemetsberger, Großpötzl“

KR ÖR Johann Großpötzl:

Ich bedanke mich bei KR Kogler, dessen Meinung ja eine andere ist als die von LR Hiegelsberger ist. Der Landesrat meinte ja bei unseren Wortmeldungen sei nichts Brauchbares dabei gewesen. KR Kogler sieht das anscheinend anders. Das freut mich, wir beide sind durchaus oft einer Meinung.

Mit diesem Antrag wird gefordert, die Tierwohlprämie für Rinder und Schweine auf 300 Euro pro GVE zu erhöhen. Es ist das ein ganz wichtiges Anliegen. Laufend kommen von den Lebensmittelkonzernen Auflagen, die aber nicht abgegolten werden. Fast alle paar Wochen gibt es eine neue Forderung, die ärgste Vorgangsweise kommt von der Firma Spar. Von uns wird alles Mögliche verlangt, etwa beim Thema Glyphosat, bei Importwaren der Firma Spar sind aber sämtliche Auflagen offenbar völlig egal. Die 300 Euro sind wirklich wichtig. Wir müssen dafür sorgen, dass unser Einkommen steigt. Das wäre ein Schritt dazu und dieses Anliegen ist wirklich wichtig. Ich ersuche daher um Zustimmung.

KR Rudolf Mitterbacher:

Grundsätzlich ist es richtig, dass Tierwohlmaßnahmen abgegolten werden müssen. Nur gibt es mehrere Haken, warum der Antrag in dieser Form nicht funktionieren können wird. Es geht hier

um ein Programm der Ländlichen Entwicklung, das muss in der EU ratifiziert werden, und es ist ein laufendes Programm in dieser Finanzperiode. Es ist budgetiert und ratifiziert. Dieses Programm in der laufenden Periode zu ändern geht einfach nicht. Bei jedem Programm muss eine Kalkulation mit Zahlen für den Mehraufwand hinterlegt werden. Diese Kalkulation ist ebenfalls nicht vorhanden. Es muss auch allen klar sein, dass wir uns das selbst zahlen würden. Die Gelder kommen aus dem Topf Ländliche Entwicklung, das ist der Topf der der Landwirtschaft zusteht und diese Gelder gehen dann in einem anderen Bereich ab. Wenn wir diese Leistungen für mehr Tierwohl abgegolten haben wollen, dann muss das der Konsument zahlen, in welcher Form auch immer. Bei eurem Antrag zahlen wir es uns selbst und daher lehnen wir den Antrag ab.

KR Hannes Winklehner:

Wir gehen bei diesem Antrag natürlich aus, dass sich diese Forderung auf die nächste Programmperiode bezieht. KR Mitterbacher, wenn du behauptest, dass diese 300 Euro vielleicht noch zu viel wären und dass das mit Zahlen hinterlegt werden müsse, dann weise ich auf folgendes hin: Es geht hier um eure eigenen Berechnungen, auf die wir uns beziehen. Bei den derzeitigen Stierpreisen ist diese Forderung wirklich nicht übertrieben. Jeder Stierhalter verliert derzeit Geld. Beim Freihandel, den eure Wirtschaftspartei so forciert, wird es dann auch nicht besser. Wenn es nicht gelingt, dass wir endlich einmal Geld bekommen, mit dem wir fix rechnen können, dann verschlechtert sich die Situation noch mehr. Wir erleben ja auch, dass manche Märkte AMA-Gütesiegel-Ware gar nicht mehr nehmen. Das halte ich für ganz schlimm. Der Absatz ist nicht im erforderlichen Umfang da, leider. Wenn wir noch mehr machen, dann wird der Preis vielleicht noch mehr nachgeben, ich weiß es nicht. Es wäre die Möglichkeit, mit den 300 Euro in eine Kerbe zu schlagen und Geld zu nehmen, mit dem jeder Tierhalter fix rechnen kann. Es soll hier nicht differenziert werden zwischen Kalbin, Kuh oder Stier, im Antrag wird allgemein von Rindern und Schweinen gesprochen. Ich hoffe ihr denkt über diesen Antrag noch einmal nach, denn ansonsten wäre es sehr verantwortungslos und ihr würdet die Bauern wirklich an die Wand fahren. Die Türen öffnen zugunsten der Wirtschaft und alles ins Land hereinlassen, und wenn es dann um einen Ausgleich geht, zieht man den Schweif ein, zuliebe der Partei, das kann es nicht länger sein!

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Mir wurde heute schon mehrmals unterstellt, die Unwahrheit zu sagen. Wir haben hier in diesem Hause noch nie gegen einen Lebensmittelkennzeichnungsantrag gestimmt, zumindest dann, wenn er halbwegs sinnvoll formuliert wurde. Der heutige Antrag stellt nicht klar, dass es um die nächste Programmperiode gehen soll. Ihr führt ja zB JETZT als Adressaten an. Schreibt bitte nächstes Mal einen Antrag, bei dem man versteht wie ihr es wirklich meint, dann werden wir die Anträge auch leichter mitbeschließen.

KR ÖR Karl Keplinger:

Wir wollen das Thema Tierwohl nicht den NGOs überlassen. Man hört ja praktisch jeden Tag, was die wieder an neuen Bestimmungen haben wollen. Die haben vielleicht noch nie einen Stall

gesehen und darin gearbeitet, wissen aber was zu tun ist. Es geht hier um Themen wie Strohhaltung, das würde nebenbei auch den Ackerbauern helfen. Ich traue mir schon die Diskussion führen, ob Gelder für einen Tennisplatz oder einen Golfplatz verwendet werden sollen oder für das Tierwohl, wenn es dabei um Mittel geht, die aus den gleichen Töpfen gespeist werden. Derartige Anträge kann man durchaus schon in dieser Programmperiode einbringen, sonst ist man für die nächste Periode wieder zu spät dran. Wir sind Tierschützer, wir wollen das Tierwohl, das kostet aber etwas. Der Konsument ist aber nicht bereit, dafür mehr zu zahlen. Daher braucht es eine entsprechende Abgeltung mit dieser Maßnahme.

Vizepräsident ÖR Karl Grabmayr:

Noch eine Anmerkung: Wenn dieser Antrag wirklich für die laufende Programmperiode gemeint ist, dann gilt ebenso die Begründung von KR Mitterbuchner, warum dieser Antrag abzulehnen ist. Es müsste in Brüssel notifiziert werden und man muss auch die Kalkulation hinterlegen und letztendlich muss das aus dem bestehenden Finanzrahmen bezahlt werden. Noch einmal zur Kalkulation: Es genügt nicht eine Kalkulation die die Rinderbörse oder KR Mitterbuchner gemacht haben, sondern in allen Programmpunkten in der Ländlichen Entwicklung gilt es, eine wissenschaftlich fundierte Kalkulation über Mehraufwand oder Minderertrag zu hinterlegen. Danach hat sich die Prämienhöhe zu richten. Wenn ihr einen Antrag formuliert, der in die Richtung nächste Periode geht, dann können wir gerne darüber diskutieren, das ist die rechtliche Grundlage. Daher werden wir den Antrag ablehnen.

Abstimmung über diesen Antrag:

Ja-Stimmen von UBV, FB und Grüne

Gegenstimmen von BB und SPÖ

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

7. Antrag des Unabhängigen Bauernverbandes:

„Neubesetzung der Leitung der LK-Rechtsabteilung“

Der Antrag lautet wie folgt:

„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert die Leitung und das Präsidium der Landwirtschaftskammer auf, für die Neubestellung der Leitung der LWK-Rechtsabteilung eine Juristin oder einen Juristen mit abgeschlossener Anwaltsausbildung einzustellen und somit auch die öffentliche Ausschreibung so zu formulieren.“

gez. Keplinger, Winklehner, Wimmesberger, Hemetsberger, Großpötzl“

KR ÖR Karl Keplinger:

(KR Keplinger verliest den Text des Antrages).

Wir glauben, dass wir uns bei einem Anfangsgehalt von ca. 5.000 Euro eine gut ausgebildete Vertretung leisten können. Man hat ja ursprünglich auch gemeint, es könnten Juristen keine Bezirksbauernsekretäre sein, und man hat dann doch eingelenkt. Jede Woche ruft mich in letzter Zeit jemand an und fragt, ob ich nicht jemanden weiß, der ihn ehrlich vertreten würde. Die Anrufer meinen, die Auskunft der Kammer hätte nicht gepasst. Es gibt beispielsweise einen Fall in der Gemeinde St. Oswald, wo nach 13 oder 14 Jahren eine Verrohrung herausgenommen werden soll. Hier gibt es ein Wasserrechtsverfahren. Es wäre gut, wenn die Kammer in solchen Fällen die Mitglieder entsprechend vertritt und sich nicht zurückzieht, wenn die Gemeinde von einem Bauern etwas verlangt. Ich halte es da für gut, einen gut ausgebildeten neuen Leiter einzustellen, der auch entsprechende Erfahrung hat. Ich ersuche daher die Ausschreibung in dieser Form vorzunehmen und dann die besten Bewerber tatsächlich zu nehmen.

KR ÖR Walter Lederhilger:

Zu dem Antrag die Leitung der Rechtsabteilung an einen Juristen oder eine Juristin mit abgeschlossener Anwaltsausbildung auszuschreiben ist auf folgendes hinzuweisen: Man muss sich das Profil für diese Funktion genauer anschauen: Die Hauptaufgaben liegen darin, dass die Leitung der Rechtsabteilung in fachlicher und operativer Hinsicht entsprechend gewährleistet ist. Es muss eine strategische Weiterentwicklung bei der rechtlichen Beratung und der bäuerlichen Interessenvertretung geben, und es gibt jede Menge Gesetzesbegutachtungen zu machen und Stellungnahmen in diesen Bereichen zu verfassen und zu analysieren. Die Person muss fachlich kompetent sein und eine Führungskompetenz haben, denn es ist ein gesamtes Team zu führen, und organisatorisch ist auch einiges zu gewährleisten. Im Team ist bereits eine Juristin, die diese abgeschlossene Anwaltsausbildung hat, das ist quasi eine Zusatzausbildung in der juristischen Laufbahn. Notwendig und wichtig sind für diese Position auch Kenntnisse in der Land- und Forstwirtschaft und Erfahrungen in unterschiedlichen Geschäftsbereichen in rechtlicher Hinsicht und bei steuerrechtlichen Fragen. Das wäre wichtiger als manche zusätzlichen Qualifikationen von Anwälten, denn in Zivilprozessen kann die Kammer keine anwaltschaftliche Vertretung für die Bauern übernehmen. Daher würde das Erfordernis der Anwaltsprüfung die Ausschreibung grundsätzlich einschränken. Ich würde diesen Punkt offen lassen und die Priorität auf andere Schwerpunkte legen, damit diese Position bestmöglich besetzt werden kann. Daher ist diese Einschränkung aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar.

Abstimmung über diesen Antrag:

Ja-Stimmen von UBV

Gegenstimme von BB, FB, SPÖ und Grüne

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

**8. Antrag der Grünen Bäuerinnen und Bauern Oberösterreichs und des Unabhängigen Bauernverbandes:
„Reform des Landwirtschaftskammergesetzes inkl. des Wahlrechts“**

Der Antrag lautet wie folgt:

„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert den Oberösterreichischen Landtag zu einer Reform des Landwirtschaftskammergesetzes inkl. des Wahlrechts auf. Es ist eine Gleichstellung mit anderen Kammern in Oberösterreich anzustreben. Das Wahlrecht soll beitragsleistenden Mitgliedern der Landwirtschaftskammer OÖ und jenen mit landwirtschaftlicher Betriebsnummer vorbehalten sein. Mehrfachstimmrechte sind nicht mehr zeitgemäß.

Gerade für einer sich im Umbruch befindlichen Landwirtschaft ist es wichtig, den aktiven Bäuerinnen und Bauern größtmögliche Entscheidungsmöglichkeit innerhalb der Demokratie und ihrer Interessensvertretung zu ermöglichen. Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich fordert daher den Oberösterreichischen Landtag auf, gemeinsam mit allen in der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Oberösterreich vertretenen Wählergruppen eine Reform des Landwirtschaftskammergesetzes inklusive Wahlrechtsreform zu erarbeiten und umzusetzen.

gez. Stammler, Keplinger, Winklehner, Wimmesberger, Hemetsberger, Großpötzl“

KR Clemens Stammler:

Im Jahre 2020/21 stehen Wahlen ins Haus und dieser Zeitpunkt ist schneller da, als wir glauben. Beim Tierwohlantrag wurde ja argumentiert, dass man nicht mitgehen könne, weil man Kalkulationen brauche und eigentlich wäre es besser, das Thema gleich eine neue Regierungsperiode oder in die nächste Förderperiode zu verschieben, zumindest als Verhandlungsbasis. Genau dazu wäre es gut, wenn man so wie in einer Gemeinde einen Antrag einem Fachausschuss zuweisen kann, um den Antrag dort ordentlich zu diskutieren, ordentlich auszuformulieren und dann erneut hier einbringen und bestmöglich zu beschließen. Es gibt ein paar derartige Punkte, bei denen wichtig wäre, sie in einem neuen Kammergesetz zu verankern.

Zum Wahlrecht: Dieses Mehrfachstimmrecht ist einfach einer Demokratie unwürdig. Es gibt Obmänner von Genossenschaften, die für die Genossenschaft ein Stimmrecht haben und da stellt sich für mich die Frage, wie ermittelt und festgehalten wird, für wen der Obmann stimmt. Wird das im Vorstand festgelegt, oder geschieht das nach dem Gutdünken des Obmanns? Wie kontrolliert man, ob der Vorstandswille in einer geschlossenen Wahlkabine auch umgesetzt wird? Die ganze Situation ist eigentlich unmöglich und zu guter Letzt lebt eine

Wassergenossenschaft nicht vom Betreiben eines landwirtschaftlichen Betriebes. Außerdem gibt es noch das große Thema des Pensionistenwahlrechtes. Ich habe dazu einige Dinge erhoben: Wir hatten 1990 53.500 landwirtschaftliche Betriebe und 2017 hatten wir 31.800 landwirtschaftliche Betriebe. Wir hatten in diesem Zeitraum einen Betriebsschwund von 21.700 Betrieben. Gleichzeitig gibt es eine Sterbetafel, wonach im Jahr 1990 Männer und Frauen mit 60 Jahren im Durchschnitt noch 18 Jahre zu leben hatten. Bei einem Pensionsantritt mit 60 Jahren waren somit Pensionisten durchschnittlich für drei Perioden der Vollversammlung wahlberechtigt. 2017 hat sich die Lebenserwartung auf 24 Jahre nach dem 60. Lebensjahr erhöht und somit haben wir vier Perioden. Wir haben also bei gleichzeitigem Betriebsschwund immer mehr Pensionisten, die immer länger wahlberechtigt sind. Und das gibt es in einer Zeit, die irrsinnig schnelllebig ist. Wir diskutieren Landwirtschaft 4.0. Probiert einmal, so ein Thema mit eurem Vater daheim zu diskutieren. Ich kann nicht einen großen Teil von Menschen, die nicht von der Landwirtschaft leben müssen und die nicht auf die Zukunft schauen müssen, über die Zukunft der Landwirtschaft abstimmen lassen. Gleichzeitig sagt man hier ja, dass wir innovative Betriebe benötigen, die nach vorne schauen und sich beim Klimawandel und am Weltmarkt umorientieren sollen. Das wird nicht zusammenpassen und die Argumentation ist einfach nicht mehr schlüssig. Das Argument, dass wir uns selbst beschränken, wenn es weniger Wahlberechtigte gibt, halte ich für ein sehr schwaches Argument. Erstens bleibt unser Bruttosozialprodukt aus der Landwirtschaft dasselbe und zweitens bleiben unsere Leistungen die gleichen. Gewürdigt wird von der Bevölkerung unsere Leistung und nicht, dass wir Pensionisten im Ruhestand mit dem Argument wählen lassen, dass sie daheim ja noch mitarbeiten müssen. Man liest genug in den Zeitungen darüber was alles passiert, wenn Leute im Ruhestand Traktor fahren. Ruhestand heißt nicht umsonst Ruhestand.

Ich hätte ganz gerne, dass man sich über die Fraktionengrenzen hinweg zusammensetzt und mögliche Änderungen beredet. Ich denke, dass man durch Änderungen im Kammerrecht hier extrem viel an der Qualität der Arbeiten gewinnen kann und dass die Ausschussarbeit auch qualitätsvoller sein wird. Damit könnten wir uns viele Diskussionen sparen, die wir jetzt führen und die uns alle unglücklich machen.

KR Johanna Miesenberger:

Ich möchte kurz die Sichtweise des Bauernbundes klar darlegen: Für uns ist der bäuerliche Familienbetrieb mit allen Generationen und in seiner Gesamtheit die Basis für eine vitale, funktionierende und stabile Landwirtschaft in Oberösterreich. Nach dem vorliegenden Antrag werden hauptberuflich beschäftigte Kinder, außerlandwirtschaftlich tätige Partner, egal ob Mann oder Frau, Übergeber und Übergeberinnen und bloße Grundeigentümer, die aus eurer Sicht nicht mehr die aktive Bewirtschaftung haben, nicht mehr als Kammermitglieder gesehen. Wir lehnen das aufs Schärfste ab, da das unserer Meinung nach falsch ist. Wir würden somit die bäuerliche Jugend, um deren Zukunft es geht, nicht mitbestimmen lassen, ebenso auch Partner, die einem außerlandwirtschaftlichen Zuerwerb nachgehen und maßgeblich zum Funktionieren eines Betriebes beitragen. Die sollen auch das Recht haben müssen, die Leistungen der Landwirtschaftskammer in Anspruch zu nehmen. Die Forderung, den landwirtschaftlichen

Übergeberinnen und Übergebern das Stimmrecht wegzunehmen, halte ich persönlich für sehr gefährlich. Hier wird meiner Meinung nach der in der Landwirtschaft noch funktionierende Generationenvertrag mit Füßen getreten. Eine Generation, die meistens einen soliden Grundstein für die nächste Generation gelegt hat, und die den Betrieb, der meist ihr Lebenswerk ist, bewahrt und wieder weitergegeben hat, hat es wirklich verdient, als vollwertiges Mitglied einer Interessenvertretung gesehen zu werden. Es wäre den Übergeberinnen und Übergebern nämlich ansonsten untersagt, Serviceleistungen wie die Rechtsberatung der Landwirtschaftskammer in Anspruch nehmen zu können. Wir verstehen uns als bäuerliche Interessenvertretung auf Basis eines bäuerlichen Familienbetriebes. Ebenso hätten Grundeigentümer nicht mehr das Recht, Service und Beratung in Anspruch zu nehmen.

Ein Mehrfachstimmrecht gibt es ja de facto nicht, jedes Mitglied hat nur eine Stimme. Und für juristische Personen kann das Stimmrecht nur durch natürliche Personen als Vertreter ausgeübt werden. In diesem Antrag ist von einer „Gleichstellung mit anderen Kammern in Oberösterreich“ die Rede. Dieses System der Ausübung des Wahlrechts wird zum Beispiel in der Wirtschaftskammer in Oberösterreich gleich wie bei der Landwirtschaftskammer gesehen und auch so gehandhabt. Daher empfehle ich meiner Fraktion, diesem Antrag nicht zuzustimmen.

KR ÖR Karl Keplinger:

Frau KR Miesenberger, ich glaube jetzt kennt ihr euch selbst nicht mehr aus. Nach unserem Vorschlag soll jeder wahlberechtigt sein, der mehr als zwei Hektar Grund besitzt, egal ob er Pensionist ist oder sonst etwas. Das Wahlrecht der Grundeigentümer soll bleiben. Auch jeder der mitarbeitet und bei der Sozialversicherung versichert ist, soll mit dabei sein. Pensionisten werden von der Arbeiterkammer auch vertreten und haben kein Wahlrecht. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Pensionisten von der Kammer vertreten werden. Das sind reine Erfindungen! Was du aber nicht erwähnt hast ist das Wahlergebnis. Und das ist wohl der wahre Grund, warum ihr das nicht ändern wollt.

KR Michael Schwarzmüller:

Wer kammerumlagepflichtig ist darf natürlich auch wählen. Auch die Genossenschaften sind kammerumlagepflichtig und sind Mitglieder. Bei den Familienbetrieben ist es natürlich so, dass Pensionisten häufig noch mitarbeiten. Mein Vater hat mit 80 Jahren immer noch mitgeholfen und warum soll man ihm das Wahlrecht wegnehmen? ÖVP und FPÖ haben das Thema Kammerreform im Koalitionsprogramm im Land nicht drinnen und daher wird man wohl jetzt eine Änderung auch nicht zustande bringen. Es geht hier um Überlegungen für die Zukunft. Man kann sich natürlich fraktionell zusammensetzen und sachlich entsprechende Vorschläge machen. Derzeit sehe ich realpolitisch keine Chance, dass im Landtag hier eine Änderung in dieser Legislaturperiode zustande kommt.

Abstimmung über diesen Antrag:

Ja-Stimmen von UBV, Grüne und FB

Gegenstimmen von BB und SPÖ

Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt.

9. Dringlichkeitsantrag des OÖ Bauernbundes:

„Durch Borkenkäfer-Kalamitäten betroffene Waldbesitzer auch bei zukünftigen Kalamitäten aus dem Katastrophenfonds des Landes OÖ unterstützen“

Der Antrag lautet wie folgt:

„Durch Borkenkäfer-Kalamitäten betroffene Waldbesitzer auch bei zukünftigen Kalamitäten aus dem Katastrophenfonds des Landes OÖ unterstützen

Der Katastrophenfonds des Landes OÖ unterstützt derzeit Waldbesitzer vor allem nach Sturmereignissen und Schneedruckschäden um die Schadholzaufarbeitung zu fördern und den wirtschaftlichen Schaden zu reduzieren. Bei Borkenkäfer-Kalamitäten ist eine Unterstützung aus dem Katastrophenfonds bisher nicht vorgesehen mit der Begründung, es handele sich hier nicht um eine Naturkatastrophe. Man verweist hier von zuständiger Stelle immer wieder auf die Fördermittel für den ländlichen Raum. Besonders bei der nun schon mehrjährigen Borkenkäfer-Kalamität zeigte sich aber die unzureichende Unterstützung der betroffenen Waldbesitzer. Daher ist eine zusätzliche finanzielle Unterstützung aus den Mitteln des Katastrophenfonds des Landes OÖ und des Bundeskatastrophenfonds notwendig.

Das Ausmaß von Borkenkäferschäden in Oberösterreich lag im Jahr 2018 bei etwa 1,2 Millionen Erntefestmetern mit einem geschätzten Schadensausmaß von etwa 40 Millionen Euro. Für das Jahr 2019 sind Schäden in zumindest gleicher Höhe zu erwarten. Abzüglich der Erntekosten wurde oftmals kaum oder kein Erlös erzielt, was zur tatsächlichen Katastrophe für viele Waldbesitzer führte.

Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert daher die Freigabe von Mitteln aus dem Katastrophenfonds auch für dürrebedingte Borkenkäferschäden.

gez. Grabmayr, Kepplinger, Revertera“

KR Dominik Revertera:

Bei der nun schon mehrjährigen Borkenkäferkalamität zeigt sich die bisher noch unzureichende Unterstützung der betroffenen Waldbesitzer, daher ist eine zusätzliche finanzielle Unterstützung aus Mitteln des Katastrophenfonds des Landes Oberösterreich und des Bundeskatastrophenfonds notwendig. Aufgrund der prekären Waldschadenssituation ist darüber hinaus ein Zusammenwirken aller Kräfte erforderlich, sowie die mutwillige Zerstörung

großer Waldgebiete durch veraltete Strom-Freileitungen zu unterlassen. Ich ersuche um Zustimmung zum dringlichen Antrag zur Öffnung des Katastrophenfonds.

KR Clemens Stammer:

Noch eine Anmerkung zum vorherigen Antrag: Es geht uns um den Start eines Diskussionsprozesses zu den dort angesprochenen Themen. Wir sollten nicht deshalb Pensionisten wählen lassen, nur weil sie noch mitarbeiten. Sie hatten die Möglichkeit in ihrer aktiven Laufbahn oft wählen zu gehen und haben den Weg bereitet.

Ich verstehe das Ziel des jetzt vorliegenden Antrages, aber ich verstehe eines nicht: In der Landwirtschaft und nicht in der Forstwirtschaft haben wir diese Art von Schäden, nämlich Klimaschäden, aus dem Katastrophenfonds genommen und haben eine Säule drei eingeführt, nämlich die Hagelversicherung mit 55 Prozent Prämienbezuschung. Ich nenne es immer die Säule drei, weil es genau das darstellt und weil es auch die einfachste Möglichkeit ist, Geld ohne Auflagen im Sinn der öffentlichen Anliegen und im Sinne der Ökologisierung an den Bauern zu bringen. Die Frage ist aber, warum gibt man den Bereich Forstwirtschaft nicht in die Säule drei? Ist das Kurt Weinberger zu teuer oder ist er mit dem Rechnen noch nicht fertig? Das würde dann den Dringlichkeitsantrag erklären. Mir erscheint die Vorgehensweise nicht logisch. Wir nehmen einen Bereich aus dem Katastrophenfonds heraus und regeln es über ein Versicherungsmodell und ein halbes Jahr später kommt etwas Neues nach. Das ist für mich nicht logisch, entweder ist das eine Modell super, oder das andere. Den Unterschied zwischen Klimaschaden im Wald und Klimaschaden am Feld kenne ich nicht.

KR Norbert Ecker:

Wenn der Drahtwurm die Erdäpfel auffrisst, ist das nicht versicherbar, weil der Wirkstoff verloren gegangen ist. Die Hagelversicherung deckt Dinge, die versicherbar sind. Und das ist der Unterschied zu dem, was jetzt beim Borkenkäfer geschieht. Käferkalamitäten sind auf der ganzen Welt nicht versicherbar. Somit bleibt nur zu versuchen auf den Katastrophenfonds zuzugreifen, damit wir hier eine Linderung für die betroffenen Waldbesitzer erreichen. Das hat mit der Säule drei nichts zu tun. Die Säule drei, die EU-weit angedacht worden ist, war eine Spekulationssäule für Einkommensabsicherung. Hier in diesem Haus haben wir ganz klar entschieden, dass wir das nicht wollen. Es ist immer die Gefahr, dass man dann Dinge vermischt.

KR Hannes Winklehner:

Im Antrag ist in den letzten zwei Zeilen von dürrebedingten Borkenkäferschäden die Rede. Bei dieser Formulierung stellen sich aber sehr viele Fragen. Wie schaut es aus mit Schäden nach Sturm oder Schneedruck, etc., wo in der Folge Käferkalamitäten auftreten? Bei unserem Antrag wäre alles miteingeschlossen gewesen und man hätte zusätzliches Geld bekommen können. Ich verstehe nicht, warum ihr das abgelehnt habt. Was tut ihr denn mit jenen Leuten, die etwa einen Sturmschaden haben? Das ist ja kein dürrebedingtes Ereignis. Wir sehen ja die Auswirkungen der Klimaveränderungen, erst kürzlich wurden ganz viele Bäume entwurzelt. Was

tun wir dann mit jenen betroffenen Betrieben, bekommen die dann etwas oder nicht? Das ist ja kein dürrebedingter Schaden. Man sollte schon für alle betroffenen Betriebe eintreten.

Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger:

Wenn für euch das der Knackpunkt ist, dass es um das Wort dürrebedingt geht, dann kann das Wort „dürrebedingte“ gerne aus dem Antrag entfernt und der Antrag geändert werden. Der letzte Satz des Antrages lautet daher: *„Die Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ fordert daher die Freigabe von Mitteln aus dem Katastrophenfonds auch für Borkenkäferschäden“.*

Abstimmung über diesen Antrag:

Einstimmige Annahme

7 Allfälliges

Präsidentin LAbg. Michaela Langer-Weninger:

Ich darf ganz herzlich zu unserem heurigen Teichfest einladen und wünsche euch allen einen schönen Sommer, eine erfolgreiche und unfallfreie Ernte und freue mich auf die nächste Vollversammlung im Herbst.

Ende der Vollversammlung: 15.36 Uhr

Der Schriftführer:



(KR ÖR Walter Lederhilger)

Die Präsidentin:



(LAbg. Michaela Langer-Weninger)